



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

PLENARSITZUNG DES BUNDESRATES

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

900. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Dienstag, 14. Jänner 2020

Großer Redoutensaal

Stenographisches Protokoll

900. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Dienstag, 14. Jänner 2020

Dauer der Sitzung

Dienstag, 14. Jänner 2020: 12.08 – 16.39 Uhr

Tagesordnung

- 1. Punkt:** Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR
- 2. Punkt:** Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2020)
- 3. Punkt:** Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (Ölkesselbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019)
- 4. Punkt:** Wahl eines/einer 2. Vizepräsidenten/-in für den Rest des 1. Halbjahres 2020

Inhalt

Bundesrat

Ansprache des Präsidenten Robert Seeber anlässlich 900. Sitzung des Bundesrates	5
Schreiben des Präsidenten des Vorarlberger Landtages betreffend Mandatsverzicht des Bundesrates Dr. Magnus Brunner, LL.M.	13
Schreiben des Bundesministers für Finanzen gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG betreffend Erteilung einer neuen Vollmacht zur Ausweitung der Verhandlungen eines Protokolls zur Abänderung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen durch den Bundespräsidenten	16

Absehen von der 24-stündigen Frist für das Aufliegen der gegenständlichen schriftlichen Ausschussberichte gemäß § 44 (3) GOG-BR	7
--	---

4. Punkt: Wahl eines/einer 2. Vizepräsidenten/-in für den Rest des 1. Halbjahres 2020	80
--	----

Verlesung der vorgesehenen Fassung eines Teiles des Amtlichen Protokolls dieser Sitzung durch Präsident Robert Seeber	80
---	----

Genehmigung des verlesenen Teiles des Amtlichen Protokolls	81
---	----

Personalien

Verhinderungen	6
----------------------	---

Bundesregierung

Schreiben des Bundeskanzlers Sebastian Kurz betreffend Amtsenthörung der mit der Fortführung der Verwaltung betrauten Bundesregierung	10
---	----

Schreiben des Bundeskanzlers Sebastian Kurz betreffend Ernennung seiner Person zum Bundeskanzler, von Mag. Werner Kogler zum Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport, von Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann zum Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, von Dr. Margarete Schramböck zur Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, von Elisabeth Köstinger zur Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, von Mag. Gernot Blümel, MBA zum Bundesminister für Finanzen, von Mag. Alexander Schallenberg, LL.M. zum Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, von Rudolf Anschober zum Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, von Mag. Klaudia Tanner zur Bundesministerin für Landesverteidigung, von Karl Nehammer, MSc zum Bundesminister für Inneres, von Leonore Gewessler, BA zur Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, von Dr. Alma Zadić, LL.M. zur Bundesministerin für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, von Mag. Karoline Edtstadler zur Bundesministerin ohne Portefeuille, von Mag. (FH) Christine Aschbacher zur Bundesministerin ohne Portefeuille, von MMag. Dr. Susanne Raab zur Bundesministerin ohne Portefeuille, von Mag. Ulrike Lunacek zur Staatssekretärin und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung des Bundesministers für öffentlichen Dienst und Sport und von Dr. Magnus Brunner, LL.M. zum Staatssekretär und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie	11
--	----

Nationalrat

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse	7
---	---

Ausschüsse

Zuweisungen	6
-------------------	---

Verhandlungen

1. Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR	19
--	----

Bundeskanzler Sebastian Kurz	19
Vizekanzler Werner Kogler	23
Verlangen auf Durchführung einer Debatte im Sinne des § 37 Abs. 5 GO-BR	19
RednerInnen:	
Korinna Schumann	27
Karl Bader	31
Monika Mühlwerth	33
Marco Schreuder	36
Jürgen Schabhüttl	39
Ingo Appé (tatsächliche Berichtigung)	41
Mag. Marlene Zeidler-Beck, MBA	42
Christoph Steiner	44
Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross	47
Stefan Schennach	49
Martin Preineder	51
Mag. Reinhard Pisek, BA MA	53
Marlies Steiner-Wieser	56
 2. Punkt: Beschluss des Nationalrates vom 10. Jänner 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2020) (111/A und 24 d.B. sowie 10279/BR d.B. und 10280/BR d.B.)	58
Berichterstatte(r)in: Klara Neuraüter	58
RednerInnen:	
Mag. Elisabeth Grossmann	59
Dr. Andrea Eder-Gitschthaler	61
Dominik Reisinger	63
Markus Leinfellner	64
Dr. Gerhard Leitner	66
Marco Schreuder	69
Mag. Christian Buchmann	70
 Annahme des Antrages der Bericht(er)statte(r)in, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben	71
 3. Punkt: Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (Ölkesselbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019) (965/A sowie 10261/BR d.B.)	71
Berichterstatte(r)in: Marianne Hackl	72
RednerInnen:	
Johanna Miesenberger	72
Günther Novak	73
Michael Bernard	74
Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross	77
Bundesministerin Elisabeth Köstinger	78
 Annahme des Antrages der Bericht(er)statte(r)in, dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen	79

Eingebracht wurden

Anfragebeantwortungen

der Bundeskanzlerin auf die Anfrage der BundesrätInnen **Korinna Schumann**, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich in Bezug auf Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen (3436/AB-BR/2019 zu 3711/J-BR/2019)

des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz auf die Anfrage der BundesrätInnen **Ing. Eduard Köck**, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schließungspläne von Bezirksgerichten (3437/AB-BR/2019 zu 3708/J-BR/2019)

des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien auf die Anfrage der BundesrätInnen **Korinna Schumann**, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich in Bezug auf Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen (3438/AB-BR/2019 zu 3709/J-BR/2019)

der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus auf die Anfrage der BundesrätInnen **Korinna Schumann**, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich in Bezug auf Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen (3439/AB-BR/2019 zu 3710/J-BR/2019)

Beginn der Sitzung: 12.08 Uhr

Vorsitzende: Präsident Robert **Seeber**, Vizepräsident Michael **Wanner**.

Präsident Robert Seeber: Ich **eröffne** die 900. Sitzung des Bundesrates und begrüße den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Vizekanzler und alle weiteren anwesenden Mitglieder der Bundesregierung sowie die Frau Staatssekretärin und den Herrn Staatssekretär sehr herzlich bei uns im Bundesrat. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ansprache des Präsidenten anlässlich 900. Sitzung des Bundesrates

Präsident Robert Seeber: 900 Sitzungen – die heutige mitgezählt – hat der Bundesrat seit 1945 abgehalten, 900 Sitzungen im Verlauf der 27 054 Tage, die seit dem 19. Dezember 1945 vergangen sind.

Der 19. Dezember 1945 ist ein Datum, welches sich unauslöschlich in die Geschichte der Republik Österreich eingeschrieben hat: Am Vormittag ist der Nationalrat, am Nachmittag der Bundesrat zu seiner ersten Sitzung in der Zweiten Republik zusammengetreten. Der Beschluss des Bundesrates, gegen den Beschluss des Nationalrates betreffend das Verfassungs-Übergangsgesetz 1945 keinen Einspruch zu erheben, war als Voraussetzung für dessen unverzügliches Inkrafttreten gedacht. Damit ist die Republik Österreich wieder auf den verfassungsrechtlichen Boden des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920 in der Fassung von 1929 zurückgekehrt.

Wie sehr, meine Damen und Herren, hat sich Österreich in diesen 27 054 Tagen beziehungsweise fast 75 Jahren verändert? – Aus einem vom Krieg zerstörten Land ist ein blühendes, wirtschaftlich erfolgreiches Land geworden. Aus einem von den vier alliierten Mächten besetzten und in der Welt isolierten Staat ist ein freies Mitglied der Europäischen Union geworden. Österreich hat damit heute teil an der europäischen Integration, die als Antwort Europas auf den selbstzerstörerischen Nationalismus gesehen werden muss, welcher zwei Weltkriege ausgelöst hat.

Wie sehr aber hat sich auch der Bundesrat der Republik Österreich im gleichen Zeitraum verändert? – Ich nehme damit nicht nur Bezug auf die Erweiterung seiner Befugnisse insbesondere durch die Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes 1984, welche dem Bundesrat wichtige Zustimmungsrechte, wie sie auch beim heute zu beschließenden Ölkesselbauverbotsgesetz zum Tragen kommen, eingeräumt hat. Ich beziehe mich vor allem auf die Veränderung im Selbstverständnis des Bundesrates, der sich über seine Funktion als Länderkammer hinaus immer mehr als Europakammer versteht. Damit stellt sich der Bundesrat bewusst den Herausforderungen, welche die europäische Integration an die nationalen Parlamente richtet, und er macht systematisch Gebrauch sowohl von den ihm durch die Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes 1984 eingeräumten Kompetenzen als auch von jenen Rechten, welche die nationalen Parlamente mit dem Vertrag von Lissabon erhalten haben.

Der Bundesrat bezieht somit Position sowohl zur jeweiligen österreichischen Haltung zu Vorhaben im Rahmen der EU als auch zu den Rechtsaktentwürfen der Kommission in der frühen Phase der Entwicklung solcher Vorhaben. Weil gerade dies nur in einer mit anderen nationalen Parlamenten akkordierten Vorgehensweise Erfolg versprechend ist, pflegt der Bundesrat auch regelmäßig seine Kontakte mit anderen Parlamenten, insbesondere natürlich mit jenen, die ein Zweikammersystem haben.

Präsident Robert Seeber

Der Bundesrat schlägt somit eine Brücke zwischen jener angestrebten Bürgernähe der Politik, die auch im Konzept eines Europa der Regionen Ausdruck findet, einerseits und den großen politischen Herausforderungen unserer Zeit andererseits, denen nur auf einer übernationalen, europäischen Ebene begegnet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Bundesregierung, das war jetzt noch nicht meine Antrittsrede, denn diese werde ich wie ursprünglich vorgesehen am 13. Februar im Zusammenhang mit der Erklärung des Herrn Landeshauptmannes von Oberösterreich halten. – So viel zur Klarstellung.

Präsident Robert Seeber: Das Amtliche Protokoll der 899. Sitzung des Bundesrates vom 19. Dezember 2019 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Als **verhindert** gemeldet sind die Mitglieder des Bundesrates Andrea Kahofer, Rudolf Kaske, Mag. Christine Schwarz-Fuchs und Dr. Peter Raggl.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Robert Seeber: Hinsichtlich der eingelangten, vervielfältigten und verteilten Anfragebeantwortungen,

eines Schreibens des Vorarlberger Landtages betreffend Mandatsverzicht,

jenes Verhandlungsgegenstandes, der gemäß Art. 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates unterliegt,

der Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend

die Amtsenthebung der mit der Fortführung der Verwaltung betrauten Bundesregierung und

die Ernennung gemäß Art. 70 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz von Sebastian Kurz zum Bundeskanzler und von Mag. Werner Kogler zum Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport, von Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann zum Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, von Dr.ⁱⁿ Margarete Schramböck zur Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, von Elisabeth Köstinger zur Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, von Mag. Gernot Blümel, MBA zum Bundesminister für Finanzen, von Mag. Alexander Schallenberg, LL.M. zum Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, von Rudolf Anschober zum Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, von Mag.^a Klaudia Tanner zur Bundesministerin für Landesverteidigung, von Karl Nehammer, MSc zum Bundesminister für Inneres, von Leonore Gewessler, BA zur Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie und von Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M. zur Bundesministerin für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz und weiters

die Ernennung gemäß Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 78 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz von Mag.^a Karoline Edtstadler zur Bundesministerin ohne Portefeuille, von Mag.^a (FH) Christine Aschbacher zur Bundesministerin ohne Portefeuille und von MMag.^a Dr.ⁱⁿ Susanne Raab zur Bundesministerin ohne Portefeuille beziehungsweise

Präsident Robert Seeber

die Ernennung gemäß Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 78 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz von Mag.^a Ulrike Lunacek zur Staatssekretärin und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport beigegeben und die Ernennung von Dr. Magnus Brunner, LL.M. zum Staatssekretär und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie beigegeben

sowie weiters eines Schreibens des Bundesministers für Finanzen gemäß Art. 50 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz

verweise ich auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung gemäß § 41 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates, die dem Stenographischen Protokoll dieser Sitzung angeschlossen wird. (*siehe S. 9*)

Eingelangt ist weiters der Beschluss des Nationalrates vom 10. Jänner 2020 betreffend eine Bundesministeriengesetz-Novelle 2020, der dem Ausschuss für Verfassung und Föderalismus zur Vorberatung zugewiesen wurde und einen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung bildet.

Ebenso bildet der bereits am 27. September 2019 eingelangte Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Ölkesselbauverbotsgesetz 2019, dessen Verhandlungen am 8. Oktober 2019 im Wirtschaftsausschuss vertagt und heute wieder aufgenommen und abgeschlossen wurden, einen Gegenstand der Tagesordnung.

Die Ausschüsse haben ihre Vorberatungen abgeschlossen und schriftliche Ausschussberichte erstattet.

Absehen von der 24-stündigen Auflegefrist

Präsident Robert Seeber: Es ist mir der Vorschlag zugekommen, von der 24-stündigen Auflegefrist der gegenständlichen Ausschussberichte zu den vorliegenden Beschlüssen des Nationalrates Abstand zu nehmen. Hiezu ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich bitte daher jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die mit dem Vorschlag der Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegefrist der gegenständlichen Ausschussberichte einverstanden sind, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Vorschlag ist mit der nach § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates erforderlichen Zweidrittelmehrheit **angenommen**.

Ebenso verweise ich hinsichtlich des eingelangten Verhandlungsgegenstandes und dessen Zuweisung im Sinne des § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung auf die gemäß § 41 Abs. 1 der Geschäftsordnung im Sitzungssaal verteilte Mitteilung, die dem Stenographischen Protokoll dieser Sitzung angeschlossen wird.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Präsident Robert Seeber

A. Eingelangt sind:

1. Anfragebeantwortungen:

(Anlage 1) (siehe auch S. 4)

2. Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend

Amtsenthörung der mit der Fortführung der Verwaltung betrauten Bundesregierung (Anlage 2)

und

Ernennung gemäß Artikel 70 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz von Sebastian KURZ zum Bundeskanzler und von Mag. Werner KOGLER zum Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport bzw.

von Univ.-Prof. Dr. Heinz FASSMANN zum Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, von Dr.ⁱⁿ Margarete SCHRAMBÖCK zur Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, von Elisabeth KÖSTINGER zur Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, von Mag. Gernot BLÜMEL, MBA zum Bundesminister für Finanzen, von Mag. Alexander SCHALLENBERG, LL.M. zum Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, von Rudolf ANSCHÖBER zum Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, von Mag.^a Klaudia TANNER zur Bundesministerin für Landesverteidigung, von Karl NEHAMMER, MSc zum Bundesminister für Inneres, von Leonore GEWESSLER, BA zur Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie und von Dr.ⁱⁿ Alma ZADIĆ, LL.M. zur Bundesministerin für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

und weiters

Ernennung gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz von Mag.^a Karoline EDTSTADLER zur Bundesministerin ohne Portefeuille, von Mag.^a (FH) Christine ASCHBACHER zur Bundesministerin ohne Portefeuille und von MMag.^a Dr.ⁱⁿ Susanne RAAB zur Bundesministerin ohne Portefeuille

bzw.

Ernennung gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz von Mag.^a Ulrike LUNACEK zur Staatssekretärin und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport beigegeben und Ernennung von Dr. Magnus BRUNNER, LL.M. zum Staatssekretär und zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie beigegeben (Anlage 3)

3. Schreiben des Landtages:

Schreiben des Vorarlberger Landtages betreffend Mandatsverzicht (Anlage 4)

4. Eingelangter Verhandlungsgegenstand, der gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates unterliegt:

Beschluss des Nationalrates vom 10. Jänner 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz, mit dem eine vorläufige Vorsorge für das Finanzjahr 2020 ge-

Präsident Robert Seeber

troffen wird, erlassen (Gesetzliches Budgetprovisorium 2020) und das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022 geändert wird (112/A und 25 d.B.)

5. Unterrichtung gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG:

Schreiben des Bundesministers für Finanzen betreffend neue Vollmacht zur Ausweitung der Verhandlungen eines Protokolls zur Abänderung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Anlage 5)

B. Zuweisungen

1. Gesetzesbeschluss (Beschluss) des Nationalrates:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2020) (111/A und 24 d.B.)

2. Vorlage der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder:

Sicherheitsbericht 2018 (III-699-BR/2019)

zugewiesen dem Ausschuss für innere Angelegenheiten

Page 1 of 1

Anlage 1

B U N D E S R A T
Liste der Anfragebeantwortungen

3436/AB-BR/2019	Dr. Brigitte Bierlein	BJA
3711/J-BR/2019	Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen	
3437/AB-BR/2019	DDr. Clemens Jabloner	BMVRDJ
3708/J-BR/2019	Schließungspläne von Bezirksgerichten	
3438/AB-BR/2019	Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.	BMEKKM
3709/J-BR/2019	Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen	
3439/AB-BR/2019	Dipl.-Ing. Maria Patek, MBA	BMNT
3710/J-BR/2019	Genehmigungen für den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen	

Präsident Robert SeeberAnlage 2 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Ballhausplatz 2, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Robert SEEBERParlament
1014 Wien

REPUBLIK ÖSTERREICH PARLAMENTSDIREKTION Bundesratsdienst	
Eingel.	- 9. Jan. 2020
Zl.	
Bl.	

Wien am 7. Jänner 2020

GZ 350.000/0002-MRD/2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beehre mich mitzuteilen, dass der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 7. Jänner 2020, GZ S210010/1-BEV/2020, die mit der Fortführung der Verwaltung betraute Bundesregierung vom Amt enthoben hat.

Mit den besten Grüßen



Präsident Robert Seeber*Anlage 3* Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Herrn
Präsidenten/in des Bundesrates
Robert SEEBER

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Ballhausplatz 2, 1010 Wien, Österreich

Parlament
1014 Wien

Wien am 7. Jänner 2020
GZ 350.000/0002-MRD/2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beehre mich mitzuteilen, dass der Herr Bundespräsident mit Entschliebung vom 7. Jänner 2020, GZ S210010/2-BEV/2020, mich gemäß Artikel 70 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz auf meinen Vorschlag

Mag. Werner KOGLER
zum Vizekanzler und Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport

Univ.-Prof. Dr. Heinz FASSMANN
zum Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Dr. Margarete SCHRAMBÖCK
zur Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Elisabeth KÖSTINGER
zur Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus

Mag. Gernot BLÜMEL, MBA
zum Bundesminister für Finanzen

Mag. Alexander SCHALLENBERG, LL.M
zum Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres

Rudolf ANSCHÖBER
zum Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

Präsident Robert Seeber

Mag. Klaudia TANNER
zur Bundesministerin für Landesverteidigung

Karl NEHAMMER, MSc
zum Bundesminister für Inneres

Leonore GEWESSLER, BA
zur Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

Dr. Alma ZADIĆ, LL.M
zur Bundesministerin für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz

und gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz

Mag. Karoline EDTSTADLER
zur Bundesministerin ohne Portefeuille

Mag. (FH) Christine ASCHBACHER
zur Bundesministerin ohne Portefeuille

MMag. Dr. Susanne RAAB
zur Bundesministerin ohne Portefeuille ernannt.

Ferner hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz

Mag. Ulrike LUNACEK
zur Staatssekretärin ernannt und sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport

sowie

Dr. Magnus BRUNNER, LL.M
zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie beigegeben.

Mit den besten Grüßen



Präsident Robert Seeber*Anlage 4*Landtagspräsident
Mag. Harald Sonderegger

Parlamentsdirektion
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien
E-Mail: bundesratskanzlei@parlament.gv.at

REPUBLIK ÖSTERREICH PARLAMENTSDIREKTION Bundesratsdienst	
Eingel.	13. Jan. 2020
Zl.	21000...0000/1-L2:5/2020
Bl.	Zahl: LTD 54.01-35

Bregenz, am 13.01.2020

Betreff: Mandatsverzicht Vizepräsident des Bundesrates Dr. Magnus Brunner
Anlage: 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne übermittle ich das mir heute zugelangene Verzichtsschreiben von Herrn Dr. Magnus Brunner.

Der Verzicht ist damit gemäß § 3 Abs. 3 Bundesrat-Geschäftsordnung mit seinem Einlangen beim Landtag, wie gewünscht per 13. Jänner 2020 wirksam geworden.

Die entsprechende Ergänzungswahl für ein neues Ersatzmitglied wird voraussichtlich am 5.2.2020 stattfinden.

Freundliche Grüße

Mag. Harald Sonderegger

Vorarlberger Landtag

Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/landtag
harald.sonderegger@vorarlberg.at | T +43 5574 511 30000 | F +43 5574 511 930095 | www.vorarlberg.at/landtag/datenschutz

Präsident Robert SeeberNachrichtlich an:

1. Frau Dr. Susanne Bachmann
E-Mail: susanne.bachmann@parlament.gv.at
2. Frau Sabine Allersdorfer
E-Mail: sabine.allersdorfer@parlament.gv.at

	Datum/Uhrzeit	2020-01-13T10:18:38Z
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch amtssigniert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://pruefung.signatur.rtr.at/ Ein Ausdruck des signierten Dokuments kann beim Vorarlberger Landtag, Römerstraße 15, 6900 Bregenz, E-Mail: landtagsdirektion@vorarlberg.at, angefordert werden.

Präsident Robert Seeber

Dr. Magnus Brunner, Kaspar Schoch Straße 13, 6900 Bregenz



Bregenz, am 10.1.2020

An den Herrn

Präsidenten des Vorarlberger Landtages

Mag. Harald Sonderegger

Landhaus

6900 Bregenz

Betrifft: Verzichtserklärung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf höflich mitteilen, dass ich auf mein Bundesratsmandat per 13.1.2020 verzichten möchte.

Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, die ich sehr gerne in meiner neuen Funktion weiterpflegen möchte!

Alles Gute und herzliche Grüße,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Brunner'.

Dr. Magnus Brunner

Kopie ergeht an:

Bundesratsdirektorin Dr. Susanne Bachmann

Präsident Robert SeeberAnlage 5 Bundesministerium
Finanzen

bmf.gv.at

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsident
des Bundesrates
Robert Seeber
Parlament
1017 Wien

GZ. BMF-010221/0151-IV/8/2019

Wien, am 13. Jänner 2020



Sehr geehrter Herr Präsident!

Gemäß Artikel 50 Abs. 5 B-VG beehre ich mich, Sie davon zu informieren, dass auf Grund des Vorschlages der Bundesregierung vom 04.12.2019 am 06.12.2019 eine neue Vollmacht zur Ausweitung der Verhandlungen eines Protokolls zur Abänderung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen erteilt wurde. Die Ausweitung dieser Verhandlungen wird ehestmöglich erfolgen.

Zur näheren Information lege ich eine Kopie des Vortrages an den Ministerrat bei.

Ich ersuche Sie um entsprechende Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen





Geschäftszahl:
BMF-010221/0151-IV/8/2019

22/12
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

betreffend die Erteilung einer neuen Verhandlungsvollmacht über ein Protokoll zur Abänderung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Im Verhältnis zur Republik Indonesien wird der Eintritt einer internationalen Doppelbesteuerung durch das Übereinkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, BGBl. Nr. 454/1988, vermieden. Für Zwecke der Umsetzung des OECD-Standards im Bereich des steuerlichen Informationsaustauschs von Bankauskünften wurden mit der Republik Indonesien im Jahr 2009 Verhandlungen zu einer Abänderung des Übereinkommens aufgenommen. Aufgrund eines von Österreich im Jahr 2013 unterbreiteten Vorschlages zur Abänderung des Artikels 11 (Zinsen) des Abkommens sollen die Verhandlungen nunmehr ausgeweitet werden. Im Zuge der Revision des Abkommens sollen auch jüngste Entwicklungen auf Ebene der OECD/G20 zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting–BEPS), insbesondere die Umsetzung des BEPS-Mindeststandards, berücksichtigt werden.

Das Mehrseitige Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilateral Convention to Implement Tax Treaty-Related Measures to Prevent Base Erosion and Profit Shifting, kurz „MLI“) wurde zwar am 7. Juni 2017 von beiden Staaten unterzeichnet, findet aber im bilateralen Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Indonesien keine Anwendung.

Es ist deshalb die Erteilung einer neuen Verhandlungsvollmacht erforderlich.

Das geplante Protokoll wird gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend sein und daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 B-VG bedürfen. Der Nationalrat und der

Präsident Robert Seeber

Bundesrat werden gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG von der Ausweitung der Verhandlungen unverzüglich unterrichtet werden.

Negative finanzielle Auswirkungen des Protokolls auf den Bundeshaushalt sowie auf andere Gebietskörperschaften sind nicht zu erwarten. Das Protokoll hat keine Auswirkungen auf die Planstellen des Bundes.

Ich stelle daher im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, Herrn DDr. Gunter MAYR, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen, im Falle seiner Verhinderung, Frau Dr. Sabine SCHMIDJELL-DOMMES, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Finanzen, und im Falle ihrer Verhinderung, Herrn Mag. Helmut BEITL, stellvertretender Abteilungsleiter im Bundesministerium für Finanzen, zur Leitung der Verhandlungen eines Protokolls zur Abänderung des Übereinkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indonesien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu bevollmächtigen.

28. November 2019

Dkfm. Eduard Müller, MBA
Bundesminister

Präsident Robert Seeber

Präsident Robert Seeber: Ich habe die zuvor genannten Verhandlungsgegenstände sowie die Wahl eines zweiten Vizepräsidenten, einer zweiten Vizepräsidentin für den Rest des ersten Halbjahres 2020 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? – Es ist dies nicht der Fall.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

1. Punkt**Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 37 Abs. 4 GO-BR**

Präsident Robert Seeber: Wir gelangen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung.

Bevor ich dem Herrn Bundeskanzler das Wort erteile, gebe ich bekannt, dass mir ein schriftliches **Verlangen** von fünf Bundesräten im Sinne des § 37 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Bundesrates vorliegt, im Anschluss an die vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Vizekanzler abgegebene Erklärung eine Debatte durchzuführen. Da dieses Verlangen genügend unterstützt ist, werde ich ihm ohne Weiteres stattgeben.

Ich erteile nun dem Herrn Bundeskanzler zur Abgabe einer Erklärung betreffend die neue Bundesregierung das Wort. – Bitte.

12.20

Bundeskanzler Sebastian Kurz: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf gleich ganz herzlich zur Amtsübernahme gratulieren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Vor allem aber sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte! Es ist mir eine Freude, gemeinsam mit dieser neu angelobten Bundesregierung heute bei Ihnen sein zu dürfen und das Regierungsprogramm gemeinsam zu präsentieren.

Wir eröffnen mit dieser Bundesregierung ein neues Kapitel in der Regierungsarbeit für Österreich. Zuallererst möchte ich die Möglichkeit nutzen, um allen Österreicherinnen und Österreichern, die uns am 29. September unterstützt haben, die uns ihre Stimme gegeben haben, die uns Vertrauen geschenkt haben, ganz herzlich Danke zu sagen. Sie haben damit eine Entscheidung getroffen, in welche Richtung sich unser Land entwickeln soll.

Ich möchte aber auch die Möglichkeit nutzen, um denjenigen zu danken, die in der Phase der Übergangsregierung die Geschäfte des Landes geführt haben, allen voran natürlich dem Bundespräsidenten, aber auch Kanzlerin Bierlein und ihrem Regierungsteam für die Arbeit in dieser Zeit.

Ein großes Danke gilt auch allen hier im Bundesrat vertretenen Parteien für die Zusammenarbeit, der FPÖ für die Zusammenarbeit in der vergangenen Regierungsperiode, aber auch NEOS und SPÖ für die Regierungsverhandlungs- beziehungsweise Sondierungsphase.

Ganz besonders gilt mein Dank natürlich Werner Kogler und dem Team der Grünen für die respektvollen Regierungsverhandlungen, für die Art und Weise, wie diese Regierungsverhandlungen geführt wurden, und natürlich auch dafür, dass es uns gelungen ist, diese Regierungsverhandlungen positiv abzuschließen. Es ist dadurch möglich geworden, eine Koalition der Wahlgewinner zu bilden, und es ist durch eine neue Form der Kompromissfindung – dadurch, dass man sich nicht wechselseitig auf Minimalkompromisse hinunterverhandelt – möglich geworden, dass beide Regierungsparteien ihre zentralen Wahlversprechen einhalten konnten. – Vielen, vielen Dank an Werner Kogler, aber auch an alle Verhandlerinnen und Verhandler seitens der Grünen und der Volks-

Bundeskanzler Sebastian Kurz

partei für diesen Abschluss der Regierungsverhandlungen. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

Regieren heißt, Verantwortung zu übernehmen: Verantwortung, die seitens der österreichischen Bevölkerung geliehen wurde, und Verantwortung, die ein Ziel haben muss, nämlich das Beste für unser Österreich zu leisten. Ich bin froh, dass wir im Regierungsprogramm Eckpunkte fixieren konnten, die das möglich machen. Ich darf Ihnen jetzt einen kurzen Überblick über dieses Programm geben.

Ich starte mit einem Punkt, der uns ganz besonders wesentlich erscheint, nämlich die Entlastung der arbeitenden Menschen in unserem Land. Wir haben uns im Regierungsprogramm das Ziel gesteckt, die Steuerlast in unserem Land zu senken, und zwar durch eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer auf 20, 30 und 40 Prozent bei den drei untersten Progressionsstufen. Darüber hinaus werden eine Erhöhung des Familienbonus, die Mitarbeiterbeteiligung und viele weitere Maßnahmen dazu führen, dass die Steuerlast in unserem Land sinkt und arbeitenden Menschen endlich mehr zum Leben bleibt. Wir werden gleichzeitig natürlich auch Ökologisierungsmaßnahmen setzen, um sicherzustellen, dass unser Steuersystem auch ein möglichst nachhaltiges ist.

Zweitens: Wir bekennen uns weiterhin zu einer ausgeglichenen Budgetpolitik. Wir wollen die Schuldenquote Österreichs in Richtung 60 Prozent senken, weil wir davon überzeugt sind, dass Schulden nicht nur unsozial, sondern auch alles andere als nachhaltig sind. Schulden gehen immer auf Kosten der nächsten Generation, insofern ist natürlich neben der Entlastung unser großes Ziel, ausgeglichen zu haushalten.

Zum Dritten: Wir werden betreffend Migration eine klare Linie mit dem Ziel verfolgen, dass die illegale Migration nach Österreich und Europa gestoppt wird, weil es eben nicht egal ist, wer in Europa und insbesondere in Österreich lebt. Nur wenn es uns gelingt, die illegale Migration zu bekämpfen, werden wir in Österreich auch weiterhin in Sicherheit leben können, weiterhin den sozialen Frieden aufrechterhalten können und auch die österreichische Identität wahren können.

Viertens: Wir haben uns vorgenommen, das Bildungssystem mit dem klaren Ziel zu reformieren, eine Bildungspflicht einzuführen, also von der Schulpflicht und vom reinen Absitzen von Zeit wegzukommen, hin zu einem Minimum an Grundfertigkeiten, die jeder haben muss, wenn er die Schule verlässt. Ich halte das für einen wichtigen Ansatz, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen eine Chance am Arbeitsmarkt haben und kein Kind zurückgelassen wird. Nur wenn man ein Mindestmaß an Lesen, Schreiben und Rechnen beherrscht, ist man fit für die Vermittlung am Arbeitsmarkt und kann dort seine Talente zum Wohle der Republik einbringen; insofern halte ich es für einen wichtigen Systemwechsel, von der Schulpflicht hin zur Bildungspflicht zu kommen.

Fünftens: Wir werden versuchen, die Pflegefrage zu lösen. Das bedeutet, eine nachhaltige Finanzierung der Pflege durch die Einführung einer Pflegeversicherung zu schaffen, vor allem aber auch, die pflegenden Angehörigen besser durch Tagesbetreuungsstätten, den Ausbau der mobilen Pflege und durch psychologische Betreuung zu unterstützen, und natürlich auch – und damit haben wir bereits begonnen –, eine ordentliche Ausbildung in der Pflege sicherzustellen, denn neben der Finanzierungsfrage ist sicherlich das Thema des Nachwuchses in der Pflege ein ganz, ganz entscheidendes.

Sechster Punkt: Wir werden mit einem sehr ambitionierten Programm gegen den Klimawandel ankämpfen, um bis 2040 klimaneutral zu sein – mit zahlreichen Maßnahmen zur Ökologisierung des Steuersystems, mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Investitionen im Bereich der Gebäudesanierung aber auch mit einer Taskforce, in der eine ökosoziale Steuerreform für das Jahr 2022 vorbereitet werden soll.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Initiativen, von der Digitalisierung bis zur Frauenpolitik, vom ländlichen Raum bis hin zu einem wirklich sehr ambitionierten Transparenzpaket. Das Regierungsprogramm hat das Ziel, das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern und alles zu tun, damit sich Österreich in eine gute Richtung entwickeln kann.

Ich bedanke mich bei allen Verhandlerinnen und Verhandlern, die dieses wirklich sehr, sehr gute und ambitionierte Regierungsprogramm ausverhandelt haben. Ich bin aber auch froh, dass wir ein herausragendes Team gewinnen konnten, um dieses Regierungsprogramm umzusetzen. Sie alle wissen, sehr geehrte Damen und Herren, es geht in der Politik bekanntlich ja nicht nur um Inhalte und Programmatik, sondern auch um die handelnden Personen, die versuchen, diese auf den Boden zu bringen.

Ich freue mich, dass ich Ihnen gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler jetzt das Regierungsteam auch persönlich vorstellen darf. Vonseiten der Volkspartei wird es sechs Regierungsmitglieder geben, die sich ganz besonders für den Standort Österreich, aber natürlich auch dafür, dass die Menschen Arbeit haben, einsetzen werden. Sie werden sich dafür einsetzen, dass Familie und Beruf bestmöglich vereinbar sind und die Steuerlast sinkt, damit arbeitenden Menschen und all jenen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und heute in Pension sind, auch genug zum Leben bleibt.

Ich freue mich, dass Gernot Blümel bereit ist, die Aufgabe des Finanzministers zu übernehmen. Er hat als Regierungskoordinator und Kanzleramtsminister schon Budgets mitverhandelt und gemeinsam mit Hartwig Löger auch die Steuerreform vorbereitet und wird an der Spitze des Finanzministeriums stehen.

Margarete Schramböck übernimmt in bewährter Art und Weise die Agenden für Wirtschaftsstandort und Digitalisierung. Sie ist in diesem Bereich ein Profi mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Privatwirtschaft, mit Führungsverantwortung in großen österreichischen Digitalunternehmen und hat in diesem Bereich schon in den letzten beiden Jahren sehr viel bewegen können.

Elisabeth Köstinger, unsere starke Stimme für den ländlichen Raum, für die Landwirtschaft, aber auch für den Tourismus, hat bereits in diesen Bereichen gearbeitet und ist aufgrund ihrer Erfahrung auf europäischer Ebene, aber auch national, in der österreichischen Bundesregierung, genau die Richtige, um alles zu tun, damit sich der ländliche Raum in Österreich weiterhin gut entwickelt und wir auch ein Stück weit gegen den Trend der Urbanisierung ankämpfen können.

Christine Aschbacher wird die Verantwortung für Arbeit, den Arbeitsmarkt, Familie und Jugend übernehmen. Das sind Bereiche, in denen es ganz besonders entscheidend ist, Vereinbarkeit zu leben und zu zeigen, dass in Österreich beides gleichzeitig möglich ist. Sie hat nicht nur drei Kinder, sondern sie hat bisher auch eine erfolgreiche Laufbahn als Angestellte genauso wie als Unternehmerin eingeschlagen.

Heinz Faßmann, unser Professor im Team, hat lange Verantwortung an der Universität getragen, kennt den Bildungsbereich mittlerweile aus verschiedenen Blickwinkeln gut und hat auch schon gute Arbeit als Bildungs- und Wissenschaftsminister geleistet. Er wird seine Aufgabe in der neuen Bundesregierung fortsetzen.

Magnus Brunner, ein Experte im Bereich der Energiewirtschaft, jemand, der Ihnen hier im Bundesrat, glaube ich, als ehemaliger Vizepräsident wohlbekannt ist, steht uns als Staatssekretär im großen Infrastruktur-, Energie- und Klimaministerium zur Verfügung.

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Vielen Dank diesen sechs Persönlichkeiten, die sich für Standort, Arbeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und selbstverständlich für Steuersenkungen einsetzen werden – schön, dass ihr im Team seid! *(Beifall bei der ÖVP sowie der BundesrätInnen Hauschildt-Buschberger und Schreuder.)*

Ich darf Ihnen darüber hinaus zwei Persönlichkeiten vorstellen, die Verantwortung im Sicherheitsbereich tragen werden: Karl Nehammer, ehemaliger Abgeordneter, Sicherheitssprecher, Integrationssprecher, jemand, der schon früh eine Leidenschaft für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickelt hat, auch einen militärischen Background hat, wird die Verantwortung im Innenministerium übernehmen. Er wird die Stimme der Sicherheit sein und auch für einen konsequenten Kurs in der Migrationspolitik eintreten.

Klaudia Tanner war die erste Frau an der Spitze des niederösterreichischen Bauernbundes. Sie hat keine Schwierigkeiten gehabt, sich dort zu behaupten. Sie hat – wie alle, die sie kennen, wissen – eine durchaus robuste Art und einen Habitus, der, so glaube ich, für die Aufgabe im Verteidigungsministerium durchaus geeignet ist. Sie hat ihre berufliche Laufbahn im Innenministerium begonnen, wechselt jetzt aber in die Landesverteidigung, und ich freue mich, dass erstmals eine Frau an der Spitze des Verteidigungsressorts stehen wird.

Liebe Klaudia, lieber Karl, vielen, vielen Dank für eure Bereitschaft, im Team Verantwortung zu übernehmen! *(Beifall bei der ÖVP sowie der Bundesräte Gross und Schreuder.)*

Ganz besonders freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit meinen beiden Kanzleramtsministerinnen. Karo Edtstadler ist als ehemalige Staatssekretärin wahrscheinlich wohlbekannt, war zuletzt Abgeordnete im Europäischen Parlament in Brüssel. Sie ist eine gute Juristin, Staatsanwältin und stets eine starke Kämpferin für die Europäische Union. – Liebe Karo, ich freue mich, dass du gemeinsam mit Susanne Raab im Kanzleramt tätig sein wirst!

Susanne Raab ist ehemalige Sektionschefin für Integration und jetzt verantwortlich für die Integration und die Frauenagenden. Sie hatte bisher eine sehr erfolgreiche Laufbahn im öffentlichen Dienst, zunächst im Innenministerium, dann im Außenministerium, im Integrationsbereich. – Ich freue mich sehr, mit euch beiden gemeinsam im Kanzleramt tätig sein zu dürfen! *(Beifall bei der ÖVP sowie des Bundesrates Schreuder.)*

Zu guter Letzt: Alexander Schallenberg als Außenminister ist ein Profi auf seinem Gebiet, ein erfahrener Diplomat, dem ich sehr dankbar dafür bin, dass er mich in unterschiedlichen Funktionen begleitet und unterstützt hat, und den Sie wahrscheinlich aus der Übergangsregierung kennen. – Lieber Alexander, ich freue mich, dass du bereit bist, als Außenminister dieser Regierung anzugehören und damit eine ganz wesentliche Aufgabe, nämlich Österreichs starke Stimme in der Welt zu sein, zu übernehmen! Herzlich willkommen im Team! *(Beifall bei der ÖVP sowie des Bundesrates Schreuder.)*

Ich darf abschließend noch einmal festhalten, dass dieses Team – Werner Kogler wird die Vertreterinnen und Vertreter der Grünen in der Bundesregierung vorstellen – ein guter Mix aus Frauen und Männern ist, aus Jüngeren und Erfahrenen, von Personen aus den unterschiedlichsten Regionen Österreichs, die alle eint, dass sie den Willen haben, Österreich positiv zu gestalten.

Ich darf mich bedanken, lieber Werner Kogler, dass es gemeinsam gelungen ist, ideologische Unterschiede zu überwinden und auch einen Kompromiss zustande zu bringen. Wir wollen als Bundesregierung alles tun, um die Probleme der Gegenwart zu lösen, aber gleichzeitig auch ein gutes Fundament für die Zukunft unseres Landes zu legen, damit die Menschen in unserem Land in Sicherheit leben können, die Freiheit

Bundeskanzler Sebastian Kurz

haben, ihre Talente einzubringen, ein soziales Netz vorfinden, das da ist, wenn sie es brauchen, und natürlich alle gemeinsam zusammenhelfen, damit wir eine ökologisch intakte Welt hinterlassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich freue mich auf die Arbeit und die Zusammenarbeit mit Ihnen im Bundesrat. *(Beifall bei der ÖVP sowie der Bundesräte Lackner und Schreuder.)*

12.34

Präsident Robert Seeber: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für seine Ausführungen.

Nunmehr erteile ich dem Herrn Vizekanzler zur Abgabe einer die neue Bundesregierung betreffenden Erklärung das Wort. – Bitte.

12.34

Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler: Herr Präsident! Gratulation zur Amtsübernahme! Vorab danke ich auch dem Bundeskanzler und den Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, von denen die meisten ja in die Verhandlungen eingebunden waren, die, so denke ich, doch von ungewöhnlichen Positionen aus eine Annäherung begonnen und zu einem Kompromiss gefunden haben, und zwar zu einem ungewöhnlichen Kompromiss. Das wurde schon erwähnt, und ich kann das nur bestätigen, aber vielleicht ist es ja doch so, dass neue, große Herausforderungen, vor denen wir wohl unbestritten stehen, auch neue Koalitionen oder jedenfalls Kompromissfindungen fordern und möglich machen sollten.

Ich danke aber vor allem Ihnen, geschätzte BundesrätInnen, dass wir auch hier die Gelegenheit zur Abgabe einer Erklärung und zur anschließenden Debatte bekommen. Ich werde die Schwerpunkte des Regierungsprogramms nur knapp skizzieren und vielleicht da oder dort auch einen Hinweis geben, wenn damit in besonderer Weise föderale Aspekte verbunden sind. Das sind nämlich gar nicht so wenige.

Jetzt aber gleich anschließend zur Komplettierung der Vorstellung des Regierungsteams: Ich darf heute vielleicht anders beginnen, nämlich bei Kollegen Rudi Anschober, Sozialminister, aber eben auch mit den Schwerpunkten Pflege – der gestern bereits präsentiert wurde und sich morgen im ersten Ministerratsvortrag wiederfinden wird –, Gesundheit und Konsumentenschutz betraut.

Rudi Anschober war immerhin zwölf Jahre lang Regierungsmitglied im Rahmen eines klassischen Regierungsvertrags mit der ÖVP und darüber hinaus noch ein paar Jährchen mehr. Ich weiß nicht, wann im Bundesrat einmal eine Bundesregierung vorgestellt worden wäre, die einen derart langjährigen Bezug zur Landes- und Regionalpolitik hat. Er kann aus diesem Grund beide Brillen aufsetzen, und das dürfte Sie ja im Besonderen interessieren. Ich hoffe, es gelingt uns gemeinsam etwas in der Bundesländer-Kooperation, die ja in Österreich nicht immer die einfachste ist, das darf ich wohl nicht unerwähnt lassen.

Leonore Gewessler verantwortet in der Regierung ein großes Ressort. In den Verhandlungen wurde öfters von einem Megaressort gesprochen; Sie wissen, ich brauche da immer noch einen Zettel, auf dem steht, was es alles beinhaltet *(von einem Blatt ablesend)*: Klimaschutz – völlig klar –, Umwelt, also Umweltschutz, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Daran können Sie schon erkennen, dass da sehr viele Agenden dabei sind, die – sowohl bei den Umwelt- und Klimaschutzinitiativen und erst recht bei Infrastrukturprojekten, die teilweise geplant sind, teilweise neu kommen sollen – die Bundesländer betreffen werden. Ich sehe da große Überschneidungen in den Kompetenzen, was wohl auch in den anschließenden Debattenbeiträgen zum Ausdruck kommen wird.

Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

Ulrike Lunacek ist Staatssekretärin bei mir im Ressort für öffentlichen Dienst und Sport, Kunst und Kultur. Alle hier haben ja auch einen gewissen Europabezug, es soll aber auch so sein, dass wir daran denken, dass wir innerhalb Österreichs zwar die Bundeshauptstadt anerkennen und hochhalten, es aber gerade auch im Kulturbereich sicher auch so sein soll, dass wir die Regionen nicht vernachlässigen. Ich darf das gerade als Grazer sagen, denn immerhin waren wir 2003 die Kulturhauptstadt Europas. Ich durfte damals schon Abgeordneter sein. Man sagt es so oft, aber da stimmt es wirklich: Das war bei aller Diskussion und Kritik, die es auch da geben mag, mit Sicherheit ein wirklich spannendes Projekt.

Wenn ich daran denke, dass wir sozusagen mit Hochgeschwindigkeit in die Moderne unterwegs sind, aber ausgerechnet im Ausseerland die nächste Kulturhauptstadt beziehungsweise Kulturregion beheimatet ist, so finde ich das erst recht herausfordernd und spannend. Ich wollte hier bei dieser Gelegenheit nur einmal unseren Zugang dazu mitteilen. Auf Europa werden wir ja vielleicht noch zu sprechen kommen, und das Subsidiaritätsprinzip werden wir dabei auch nicht vernachlässigen. Das wird gerade in diesem Zusammenhang wichtig sein.

Was ich aber schon gar nicht vernachlässigen will, ist die Vorstellung der lieben und geschätzten Kollegin Alma Zadić, die das Justizressort übernehmen wird. Ich nutze das hier gerne als Übergang zu den inhaltlichen Punkten. Ich werde mich hier über ihre Qualifikation nicht lange verbreiten und möchte mich da einfach an das vom Bundespräsidenten Geäußerte halten: Angesichts ihrer Biografie, ihres beruflichen Werdegangs und der zuvor absolvierten Ausbildung ist sie trotz ihres ganz, ganz jungen Alters schon sehr qualifiziert.

Ich lege aber trotzdem Wert darauf, zu sagen, dass ich zumindest – ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht – tatsächlich ein bisschen stolz darauf bin, dass wir in einer Heimat, in einer Republik leben dürfen, in der es möglich ist, dass Alma Zadić mit ihrer Geschichte Justizministerin werden kann. *(Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ.)*

Wir haben es bereits gesagt, es ist eine ungewöhnliche Koalition. Es sind, ich möchte an Kanzler Kurz anschließen, zwei Wahlgewinner, die sich da finden. Ob sie sich gesucht haben, ist die Frage. Jedenfalls hatten die WählerInnen Wahlmotive; sie haben das Gesuchte dann bei uns gefunden. Wir haben versucht, das im Rahmen der erwähnten Kompromissfindung in einer gemeinsamen Koalition aufzulösen. Ich möchte schon auch ein bisschen dafür werben, denn das könnte für Europa durchaus von Interesse sein. Es gibt ja tatsächlich viel Interesse – wenn man sich die Kommentare in den internationalen Zeitungen anschaut –, darunter Kritik, aber auch viel Lob. Spannend ist es offensichtlich für alle.

Wie aber soll es in einer Demokratie, speziell in einer parlamentarischen Demokratie wie unserer, sein? Wir haben kein Mehrheitswahlrecht. Ob das so wünschenswert ist, weiß ich nicht. Manche, vielleicht auch hier im Saal, präferieren das, wir ja weniger. Es ist sicher einmal eine gute Möglichkeit, so vorzugehen, wie wir das tun. Die letzten Alternativen würden ja dann schon in Richtung autoritäre Verhältnisse gehen, auch das wollen wir nicht. Nehmen Sie also das, was wir vorhaben, als konstruktiven Versuch, diese unterschiedlichen Sichtweisen zu vereinen. Entsprechend gibt es in verschiedenen Kapiteln halt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen oder, wie man sagt, Handschriften.

Es gibt aber durchaus – das möchte ich überhaupt nicht verhehlen, denn das geht in letzter Zeit fast ein bisschen unter – in vielen Bereichen auch Übereinstimmungen, mehr Übereinstimmungen als zuletzt an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Ich denke da an einige Kapitel im Wirtschaftsbereich, im Sozialbereich, sogar im Sicherheitsbe-

Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

reich. Wir waren heute auf einer Polizeiinspektion im 15. Bezirk. Es gibt da sehr viele Überschneidungen, mehr als angenommen.

Ich darf ein paar Kapitel hervorheben, die wir mit Sicherheit ähnlich sehen – nicht alle. Betreffend unsere Schwerpunktsetzung kommen einige Bereiche zuvorderst: natürlich die Bekämpfung des Klimawandels, der Klimakrise, allerdings mit allen Chancen für den Wirtschaftsstandort und gleichzeitig unter sozialer und regionaler Abfederung und Einbindung.

Es wurde Entlastung erwähnt: Im Programm finden Sie die Entlastung der arbeitenden Menschen. Ja, dazu bekennen wir uns auch. Es ist höchste Zeit, dass die Lohn- und Einkommensteuer entsprechend der genannten Progressionsstufen sinkt. Wir werden mit Sicherheit mit einer Senkung der ersten Stufe von 25 auf 20 Prozent beginnen.

Die Frage der nachhaltigen Finanzen sehen wir ähnlich, insbesondere wenn gleichzeitig die notwendigen Investitionen gesichert sind, damit wir entsprechend gegensteuern können, wenn es Konjunkturerinbrüche geben sollte. Wir haben ja aufgrund der Prognosen jetzt günstigere Gelegenheiten als befürchtet. Wenn es schon halbwegs gut läuft, dann sollten wir schauen, dass das alte Keynesianische Prinzip tatsächlich eingehalten wird, dass, wenn es gut geht, vielleicht auch Überschüsse erzielt werden, um in der Krise gegensteuern zu können. Also da gibt es auch Übereinstimmung.

Soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung finden Sie an prominenter Stelle, speziell was die Bekämpfung der Kinderarmut oder der Frauenarmut im Alter betrifft. Überhaupt ist die Gleichstellung von Frauen an mehreren Stellen, glaube ich, sehr prominent hervorgehoben. Ich darf auch die Ausweitung der Budgetierung an dieser Stelle erwähnen. Es wird möglich sein, die Anzahl der Plätze in Frauenhäusern konsequent auszuweiten.

Betreffend Bildung: Chancengleichheit im Leben wird es vielleicht nie geben, aber wir bemühen uns, gemeinsam einen Schritt in diese Richtung zu setzen. Ich darf darauf verweisen, dass die Betreuungsplätze im Vorschulalter so schnell es eigentlich geht massiv ausgeweitet werden sollen. Das ist im Übrigen ein Bereich, in dem es ja nur gemeinsam mit den Kommunen und vor allem mit den Ländern gehen wird. Das ist mit Sicherheit ein vordringliches Anliegen, wie überhaupt die Situation der Betreuungslehrkräfte beziehungsweise die Schulsozialarbeit zusätzlich verbessert werden soll. Also viele Dinge, bei denen ich mir denke, dass sie manchmal in der öffentlichen Debatte zu kurz kommen, finden nichtsdestotrotz einen prominenten Niederschlag.

Das Wichtigste ist für uns allerdings die europäische Ausrichtung der Bundesregierung in vielen Bereichen. Wir stimmen, glaube ich, überein, dass wir betreffend die großen Fragen, wie man früher gesagt hat, mehr Europa brauchen, bei gleichzeitiger Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. So darf man manches dann schon einmal auf die Rüttelstrecke schicken und hinterfragen. Das wird auch Sie interessieren, weil Sie im Bereich der Subsidiarität natürlich auch entsprechende Stellungnahmemöglichkeiten – an dieser Stelle: sie heißen auch so – vorfinden.

Die Weiterentwicklung der Union ist für viele ein wichtiges Anliegen. Die Frage ist, was da in den nächsten fünf Jahren überhaupt gelingen kann, aber ich glaube, die österreichische Bundesregierung ist diesen Debatten gegenüber aufgeschlossen. Es ist schon einmal ein Fortschritt, wenn wir in der Union die demokratischen Kräfte, die freiheitsliebenden Kräfte und jene, die auf den sozialen Zusammenhalt schauen, entsprechend stärken. Dazu wollen wir gemeinsam einen Beitrag liefern.

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich noch zur Umwelt- und Klimaschutzpolitik komme, aber auf der Brücke dorthin kann man wieder von Europa weg starten. Viele der großen Fragen sind natürlich nur global oder wenigstens europäisch beantwortbar. Das

Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

ist völlig logisch, das ist uns völlig bewusst. Das wird sich auch in den ökonomischen und ökologischen Maßnahmen insoweit auswirken, als wir ja nur die nationalen Spielräume ausschöpfen können und nicht sozusagen extra über das Ziel hinauschießend mit gut gemeinten Maßnahmen dazu beitragen, dass gerade die Industrie in Österreich, die ja in der umweltschonenden Produktion weltweit führend ist, dann womöglich abwandern soll. Das ist nicht das Ziel und schon gar nicht das Vorhaben und der Plan. Umgekehrt aber leitet sich daraus natürlich ab, dass wir gut austesten und prognostizieren können, wo die Möglichkeiten Österreichs liegen, im Klimaschutz ganz, ganz nach vorne zu kommen. Das ist natürlich ein Anliegen dieser Bundesregierung.

Auf dem Weg dorthin gibt es aber natürlich viele Maßnahmen oder Möglichkeiten, die man gar nicht ohne Weiteres dort ansiedeln würde. Im Regierungsprogramm findet sich eine offene Position zu den Handelsbeziehungen auf der Welt, aber mit der Bedingung, dass wir die sozialen und vor allem ökologischen Standards einhalten wollen. Aus dieser Logik heraus betrifft das jetzt einmal ganz eindeutig den Mercosur-Vertrag, der ja bei der Union angelandet ist, die ja die Hauptverhandlungen führt, gleichwohl sie die Zustimmung aller Mitgliedstaaten brauchen wird, da in wesentlichen Bereichen ein entsprechendes gemischtes Abkommen vorliegt. Dazu gibt es jetzt einmal ein klares Nein dieser Bundesregierung, also dort wird etwas passieren müssen. So hängen halt Ökonomie und Ökologie an mehreren Stellen zusammen. Das Motiv ist ja zusätzlich und zuletzt auch der Schutz unserer – verhältnismäßig jedenfalls – kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Österreich.

Im Bereich des Klimaschutzes spielen natürlich die finanziellen Maßnahmen eine große Rolle. Wir werden mit den ersten Schritten der Steuerreform auch Ökologisierungsschritte verbinden. Insgesamt, das ist uns auch ganz wichtig, wird die Belastung über Abgaben und Steuereinnahmen nicht zunehmen, sondern in Summe sogar sinken. So werden halt mehrere Räder gleichzeitig gedreht: auf der einen Seite die Ökologisierung, aber auf der anderen Seite die Entlastungsmaßnahmen.

Die wirklichen Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger wahrscheinlich sozusagen griffiger vor Augen haben, lassen sich im Bereich des Klimaschutzes ganz klar beantworten. Wir müssen natürlich jetzt die Projekte konzipieren – da oder dort werden wir die Bundesländer brauchen, ich sagte es –, und es geht uns schon darum, dass es nicht nur bei den Schlagwörtern bleibt.

Das Eine-Million-Dächer-Programm würde bedeuten, die Fotovoltaik so massiv auszubauen, wie selten in einer Region in Europa. Da sind wir jetzt bestenfalls im Mittelfeld und wollen nach vorn. Das hat mit Förderstrukturen und im Übrigen auch – nebenbei bemerkt – mit riesigen Chancen für unser heimisches Gewerbe zu tun. Die Frage der Gebäudesanierung – das wird ebenfalls die Bundesländer betreffen; die Sanierungsraten sollen in dieser Zeit mehr als verdoppelt werden –, die Frage der Heizungssysteme der Zukunft – alles das wird eine Rolle spielen.

Im Infrastrukturbereich, der Sie vielleicht besonders interessieren wird, ist daran gedacht, dass wir einerseits die versprochenen Vergünstigungen vornehmen – das bezieht sich vor allem auf die Tarife im öffentlichen Verkehr –, andererseits aber auch die Infrastruktur ausbauen, weil man in bestimmten Regionen nicht allzu viel davon hat, wenn es günstiger wird, man aber ohnehin nicht viel herumkurven kann. Da wird es innovative Lösungen brauchen. Wir können da nicht quasi drauflosarbeiten und für jede Region genau das Gleiche anbieten. Österreich ist regional sehr, sehr unterschiedlich, in dünn besiedelten Räumen wird das eine besondere Herausforderung werden, aber es gibt natürlich Möglichkeiten, wie etwa in der Schweiz, dass wir dort, wo Zentren, etwa Bezirkshauptstädte, sind, in den nächsten Jahren echte Taktverbin-

Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

dungen einführen. Das wäre dann schon ein großer Sprung bei der Verbesserung der Infrastruktur, auch am Land.

Deshalb belassen wir es nicht nur bei der berühmten Nahverkehrsmilliarde, die immer für die größeren Ballungsräume gedacht war, sondern es würde eine Regionalverkehrsmilliarde hinzukommen. Dabei müssen wir natürlich auch danach trachten – das Geld ist schneller weg, als man glaubt –, nach bestimmten effizienten Kriterien vorzugehen, wo die jeweils ersten 100 Millionen Euro eingesetzt werden. Wir dürfen da auf Ihre Mithilfe hoffen, und bei denjenigen, die halt nicht als Erste, sondern als Zweite oder Dritte drankommen, darf ich bitte gleich im Voraus dafür um Verständnis werben, denn auch diese Diskussion im Austausch zwischen Bund und Ländern kenne ich.

Es wurden aber Möglichkeiten geschaffen, die wesentlich breiter und tiefgehender als bisher sind, und ich glaube, das ist das Neue an dieser Bundesregierung, was diese Vorhaben betrifft.

Ich glaube, wenn wir das einlösen wollen, dass wir 2040 als Republik Österreich klimaneutral sind, dann haben wir anständig zu tun; deshalb ist mit diesen konkreten Maßnahmen zu belegen, dass wir dort auch wirklich hinkommen.

Ein vorletzter Punkt, der uns Grüne natürlich immer besonders interessiert hat und der auch zu sehr viel mehr Bürgernähe führen wird, ist die Transparenzoffensive. Damit meine ich jetzt weniger die Reformen, die die Parteien selbst betreffen; ich glaube, das ist oft sehr selbstbezogen. Wenn es aber bis zu den Gemeinden hinunter um die Möglichkeit geht, dass die Bürgerinnen und Bürger ein transparenteres Gegenüber im Staat finden, dann ist das schon eine Neuerung, speziell in Österreich, wo wir mit dem Amtsgeheimnis lange hinterhergehinkt sind. Diese Informationsfreiheitsoffensive ist ein großes Vorhaben; das wollte ich an dieser Stelle natürlich nicht unerwähnt lassen.

Das führt mich zum Schluss und zur politischen Kultur, die wir pflegen wollen: Ich möchte Ihnen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei dieser Gelegenheit die Hand reichen. Ich weiß ganz genau – und ich glaube, der Herr Bundeskanzler hat es auch in der Nationalratssitzung erwähnt –, wie wichtig es ist, dass es ein Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition gibt – und wo soll dies besser stattfinden als hier im Parlament, zu dem auch der Bundesrat gehört?

Gleichzeitig probieren wir, unsere Hand auszustrecken. Ob uns das immer gleich gelingt, ist die Frage. Wie Sie wissen: Der Standort – das haben wir das letzte Mal schon erwähnt – bestimmt den Standpunkt. Sie dürfen uns aber beim Wort nehmen, wir werden es probieren. In diesem Sinn hoffen wir auch auf eine lebhafte Auseinandersetzung, und ich darf dem Bundesrat dafür – und insgesamt im Sinn der österreichischen Demokratie – alles Gute wünschen. *(Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ.)*

12.54

Präsident Robert Seeber: Ich danke dem Herrn Vizekanzler für seine Ausführungen.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet ist Fraktionsobfrau Korinna Schumann. Ich erteile dieses.

12.54

Bundesrätin Korinna Schumann (SPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren in der Bundesregierung! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Lassen Sie mich zuerst zwei Personen einmal besonders gratulieren: unserem ehemaligen Bundesratsvizepräsidenten Magnus Bader *(Rufe bei SPÖ und FPÖ: Brunner!)* – Brunner. Ich sehe Bader und sage Bader – alles korrigiert, natürlich! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Ich gratuliere Magnus Brunner, der als Staatssekretär eine wichtige Rolle in der neuen Bundesregierung einnehmen wird, und natürlich dem neuen Präsidenten

Bundesrätin Korinna Schumann

des Bundesrates Robert Seeber. Herzliche Gratulation zu deinem heutigen Einstand!
(*Allgemeiner Beifall.*)

Namens der SPÖ-Fraktion wünsche ich der gesamten Bundesregierung eine glückliche Hand und alles Gute im Sinne Österreichs. Uns ist es wichtig, dass niemand vergessen wird. Die Sozialdemokratie steht dafür, dass wir niemanden zurücklassen, und dafür werden wir uns immer starkmachen. Wir freuen uns über die große Anzahl von Frauen in der neuen Bundesregierung und hoffen gleichzeitig, dass sich das auch in den Ergebnissen einer modernen, zukunftsorientierten und starken Frauenpolitik widerspiegelt.

Lassen Sie mich eines betonen: Wenn wir in den letzten Wochen und Monaten etwas gelernt haben, dann, dass ein respektvoller, unaufgeregter, sachorientierter Umgang Ruhe in eine bewegte, oft zu bewegte politische Landschaft bringt. Hier gebührt der ExpertInnenregierung unter Brigitte Bierlein und Clemens Jabloner unser großer Dank und unsere höchste Anerkennung. (*Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Schreuder.*)

Respekt muss unsere Arbeit prägen, egal ob als Abgeordnete oder Regierungsglieder, und darauf möchte ich mit einem Blick auf die Geschehnisse der letzten Tage eingehen. Wenn wir in sozialen Medien eine beispiellose Hetzkampagne gegenüber einer Ministerin, die Migrationshintergrund hat, erleben, dann ist das nicht hinzunehmen. Begegnen wir einander mit Respekt und seien wir Vorbild für die Gesellschaft! Politik muss bei aller inhaltlich hart geführten Auseinandersetzung das Verbindende suchen und darf nicht zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. (*Beifall bei der SPÖ. – Bundesrätin Mühlwerth: Na, dann macht's es einmal!*)

Positiv möchte ich anmerken, dass in diesem Regierungsprogramm und in diesem Regierungsvorhaben die Sozialpartnerschaft im Gegensatz zu Schwarz-Blau offenbar eine neue Wertigkeit bekommt. Das ist sehr zu begrüßen, vor allem dann, wenn sie kein Schlagwort bleibt, sondern wirklich gelebt wird (*Bundesrat Steiner: Aber das ist der letzte Hebstecken für die Sozis, die Sozialpartnerschaft!*), und das auf Augenhöhe. Genauso freuen wir uns über die erhöhte Wichtigkeit des Parlaments. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ist die parlamentarische Kultur wesentlich umfassender zu leben, und das begrüßen wir als sozialdemokratische Bundesratsfraktion sehr.

Jetzt zu den Inhalten der neuen Bundesregierung: Das Regierungsprogramm steht unter dem Werbemotto: das Beste aus beiden Welten. Man gewinnt aber eher den Eindruck, es sei das Aufeinandertreffen von zwei Welten, die inhaltlich extrem weit voneinander entfernt sind. Das hat sich jetzt bei der Frage der Unterzeichnung des UN-Migrationspakts wieder gezeigt.

Was darüber hinaus anscheinend nicht wirklich Bestandteil der jeweiligen Welten von ÖVP und Grünen ist, sind die Interessen der arbeitenden Menschen in Österreich. 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten äußerst fleißig in unserem Land. 326 Seiten Regierungsprogramm und genau eineinhalb Seiten zum Thema Arbeitsrecht – das ist wirklich enttäuschend, vor allem da wir uns mitten im größten Wandel der Arbeitswelt der letzten Jahrhunderte befinden. Die Digitalisierung hat Einzug gehalten und die Menschen verunsichert. Berufsbilder, die vor Kurzem noch bestanden haben und wichtig waren, werden ersetzt und fallen weg. Da gilt es Antworten zu geben, und diese finden wir im Regierungsprogramm nicht.

Es gibt wenige Antworten, etwa zur Lehre, aber Antworten auf die Herausforderungen aufgrund von Digitalisierung in der Arbeitswelt, Entwicklungen wie Prekariat, Crowd-working, Plattformarbeit sowie arbeitsrechtliche Antworten zu den Themen Qualifizie-

Bundesrätin Korinna Schumann

rung und Homeoffice fehlen gänzlich, und – das ist wirklich schmerzhaft – der allgemeine 12-Stunden-Tag, die 60-Stunden-Woche bleiben (*Ruf bei der FPÖ: Die gibt's eh nicht!*), genauso wie die Verkürzung der Ruhezeit.

Alle unter Schwarz-Blau eingeführten Verschlechterungen für die Beschäftigten bleiben, inklusive der Machtübernahme der Arbeitgeber in der Sozialversicherung. Der Bereich Arbeit wird völlig unverständlicherweise aus dem Sozialministerium herausgelöst und mit dem Bereich Jugend und Familie zu einem Ministerium verbunden.

Der Arbeitnehmer, der Kollege, der 60 Stunden in der Woche arbeitet, aber doch noch Zeit für ein schönes, gemeinsames Familienleben haben möchte, hat in Zukunft keine Chance darauf (*Bundesrat **Steiner**: Und die Arbeitnehmerin nicht vergessen!*), und das ist nicht fair.

Was bei diesem Regierungsprogramm noch auffällt: Eine Welt ist sehr klar ausdefiniert, mit Zeiträumen, Zielen, Überschriften, Prüfverfahren, Ankündigungen. Und im Unterschied dazu ist die andere Welt eher vage. Ansonsten ist diese Regierung – allen Werbeeinschaltungen zum Trotz – wie jede andere auch, getragen von Vereinbarungen, Kompromissen; also sie ist ganz profan aus einer Welt.

Dabei haben wir eine sehr große Sorge, und diese möchte ich hier auch erwähnen, nämlich den koalitionsfreien Raum, der ja, wenn man den Aussagen von Kanzler und Vizekanzler glaubt, angeblich gar keiner ist. Gerade in der Krise die Koalition zu lockern, scheint mit Blick auf tatsächliche Regierungsverantwortung nicht nachvollziehbar und in Hinsicht auf die sensible Thematik, in der das vorgesehen ist, wirklich nicht klug. Da braucht es Augenmaß und Kooperation, damit herausfordernde Situationen nicht zu schweren Krisen werden. Diesbezüglich nehmen wir Sie alle in die Pflicht. Es ist Ihre Aufgabe, Krisen nicht entstehen zu lassen und Krisen zu verhindern, statt gleich Ausstiegsszenarien für den Krisenfall zu vereinbaren.

Kommen wir wieder zu einem wesentlichen und verbindenden Thema, der Frage des Klimaschutzes. Was sich bereits im Wahlkampf gezeigt hat und über fast alle politischen Lager hinweg betont worden ist, ist die enorme Bedeutung des Klimaschutzes. Das hat viel damit zu tun, dass wir extreme Wetterphänomene erleben und schmerzhaft erkennen müssen, dass sich das Klima verändert, und dass wir uns der vollen Härte der Folgen dessen bewusst werden. Deshalb sind wir unter anderem froh, dass sich im Regierungsprogramm mit dem 1-2-3-Klimaticket eine Forderung der SPÖ wiederfindet. Damit wird der öffentliche Verkehr endlich leistbar und für viele noch attraktiver werden. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes ist von größter Bedeutung, vor allem für einen lebenswerten ländlichen Raum. Auch da gilt: Der Ausbau muss so erfolgen, dass er für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich eine Chance bietet. Wenn der Bus um 19 Uhr nicht mehr fährt, ist es für all jene, die 12 Stunden arbeiten, nicht mehr möglich, öffentlich nach Hause zu kommen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes muss sich also sehr wohl nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir werden die Menschen in Österreich, die zum Pendeln gezwungen sind – und das sind sehr viele –, auch nicht vergessen. Wir werden an sie denken und ihre Rahmenbedingungen auf jeden Fall verbessern. Für uns SozialdemokratInnen ist klar: Bei jedem Schritt in Richtung Ökologisierung muss auch die soziale Frage miteinbezogen werden. Dazu braucht es die volle Kraft bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für Klima und für Arbeit. Bei jeder Maßnahme, die hier gesetzt wird, werden wir genau auf die Arbeits- und Lebenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schauen, sie mitbedenken und beachten. Wir wollen nicht, dass jemand zurück-

Bundesrätin Korinna Schumann

bleibt, niemand soll bei all den herausfordernden Veränderungsprozessen vergessen werden. Ein gutes Leben für alle – das ist möglich und muss unser Ziel sein.

Da setzt einer unserer Hauptkritikpunkte am Regierungsprogramm an: Als Sozialdemokratie vermissen wir die Maßnahmen zur sozialen Gerechtigkeit in diesem Programm nämlich extrem. Wurde im Rahmen des Wahlkampfes gerne von Kinderarmut gesprochen, so findet sich jetzt keine Maßnahme, die diese wirklich wirksam bekämpft. Das ganz bewusste Wegschauen bei diesem gesellschaftlichen Problem, das eines der Markenzeichen der schwarz-blauen Regierung war, hat sich leider unter Schwarz-Grün nicht gebessert. Für jene Menschen, die nicht auf die Butterseite gefallen sind, wird nichts getan, und das werden wir als SPÖ natürlich so nicht einfach zur Kenntnis nehmen. Diesbezüglich haben wir uns wirklich mehr erwartet und da werden wir mit allen Mitteln versuchen, etwas im Sinne der von Ihnen in diesem Land leider vergessenen Menschen zu schaffen.

Eine der großen Herausforderungen – das ist jetzt eines Ihrer Schwerpunktprojekte – ist natürlich die Frage der Pflege. Da gibt es eine Reihe von Vorhaben zur Verbesserung, aber leider sind diese oft auch nicht genau definiert. Bedauerlich ist, dass der Fokus fast ausschließlich auf der Pflege durch Angehörige liegt. Wir wissen, dass es in Österreich hauptsächlich Frauen sind, die Angehörige pflegen. Es wäre wichtig gewesen, ihnen die Pflegelast nicht automatisch wieder aufzubürden. Entlastung der Angehörigen durch bessere Beratung vor Ort und den Ausbau der mobilen und der stationären Pflege sind die Antwort.

Wie die Steuersenkungen und all die durchaus auch positiven Maßnahmen des Regierungsprogramms finanziert werden, ist noch offen. Konzerne und Superreiche werden finanziell begünstigt, das steht fest. 2 Milliarden Euro wandern direkt zu den oberen Hunderttausend. Für uns wäre es wesentlich wichtiger, die regionale Wirtschaft zu stärken. Und ganz ehrlich: Der Schmach von der über einen Milliarde, die man im Budget plötzlich gefunden hat, ist schon ein bisschen peinlich; das muss man ganz ehrlich sagen. Wenn diese Milliarde plötzlich da ist, dann investieren wir sie doch bitte in die Pflege und investieren wir sie in bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung für die Menschen in der Pflege. Das wäre eine ganz, ganz wesentliche Forderung. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Rösch.)*

Die Frage wird letztendlich sein: Wie werden die voraussichtlich fehlenden in Summe 4,4 Milliarden Euro aufgebracht? Setzt man Prioritäten oder lässt man Vorhaben zurück? Wie wird der Finanzausgleich für die Länder gestaltet sein? Wie ist das im Regierungsprogramm zu findende Bekenntnis für mehr Mittel für „Kooperationsbereite Gemeinden“ genau zu verstehen? Kommt am Ende für die Österreicherinnen und Österreicher wieder ein schmerzhaftes Sparpaket, um die fehlenden Mittel aufzubringen? Wir sagen: keine Einsparungen bei Gesundheit, Bildung, Pflege, sozialer Versorgung und Pensionen! Ein gutes Leben für alle!

Wir wünschen Ihnen für Ihre Tätigkeit als Bundesregierung im Sinne aller Menschen in unserem Land alles Gute und dürfen Ihnen sagen: Unsere Hand ist bei konstruktiver Politik immer ausgestreckt. Wir werden Sie aber an Ihren Taten messen, das ist selbstverständlich. Wir werden uns sinnvollen Vorhaben nicht verschließen, aber wir werden unserer Rolle als Opposition sicher gerecht werden. *(Bundesrätin Mühlwerth: Wo war eigentlich Ihre Hand die letzten zwei Jahre?)* Wir freuen uns auf eine Politik auf Augenhöhe. – Glück auf! *(Beifall bei der SPÖ.)*

13.07

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gelangt Herr Fraktionsobmann Bundesrat Karl Bader. Ich erteile dieses.

Bundesrat Karl Bader

13.07

Bundesrat Karl Bader (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzter Herr Präsident, lieber Robert! Ich möchte zunächst dich ansprechen und dir alles Gute für den Vorsitz Österreichs in der Länderkammer wünschen! Letzten Freitag habe ich den Vorsitz im Rahmen einer Pressekonferenz in Linz ja offiziell übergeben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir und wünsche dir dazu alles Gute und viel Erfolg. Und ich freue mich vor allem, dass du unser Leitthema weiter als Hauptthema in deine Arbeit einbindest wirst. *(Beifall bei der ÖVP und bei BundesrätInnen von SPÖ, FPÖ und Grünen.)*

Geschätzter Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren der Bundesregierung! Zunächst freue ich mich, dass wir unseren Bundeskanzler Sebastian Kurz wieder zurückhaben; einen Bundeskanzler, der vom Nationalrat abgewählt wurde und am 29. September von der Bevölkerung Österreichs einen klaren Auftrag bekommen hat, eine Bundesregierung für unser Land zu bilden. Dazu gratuliere ich. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir dich wieder hier haben und mit dir gemeinsam an der Zukunft Österreichs arbeiten dürfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch den Herrn Vizekanzler und alle Damen und Herren der Bundesregierung hier im Bundesrat willkommen heißen. Ich danke auch vonseiten der ÖVP-Fraktion für die Gespräche und für die Vereinbarungen, die am Ende dieser Gespräche in ein Regierungsprogramm gemündet sind, sehr herzlich. Ich wünsche der Bundesregierung alles Gute, viel Freude bei der Arbeit und natürlich viel Erfolg. Ich freue mich schon sehr auf die Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern dieser Bundesregierung.

Ich möchte aber einen aus den Reihen dieser Regierung besonders erwähnen und ihm alles Gute wünschen – ich bitte dafür um Verständnis –: unseren ehemaligen Vizepräsidenten, dem Mitglied der ÖVP-Fraktion Magnus Brunner. Ich freue mich, dass du die Möglichkeit hast, in der Bundesregierung als Staatssekretär mit tätig zu sein, und ich freue mich, dass ein Mitglied des Bundesrates diese Funktion übernommen hat. Ich bin mir sicher, dass du als einer, der diesem Haus über zehn Jahre angehört hat, auch in dieser Bundesregierung ein starker Vertreter des Föderalismus und des ländlichen Raumes sein wirst. Auch dir ein herzliches Glückauf für deine Arbeit. *(Beifall bei der ÖVP sowie bei BundesrätInnen von SPÖ, FPÖ und Grünen.)*

Wir hatten von der Abwahl der alten Bundesregierung bis zur Angelobung der neuen Regierung eine Zeit lang eine Übergangsregierung. Persönlich möchte ich allen Mitgliedern dieser Regierung danke für ihre Arbeit sagen, wenngleich ich natürlich nicht verhehlen kann, dass ich mich schon sehr darüber gewundert habe, dass Frau Bundeskanzlerin Bierlein auf der einen Seite gesagt hat, sie gehe auf das Parlament zu, aber wir auf der anderen Seite hier im Haus eine parlamentarische Enquete gehabt haben, die von keinem Mitglied der Bundesregierung wahrgenommen wurde. Diese Veranstaltung wurde negiert. *(Zwischenruf des Bundesrates **Schennach**.)* Ich bin mir sicher, dass das unter Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler in Hinkunft nicht passieren wird. Daher freue ich mich auch sehr, dass wieder eine gute Zusammenarbeit mit dem Bundesrat stattfinden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Kollegin Schumann zugehört und jetzt ist mir auch klar, warum gewisse Entscheidungen durch die Wählerinnen und Wähler in dieser oder jener Form getroffen wurden. Der Unterschied liegt ganz klar darin, dass wir als die Wahlgewinner dieser Nationalratswahl in die Zukunft gerichtet arbeiten wollen, für die Menschen in diesem Land, für dieses Land. Ich habe oft den Eindruck gehabt – auch während ihrer Rede –, dass da eine Partei Angst vor der Zukunft hat *(Heiterkeit der Bundesrätinnen **Grimling** und **Schumann**)* und es daher besser für sie ist, nicht Teil der Regierung zu sein. Wir

Bundesrat Karl Bader

werden natürlich das Gespräch suchen und gemeinsam versuchen, hier entsprechend gut zusammenzuarbeiten. (*Bundesrätin **Schumann**: Danke!*)

Das Regierungsprogramm, das heute auch hier im Bundesrat vorgestellt wurde, ist klar eine gute Grundlage, um mutig und positiv in die Zukunft zu schreiten. Es ist ein durchdachtes Programm, das die Menschen entlastet, den Standort stärkt – das brauchen wir – und das sicherstellt, dass Österreich eine positive Zukunft hat und ein erfolgreiches, weltoffenes und wohlhabendes Land bleibt. „Verantwortung für Österreich“ wird diese Bundesregierung mit diesem Regierungsprogramm für die Menschen, für den Parlamentarismus und für das gute Miteinander übernehmen. Es wurde ganz einfach das umgesetzt, was die Menschen am 29. September gewählt haben und was sie von diesen Parteien erwarten. Es geht um große Herausforderungen, die mutig angegangen werden.

Ich freue mich ganz besonders, und das halte ich für ein sehr zentrales Element dieser gemeinsamen Koalition, dass man wirklich versucht hat, beide Parteien, die in dieser Regierung vertreten sind, im Programm und in den darin enthaltenen Punkten entsprechend abzubilden. Es ist in der Vergangenheit sehr oft passiert, dass man nach unten verhandelt und nach unten nivelliert hat und keine der Regierungsparteien mehr erkennbar war. Das ist etwas Neues und das, glaube ich, ist auch ein zukunftsgerichtetes Konzept. (*Bundesrat **Spanring**: Super!*) Es soll das Beste aus beiden Welten sein, und das wird es auch sein, da bin ich sehr zuversichtlich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte noch einmal unsere zentralen Anliegen verstärken: die Steuerentlastung, die Beibehaltung der klaren Linie im Bereich von Zuwanderung und Migration und keine neuen Schulden. Die Schwerpunkte der Grünen wird sicher mein Kollege Marco Schreuder vorstellen.

Ich finde, der folgende ist ein sehr wichtiger Punkt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und da bitte ich, zuzuhören: Wir senken die untersten Stufen des Einkommensteuertarifs – 20 Prozent, 30 Prozent, 40 Prozent. Das ist Qualität, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern etwas bringt. (*Bundesrat **Rösch**: 45 Jahre sind genug! – Zwischenrufe der BundesrätInnen **Grimling** und **Spanring**.*) Es ist nicht entscheidend, wie viele Seiten eines Regierungsprogramms sich mit diesem Thema auseinandersetzen; nicht die Quantität, sondern die Qualität zählt. Das wird eine entscheidende Entlastung sein. (*Bundesrat **Rösch**: Das sehen wir dann eh!*)

Das Nächste ist die Frage der Mitarbeiterbeteiligung auf freiwilliger Basis. Die Menschen, die aufstehen und hart arbeiten müssen, sollen von ihrer Arbeit leben können.

Der Familienbonus, der die Bezieher geringerer Einkommen entsprechend unterstützt, ist eine Erfolgsgeschichte, ein Weg, der gemeinsam mit den Blauen beschritten wurde und nun weitergeführt wird. Da wird von 250 Euro auf 350 Euro beziehungsweise von 1 500 Euro auf 1 750 Euro angehoben. Sie sehen also, das ist etwas, das wirksam für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land geleistet wird.

Das Thema Asyl und Migration wurde schon vom Herrn Bundeskanzler angesprochen. Es geht auch um die Erhöhung der Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit und um die Bekämpfung der Fluchtursachen, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den Weg machen.

Was die Schulden betrifft, geht es darum, Österreich kinderfit beziehungsweise enkelfit zu halten, also keine neuen Schulden zu machen. Wir wollen dieses Programm, das im letzten Jahr gut funktioniert hat, nämlich erstmalig keine neuen Schulden zu machen, auch in Zukunft fortsetzen.

Der Bereich Pflege ist schon angesprochen worden. Da wird einerseits die Pflegeversicherung Thema sein, andererseits wird es darum gehen, das Wirrwarr in der Finan-

Bundesrat Karl Bader

zierung zwischen Bund und Ländern zu beenden, die Arbeitsbedingungen der Menschen in der Pflege zu verbessern, aber natürlich auch diesen Pflege-daheim-Bonus zu schaffen.

Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler und den Mitgliedern der Bundesregierung heute auch zwei Bitten mitgeben, nämlich eine vonseiten des Bundesrates und die zweite vonseiten des ländlichen Raums. Aus Sicht des Bundesrates ist mir in den letzten Tagen mitgeteilt worden, dass, was die Sitzungen des Bundesrates betrifft, der ORF in Hinkunft beabsichtigt, nur mehr einmal im halben Jahr Liveübertragungen durchzuführen. Das ist für einen öffentlichen Rundfunk wirklich unerträglich. *(Beifall bei ÖVP und Grünen. – Bundesrat **Spanring**: Schaffen Sie gleich die GIS-Gebühren ab! – Bundesrätin **Mühlwerth**: Sie wollen gar nichts machen beim ORF!)* Wir sind bis jetzt Bittsteller gewesen, um zwei oder drei Übertragungen zu bekommen. Das ist etwas Neues, das hat eine neue Qualität. Da brauchen wir, glaube ich, die Unterstützung der Bundesregierung. Ich bitte da, uns zu unterstützen.

Meine zweite Bitte betrifft die Unterstützung des ländlichen Raums. Ich denke, dass die Themen Dezentralisierung und Standortsicherung gerade im letzten halben Jahr, unter der Vorsitzführung Niederösterreichs, stark in den Fokus gerückt wurden. Ich freue mich, dass im Bereich der Justizverwaltung ein klares Bekenntnis im Regierungsprogramm drinnen ist, wo es heißt: „Bekenntnis zum Erhalt der derzeitigen Gerichtsstruktur“. Ich bitte, auch da zu unterstützen und vielleicht neue Wege zu gehen, zu schauen, wie man gewisse Arbeitsaufträge in die Bezirksgerichte verlagern kann, um diese vor Ort zu stärken und damit auch dem ländlichen Raum ein entsprechendes Gewicht zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Insgesamt, glaube ich, ist das Regierungsprogramm, das heute vorgestellt wurde und über das auch in den Medien täglich berichtet wird, ein sehr ambitioniertes Programm für unser Land, das es gilt, in den nächsten fünf Jahren abzuarbeiten. Es ist noch nie der Fall gewesen, dass am Beginn einer Legislaturperiode ein Regierungsprogramm vorgelegt wurde, das schon am ersten Tag zur Gänze zur Umsetzung gelangt. Es wird natürlich auch ein Weg in der Kommunikation, in der Diskussion zu gehen sein. Darauf freue ich mich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung. Ich wünsche dir, lieber Herr Bundeskanzler, dem Herrn Vizekanzler und allen Damen und Herren dieser Bundesregierung viel, viel Erfolg! Ein herzliches Glückauf! *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

13.18

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gelangt Frau Fraktionsobfrau Bundesrätin Monika Mühlwerth. Ich erteile es ihr. – Bitte.

13.18

Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ, Wien): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Auch wenn ich jetzt nicht ganz einverstanden bin mit dem, was du gesagt hast – was wenig überraschend ist –: Lieber Karl Bader, danke für deinen Vorsitz im letzten halben Jahr! Lieber Kollege Seeber, alles Gute für den Vorsitz im nächsten halben Jahr!

Zu meinem Kollegen aus dem Bundesrat Magnus Brunner sage ich: Ich wünsche dir bei deiner Tätigkeit mehr Glück als einem deiner – unter Anführungszeichen – „Vorgänger“, denn wir hatten ja schon einmal einen Verteidigungsminister aus den Reihen des Bundesrates, dessen Amtsführung als alles andere als geglückt zu bezeichnen ist. Dir wünsche ich mehr Erfolg, egal ob ich jetzt mit der Koalition einverstanden bin oder nicht, jedenfalls dir alles Gute! *(Beifall bei der FPÖ sowie der Bundesräte **Bader** und*

Bundesrätin Monika Mühlwerth

Buchmann.) Im Übrigen wünsche ich selbstverständlich auch der gesamten Bundesregierung alles Gute.

Das Lob der Übergangsregierung, bei allem Respekt, kann ich nicht ganz so teilen, wie das meine Vorredner getan haben, denn wir haben – erstens – schon einige Male erlebt, dass der jeweilige Innenminister gleich einmal einige wesentliche Sachen, die Innenminister Kickl zu Recht auf die Reise gebracht hat, zurückgenommen hat (*Bundesrat Schennach: Auch zu Recht!*) – also wüsste ich nicht, was ich da loben sollte.

Zum Zweiten: In einer Sitzung vor Weihnachten gab es Aussagen des Verteidigungsministers, wo er erstens einmal nicht nur aus Personalakten zitiert hat, sondern – zweitens – die Entscheidung der Ernennung von drei Generälen, die Mario Kunasek, freiheitlicher Verteidigungsminister, noch getroffen hat, in einer sehr persönlichen Art und Weise gewichtet hat und diese so schlecht wie möglich darstellen wollte. Das nenne ich keine objektive Amtsführung, und daher fällt dieses Lob für die Übergangsregierung nur zurückhaltend aus. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt haben wir eine neue Regierung, gut. – Gott sei Dank, kann man auch sagen. Jede neue Regierung präsentiert sich natürlich bestmöglich, hat die besten Ideen, das beste Programm und den allergrößten Willen, es eins zu eins umzusetzen. In Wirklichkeit haben wir hier eine ÖVP- – oder türkise, wie immer Sie es nennen wollen – Alleinregierung mit einem grünen Beiwagerl. Die wesentlichen Ressorts haben Sie sich ja sowieso sofort genommen, was ja mit ein Grund dafür war, dass die alte Koalition von Ihnen, Herr Bundeskanzler, aufgekündigt worden ist: weil Sie einfach nicht mehr haben wollten, dass ein Blauer im Innenministerium und in den Netzwerken und Seilschaften, vor allem im BVT, herumstierlt und das an die Öffentlichkeit bringt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt ist wieder alles im Lot, das Innenministerium ist in schwarzer Hand, das Verteidigungsministerium ist in schwarzer Hand. Ich hoffe, dass eine Frau als Verteidigungsministerin dort erfolgreich ist, bin mir da aber nicht ganz so sicher – nicht weil sie eine Frau ist, sondern weil ich orte, dass den Grünen das Bundesheer noch nie ein Anliegen war, und bei der ÖVP ist die Zustimmung zum Bundesheer offen gestanden auch sehr durchwachsen. Das halten Sie gerade so, wie die Wetterlage ist, und nach dem, was wir gehört haben und im Regierungsprogramm gelesen haben, ist das Bundesheer nach wie vor vorm Aushungern und damit eigentlich zu einem Lebendsterben verurteilt. Das hat es nicht verdient, und wir brauchen das Bundesheer auch. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist schön, wenn immer wieder auf das Friedensprojekt Europa hingewiesen wird, und das ist ja auch gut so. Wir haben aber nicht vergessen, dass es auch einen Jugoslawienkrieg gegeben hat, und die Verhältnisse dort unten sind alles andere als stabil, sodass man nicht getrost davon ausgehen kann, dass da nie wieder etwas passiert. Abgesehen davon hat sich unser Bundesheer vor allem im Katastrophenschutz nicht erst einmal bestens bewährt, es auszuhungern ist daher einfach der falsche Weg – und das tut man, wenn man sagt, man erhöht einfach das Budget nicht. Damit hungert man es einfach aus.

Sie haben sich ja, wie es schon erwähnt worden ist, auch einen koalitionsfreien Raum ausbedungen, und ich orte, dass Sie mit den Grünen in den Fragen der Sicherheit, des Außengrenzschutzes, auch des Innengrenzschutzes, wenn wieder so eine Lawine an illegaler Zuwanderung auf uns zurollt wie 2015, nicht auf einen grünen Zweig kommen werden. Das haben die Grünen ja auch offen gesagt. Wir kennen sie alle, das ist nichts Neues. Also ist es so, dass man da vielleicht doch wieder die Freiheitlichen braucht, weil Sie, Herr Bundeskanzler, ja schon 2017 freiheitliche Positionen übernommen haben. Jetzt zeigen Sie sich etwas situationselastisch, gehen auf die Grünen zu, aber

Bundesrätin Monika Mühlwerth

im Falle des Falles, wenn es wirklich hart auf hart kommt, werden Sie auf die Freiheitlichen zurückgreifen, und damit dann die Koalition nicht platzt, hat man sich da einen koalitionsfreien Raum ausbedungen. Das ist jetzt nicht gerade eine geradlinige Politik und eine geradlinige Koalition, wo man sagt: Ja, die arbeiten bestmöglich zusammen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich freue mich, dass der Familienbonus nicht nur beibehalten – weil darauf ja auch die Freiheitlichen besonders gedrungen haben –, sondern auch ausgeweitet wird, um auch etwas Positives zu sagen; denn ein paar Sachen bleiben ja schon, auch bei der Bildung.

Die Deutschklassen, deren Einführung ja von linker Seite so sehr bekämpft wurde, waren ein gutes Fundament; und ja, das eint uns ja, dass die Zuwanderer Deutsch können sollen, damit sie dem Unterricht folgen können, damit wir sie fit machen können, auch für den Arbeitsmarkt. *(Bundesrätin **Grimling**: ... Deutsch lernen!)*

Was ich von der von Ihnen beschlossenen Lehre von Asylwerbern, die einen negativen Asylbescheid haben, halte, das haben wir Ihnen letztes Mal schon gesagt, nämlich genau gar nichts *(Beifall bei der FPÖ)*, weil Recht Recht bleiben muss und wir hier sehr viele Lehrlinge österreichischer Provenienz haben, auch solche, die einen gültigen Aufenthaltstitel haben, die eine Lehre machen wollen. Das hätte man auch anders regeln können.

Betreffend Bildung möchte ich aber schon noch eines anmerken: Bildungspflicht, ja, das hört sich gut an, aber die Bildungspflicht wird nicht zum Ziel führen, wenn wir nicht die Eltern einbinden, denn die Eltern sind schon der wesentliche Faktor dafür, wie willig oder wie positiv man der Bildung gegenübersteht. Es gibt leider sehr viele – vor allem Zuwanderer, aber es sind auch einige Österreicher dabei –, die meinen: Bildung hat keinen Wert, brauche ich nicht! Der Staat fängt mich im Falle des Falles auf, und daher muss ich mich nicht besonders anstrengen! – Also da wäre es schon wichtig, auch die Bildungswilligkeit über die Eltern einzufordern.

Das Thema Frauen ist auch schon einige Male angesprochen worden. Ich finde es selbstverständlich gut, dass die Frauenhäuser besser finanziert werden, ich finde es richtig, dass es sie gibt. Ich finde es wichtig, dass man da etwas tut, aber wenn es Ihnen so wichtig ist, frage ich mich, warum Sie das in zwei Ministerien und vor allem Frauen und Integration kombiniert haben, so als ob das Frauenthema nur ein Integrationsthema wäre. Das ist ja fast so gut wie seinerzeit bei der SPÖ. Die SPÖ hatte unter Barbara Prammer auch einmal das Frauenministerium. Da hat das Ministerium Frauenangelegenheiten, Konsumentenschutz und Tierkörperverwertung geheißen. Also Sie haben es ein bisschen verbessert. *(Zwischenrufe bei der SPÖ sowie der Bundesrätin **Schulz**.)* Das kann man nachlesen, das hat damals so geheißen, das war in einem Ressort. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenbemerkung von Bundeskanzler **Kurz**.)*

Weitergegangen ist auch nichts, die Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen ist auch nicht zugegangen. Da frage ich mich: Es sind schöne Überschriften, aber Sie müssen uns erst einmal zeigen, wie das tatsächlich mit Leben erfüllt werden soll.

Noch eines möchte ich anmerken, das betrifft Ihr Kapitel Extremismus. Dazu sage ich Ihnen: Das erfüllt mich schon mit Sorge, denn in dem Kapitel Extremismus lese ich ausschließlich von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, als ob es Linksextremismus gar nicht gäbe. Dabei gibt es genügend Beispiele von Linksextremisten, die übrigens nicht nur die Sympathien, sondern auch Unterstützung von den Grünen gehabt haben, wie zum Beispiel der Schwarze Block, der marodierend durch die Innenstadt gezogen ist und dort alles kurz und klein geschlagen hat. Also wenn wir von Extremismus reden, dann bitte mit beiden Augen schauen, nicht auf einem Auge blind sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bundesrätin Monika Mühlwerth

Ich komme damit zu Frau Minister Zadić. Frau Minister Zadić, Sie können ja nichts dafür, aber ich weiß überhaupt nicht, warum Ihr Migrationshintergrund immer so in den Vordergrund gestellt wird. Mir ist der ehrlich gesagt wurscht: Sie sind österreichische Staatsbürgerin, Sie waren österreichische Abgeordnete, Sie sind jetzt österreichische Ministerin. Wo Sie herkommen, interessiert mich eigentlich wenig! Was mich aber schon interessiert, ist Folgendes – und da möchte ich Ihnen schon auch etwas in Bezug auf Hass im Netz mitgeben –: Ich bin völlig bei Ihnen, und ich glaube, da sind wir uns auch einig, dass Hass im Netz ein absolutes No-Go ist; nur: Auch da wird immer nur auf eine Seite geschaut! Dazu muss man sagen, dass man in diesem Lande sehr schnell als rechtsextrem gilt. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wir haben uns zwei Sitzungen lang anhören können – von den Grünen, da vor allem von Frau Dziedzic –, dass wir alle, wir Freiheitlichen, Rechtsextreme sind, weil nach der Lesart der Grünen alles, was nicht im linken Spektrum angesiedelt ist, rechtsextrem ist. Das ist eine Spaltung des Landes.

Sie müssen lernen, damit zu leben, dass es außer Ihrer Sichtweise noch eine andere gibt. Jeder, der heute patriotisch denkt und sich äußert, kann und darf nicht gleich als Rechtsextremer diffamiert werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Selbst George Orwell hätte nie gedacht, dass seine Gedankenpolizei jemals zur Anwendung kommen könnte. Sie sind aber auf dem besten Wege dazu, genau das zu tun. *(Vizepräsident **Wanner** übernimmt den Vorsitz.)*

Der junge Mann, den Sie, Frau Minister Zadić, ins Netz gestellt haben, der nur gewunken hat – *(Oh-Rufe bei SPÖ und Grünen.)* – Ja, der hat nur gewunken, das hat sogar der Fotograf zugegeben, das hat sogar der Fotograf gesagt. Da gibt es Zeugenaussagen, auch von dem, der das Video gemacht hat. Es ist ja auch untersucht und bestätigt worden, dass der keinen Hitlergruß gemacht hat.

Aber worum es mir geht: Der junge Mann ist Anfang 20, am Beginn einer Karriere, einer Ausbildung, und Sie stellen diesen jungen Mann einfach so raus, und es ist Ihnen völlig wurscht, was mit dem nachher passiert. Der hat deswegen seinen Job verloren, weil man gesagt hat, das ist nicht tragbar. Und das sind so Dinge, das ist ehrlich gesagt wie ein subtiler Faschismus. Das geht nicht! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ja, das muss man leider so sagen. Das muss man so sagen! Es ist auch nichts anderes.

Wovor fürchtet man sich denn eigentlich? Wir haben 70 Jahre Demokratie. Vor irgendwelchen Idioten fürchten wir uns jetzt auf einmal? – Wobei der das nicht einmal gemacht hat, was man ihm unterstellt hat. Und da muss man schon vorsichtig sein mit dem Hineinstellen ins Internet und **bedenkenlos** über die Menschen Drüberfahren.

Sie führen das Wort Humanität ewig im Munde. Handeln Sie auch danach! Das kann ich auch der neuen Bundesregierung, insbesondere mit ihrer grünen Beteiligung, nur ans Herz legen: Bedenken Sie bei den Dingen, die Sie machen, welche Auswirkungen sie haben, nicht nur auf Österreich, sondern auch auf den Einzelnen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

13.32

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat Marco Schreuder. – Bitte.

13.32

Bundesrat Marco Schreuder (Grüne, Wien): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kanzler! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung! Es ist immer das Schicksal der Grünen, nach den Freiheitlichen reden zu müssen. Die 10 Minuten sind mir zu schade, um jetzt jeden Punkt hier zu

Bundesrat Marco Schreuder

widerlegen, deswegen möchte ich doch meine Schwerpunkte in den Vordergrund rücken, und ich glaube, das macht auch Sinn. (*Bundesrätin Mühlwerth: Na ja!*)

Ich bin heute schon auch ein bisschen stolz und auch sehr glücklich und empfinde das schon auch als einen historischen Moment. (*Bundesrat Steiner: Trag es dir in den Kalender ein!*) – Ich trage mir das sicher im Kalender ein, Herr Kollege. (*Bundesrat Steiner: Mit einem grünen Stift!*) Ich habe die Grünen kennengelernt, da war ich 15 Jahre alt, als die Hainburger Au besetzt worden ist. Meine Eltern haben mir damals nicht erlaubt hinzufahren: Da ist es kalt und Winter, das kannst du nicht! Ich durfte nicht. (*Bundesrätin Steiner-Wieser: Die werden schon gewusst haben, warum!*)

Das war ein sehr prägendes Erlebnis: 1986, als die Tschernobyl-Katastrophe passierte. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, ich lebte damals in Bad Ischl, das durch den Regen besonders betroffen war – übrigens Kulturhauptstadt 2024 gemeinsam mit dem Ausseer Land.

Einmal war ich mit den Grünen nicht einer Meinung, da durfte ich aber noch nicht wählen, weil ich niederländischer Staatsbürger war. Ich war nämlich immer für den EU-Beitritt. Mittlerweile hat sich da viel getan, was ja auch zeigt, wie sehr Politik auch ein Prozess der Veränderung ist, auch ein Prozess davon ist, dass man Haltungen überprüft, dass sich die Zeit und auch Positionen ändern können.

Als ich begonnen habe, dann als österreichischer Staatsbürger, Politik zu machen und Kandidat für den Wiener Landtag war, hat mich meine erste Aktion, meine erste politische Tat vor die ÖVP-Zentrale geführt, um gegen euch zu protestieren. (*Bundesrat Bader: Wehe! – Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ulrike Lunacek war damals dabei. Da haben wir zehn Schafe vor die ÖVP-Zentrale gebracht, eines davon war rosa eingefärbt – um gleich darauf hinzuweisen: mit biologisch abwaschbarer Farbe. Wir haben damit darauf hingewiesen, dass 10 Prozent der Wiener Bevölkerung lesbisch oder schwul sind und dementsprechend auch die Politik gestaltet werden sollte.

Na ja und Jahre später, nach vielen Auseinandersetzungen, habe ich mittlerweile auch sehr viele Regierungsverhandlungen erlebt, sowohl auf Wiener Ebene als auch auf Bundesebene. Ich durfte Teil des Verhandlungsteams sein. Ich muss sagen, dass ich das für einen spannenden, für einen neuen Weg und tatsächlich, wie auch Kollege Bader gesagt hat, für einen ganz entscheidenden Fortschritt unserer Demokratie halte, nämlich auch die Art und Weise, wie verhandelt worden ist.

Wir alle haben erlebt, wie die letzten Regierungen funktioniert haben. Als ich erstmals Mitglied dieses Hauses wurde, gab es eine rot-schwarze Regierung. Sie wurde sehr oft Stillstandskoalition genannt. Herr Kollege Bader, Sie haben mir quasi die Worte aus dem Mund genommen: Es war tatsächlich ein Niederverhandeln auf die kleinsten Kompromisse, auf die Minimalkompromisse, und das wurde von der Bevölkerung auch so wahrgenommen.

Danach gab es eine andere Koalition, das, was man allgemeinhin Message Control genannt hat, eine, wo Positionsaustausch schwer möglich war und die dann an Ibiza und an der Korruptionsbereitschaft der freiheitlichen Partei zerschellt ist. Und jetzt haben wir eine ExpertInnenregierung erlebt, die auch etwas Interessantes gezeigt hat, nämlich dass die Aufgeregtheit gar nicht so sehr das ist, was sich Menschen wünschen. Sie wünschen sich sachliche Arbeit, und das haben wir alle daraus gelernt. Das ist, glaube ich, auch das Besondere, was in diesen Verhandlungen gelungen ist, eben dass wir nicht gesagt haben, wir verhandeln uns nieder zu einem Minimalkompromiss, sondern auch überlegt haben: Was ist eine Win-win-Situation? Wofür wurden zwei Wahlsieger und Wahlsiegerinnen gewählt?

Bundesrat Marco Schreuder

Ich verhehle überhaupt nicht, dass es Kapitel im Regierungsprogramm gibt, die ich, würde ich sie isoliert lesen, so in keinsten Weise unterschreiben würde. Aber es geht halt auch um das Gesamtbild, es geht um the big picture. Es geht auch um eine neue Art von Regieren, wo es Unterschiede gibt – wir sind unterschiedliche Parteien –, wo es Unterschiede betreffend die ganze Grundhaltung gibt. Ich glaube, unser Bundeskongress, wo darüber abgestimmt worden ist, ob wir in diese Regierung gehen, hat ganz klar gezeigt, wie die Grünen funktionieren. Wir sind eine Debatten gewohnte Partei, und wir haben diese Diskussionsbereitschaft und dieses Ringen um Positionen immer als ein demokratisches Grundprinzip wahrgenommen und nicht als: Die streiten schon wieder!

Das ist vielleicht auch etwas, was man lernen kann, was wir alle lernen müssen – Frau Kollegin Zwazl und ich haben heute auch schon darüber diskutiert –, dass Diskussion einfach nicht immer Streit ist, sondern Diskussion ein ganz wichtiger Bestandteil dessen ist, wie wir uns organisieren, und dass es am Ende des Tages darum geht, Lösungen zu finden. Die Mehrheitsverhältnisse sind so, wie sie sind. In vielen Punkten passieren Dinge, die wir wahrscheinlich anders gestalten würden, würde es eine grüne Absolute geben, so wie auch ihr viele Dinge anders machen würdet, würde es eine Absolute von Türkis geben.

Opposition wäre einfacher. Opposition ist eigentlich eine sehr bequeme Aufgabe, seien wir ehrlich: Man könnte in der ersten Reihe fußfrei sitzen und kritisieren, wie böse die anderen sind. Verantwortung zu übernehmen ist etwas anderes – oder wie es einmal die frühere Vizebürgermeisterin von Wien, Maria Vassilakou, ausgedrückt hat: „Regieren ist nichts für Lulus“. Und es macht eben auch einen Unterschied, wer regiert.

Ich möchte hier einige Punkte, die wir erreicht haben und die mir auch wichtig sind, noch einmal betonen. Weil Kunst und Kultur immer als Letzte genannt werden, möchte ich sie jetzt als Erste nennen, auch weil ich mich sehr freue, dass Ulrike Lunacek diese Agenden übernimmt (*Bundesrat **Steiner**: Vor allem mit der Expertise!*), und ich selber auch sehr lange in Wien Kulturpolitiker gewesen bin und im Kulturausschuss vertreten war.

Die Kultur des Landes ist eine ganz entscheidende Frage, denn bei Kultur geht es auch sehr viel darum, wie wir überhaupt zusammenleben, da geht es um ganz viele Sachen. Dabei möchte ich dir, Ulrike, alles Gute wünschen, vor allem bei der Neustrukturierung der Museenlandschaft, die zu verhandeln uns gelungen ist. Im Bereich Medienpolitik, zu dem ich auch verhandeln durfte, haben wir es geschafft, den ORF zu stärken, aber auch klarzustellen, dass das Spiel Private gegen Öffentlich-Rechtliche in einem globalisierten Markt einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Es geht vielmehr darum, da österreichische Positionen zu betonen, und dabei ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein ganz entscheidender Bestandteil.

Ich freue mich auch sehr, dass uns – da bin ich auch selber betroffen – für Ein-Personen-Unternehmen und kleine KMUs wirklich sehr Gutes geglückt ist. Ich glaube, die Einführung eines Gewinnrücktrages für Einnahmen- und Ausgabenrechner, so wie es das bei den Künstlern und Künstlerinnen gibt, wird vielen KleinunternehmerInnen helfen. Die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Arbeitszimmern für EPU's ist eine ganz tolle Neuerung, die wir erreicht haben. Das sage ich als Fachgruppenobmann, der Zehntausende solche Unternehmen in der Wiener Wirtschaftskammer vertritt.

Ich möchte unbedingt betonen, dass wir mit Alma Zadić eine Ministerin für den Rechtsstaat und für Transparenz haben. Was uns beim Informationsfreiheitsgesetz gelungen ist, kann sich international eindeutig sehen lassen.

Ganz toll finden wir auch, dass es jetzt mehr Kompetenzen für den Rechnungshof gibt, wenn es um Parteifinanzierungen geht. So gesehen – dadurch, dass uns das gelingen

Bundesrat Marco Schreuder

konnte – hat Ibiza doch auch irgendwie sein Gutes gehabt. (*Bundesrat **Steiner**: Na, das werden wir erst noch sehen!*)

Zum Bereich Soziales möchte ich betonen – das ist jetzt erneut in allen Zeitungen –, dass die Ausbildungs- und Qualitätsoffensive in der Pflege eine der ganz entscheidenden Zukunftsfragen für unser Land ist. Da die Grünen als „Beiwagerl“ zu bezeichnen, wie es Kollegin Mühlwerth gemacht hat, ist einfach absurd, weil gerade die Frage der Pflege und der Gesundheit – wie etwa auch der Ausbau der Psychotherapieplätze – eine ganz entscheidende Frage im Gesundheits- und Sozialbereich ist.

Auf das Gar-nicht-Beiwagerl, das Riesenressort Klimaschutzministerium – ich vergesse immer noch die Abkürzungen; daran werden wir uns alle noch gewöhnen – wird mein Kollege Adi Gross noch detailliert eingehen. Da wird uns noch vieles passieren. (*Bundesrat **Steiner**: Da wird mit euch noch vieles passieren! – Ruf bei der SPÖ: Wird „noch vieles passieren“ – das ist gut!*)

Zum Bereich Digitalisierung, zum Bereich Bildung, zum Bereich Wissenschaft: Wir werden die Brennpunktschulen weiter unterstützen. Das halte ich für eine ganz wichtige Sache. Ich bin sehr glücklich darüber, dass wir im Digitalisierungsbereich – darüber bin ich auch ganz besonders froh, weil ich auch da mitverhandeln durfte – den Datenschutz ganz stark betonen konnten und dass wir auch – und das ist für den ländlichen Raum, also gerade für uns im Bundesrat, ja besonders wichtig – den Glasfaserausbau und den 5G-Ausbau vorantreiben wollen.

Was ich auch für wichtig halte – das hat auch mit Transparenz zu tun –, ist, dass wir Open Data als Grundprinzip vereinbaren werden, das heißt open by default, das bedeutet, Daten der Ministerien werden nur dann nicht veröffentlicht, wenn es gute Gründe dafür gibt, sonst müssen sie veröffentlicht werden. Das ist ein Riesenfortschritt für unser Land, und das kann sich wirklich sehen lassen.

Ich wünsche der Bundesregierung alles Gute. Ich wünsche uns auch eine andere Debattenkultur. Ich glaube, es hat sich gezeigt, dass es, auch wenn man oft ganz anderer Meinung ist, wenig Sinn macht, sich in einen Schützengraben einzugraben und aufeinander loszuballern. (*Bundesrat **Steiner**: Wer im Glashaus sitzt! – Bundesrätin **Steiner-Wieser**: Nur auf die Freiheitlichen!*)

Es wurde noch vor gar nicht langer Zeit davon gesprochen, dass so etwas wie die Dreißigerjahre bevorstehen würden. Dass wir in all unserer Vielfalt jetzt gemeinsam arbeiten, halte ich für einen demokratiepolitischen Quantensprung. In diesem Sinne: Viel Erfolg und uns eine spannende Zeit im Bundesrat! (*Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

13.44

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster gelangt Bundesrat Jürgen Schabhüttl zu Wort. – Bitte.

13.44

Bundesrat Jürgen Schabhüttl (SPÖ, Burgenland): Herr Vizepräsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Geschätzte Bundesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum! Liebe Zuseherinnen und Zuseher zu Hause und hier im Saal! Wir haben hier schon einiges vom Bundeskanzler und vom Vizekanzler über das Regierungsprogramm gehört. Vieles ist noch ein wenig vage, vieles noch in Form bloßer Überschriften. Ich bin da eher pragmatisch eingestellt: Wir werden diese Regierung an ihrem Handeln und an ihren Taten messen. Wir werden sie daran messen, was wirklich vorgelegt wird und was wirklich umgesetzt wird.

Nach der ersten Durchsicht der 326 Seiten des Programms hat sich aber bei mir ein gewisser Eindruck verfestigt: Die ÖVP konnte offensichtlich ihre Forderungen konkret

Bundesrat Jürgen Schabhüttl

und detailliert verankern. Grüne Punkte finden sich vor allem in Überschriften und in Absichtserklärungen, ohne Zeitplan und ohne Finanzierung.

Ich habe dafür auch ein paar Beispiele. Schauen wir in den Steuerbereich! Für Konzerne und Großverdiener sind 2 Milliarden Euro an Steuergeschenken drinnen: KÖSt-Senkung, Senkung des Spitzensteuersatzes, Erhöhung des Familienbonus, aber wiederum nur für Gutverdiener oder jene, die am meisten davon profitieren. Die Pläne für eine ökosoziale oder ökologische Steuerreform sind hingegen ohne konkrete Maßnahmen und ohne einen konkreten Zeitplan geblieben.

Viele – ich sage es einmal so – Verschlechterungen, die durch die letzte Bundesregierung vorgenommen wurden, bleiben den Menschen. Das sind der 12-Stunden-Arbeitstag (*Ruf bei der FPÖ: Gibt es nicht!*), die Zerschlagung der Sozialversicherung und mehr Macht für die Wirtschaft (*Ruf bei der ÖVP: ... eine Verbesserung!*), die Retrobildungspolitik sowie Studiengebühren für Berufstätige und, nicht zu vergessen, ein Vorhaben, das ganz oben auf der Agenda dieser Bundesregierung zu stehen scheint: Dem Vernehmen nach wollen Sie Menschen, die mindestens 62 Jahre alt sind und mindestens 45 Jahre gearbeitet haben, in Zukunft nicht abschlagsfrei in Pension gehen lassen. (*Bundesrätin **Steiner-Wieser**: Unglaublich! – Beifall der BundesrätInnen **Pisec** und **Steiner-Wieser**.*) Das finde ich weder fair, noch haben sich das die Menschen verdient. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Was geht mir in diesem Regierungsprogramm ab? – Es gibt keinerlei für mich ersichtliche Vorhaben, wie Sie die derzeit 400 000 Arbeitslosen in Beschäftigung bringen wollen. Es gibt keine Ideen für eine moderne Arbeitszeit, Stichwort Viertagewoche. (*Rufe bei der ÖVP: Die haben wir schon! Arbeitszeitflexibilisierung!*) Es gibt keine Konzepte für eine Unterhaltsgarantie oder eine Kindergrundsicherung. (*Ruf bei der ÖVP: Familienbonus!*) Es gibt keine Ideen dafür, wie Einzelne mit wachsenden Vermögen einen gerechten Beitrag leisten. Auch im Bildungsbereich bleibt alles beim Alten.

In vielen Bereichen ist ein kurzer Blick ins Burgenland für diese Bundesregierung, glaube ich, nicht schlecht. Dort wurden unter Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und seiner Landesregierung die Aufgaben der Zukunft schon in Angriff genommen beziehungsweise sogar schon entsprechende Maßnahmen umgesetzt. (*Bundesrat **Spanring**: Unter blauer Beteiligung! – Bundesrätin **Steiner-Wieser**: Mit Blau!*)

Der Herr Bundeskanzler hat vorhin das Thema Pflege als eines der wichtigsten Themen der Zukunft angesprochen. Im Burgenland wurde bereits 2019 ein umfangreiches Pflegekonzept umgesetzt. Seine Säulen sind der Ausbau der Pflegeheimplätze, die Gemeinnützigkeit der Pflege – mit dem Leid der Menschen darf kein Profit mehr gemacht werden –, die Unterstützung der 24-Stunden-Pflege sowie der Hauskrankenpflege durch das Land sowie der flächendeckende Einsatz von Pflegeberatern zur Unterstützung der Pflegedürftigen und ihrer Angehörigen.

Jetzt kommen wir zum Highlight des burgenländischen Pflegeplans, das sind die pflegenden Angehörigen, die beim Land angestellt werden. Sie erhalten Entgelt für ihre Leistungen, soziale Absicherung, Pensionszeiten sowie auch Urlaub und Vertretung im Krankenstandsfall. (*Beifall bei der SPÖ. – Bundesrat **Novak**: Bravo!*)

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung, schauen Sie sich dieses Pflegemodell an und lassen Sie vielleicht einiges der Expertise in Ihr Konzept einfließen!

Ich habe noch eine Anmerkung zum Bereich Bildung: Im letzten Jahr wurden der Gratiskindergarten und auch die Gratiskinderkrippe eingeführt. Das ist nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine familienpolitische Maßnahme. Zusätzlich gibt es für Freiwillige kostenlosen Englischunterricht und natürlich auch die tägliche Bewegungsstunde.

Bundesrat Jürgen Schabhüttl

Auch im Bereich des Klimaschutzes, der Energie, des Umweltschutzes sowie im Bereich der gesunden Lebensmittel und der Landwirtschaft wurden neue Maßstäbe gesetzt. Damit auch die nächsten Generationen in einer intakten Umwelt und mit gesunden Lebensmitteln aufwachsen können, wollen wir das Land Burgenland als Biovorzeigeland etablieren und Schritt für Schritt auf Bio umstellen – auf dem Acker und auf dem Teller. Bis 2021 soll der Bioanteil bei den in Spitälern, Kindergärten und Schulen verwendeten Lebensmitteln auf 50 Prozent ausgebaut werden, und drei Jahre später soll es in diesen Einrichtungen nur mehr Bioessen geben.

Von der Biowende profitiert auch die Natur. Das Pestizid Glyphosat wurde in landesnahen Betrieben und auch in sehr vielen Gemeinden verboten und wird nicht mehr verwendet. Der Düngemiteleinsatz wurde reduziert. Für viele Landwirte wurde ein Anreiz für die Umstellung auf Bio geschaffen, die Bäuerinnen und Bauern werden durch einen eigenen Bioschwerpunkt auch für diesen Umstieg ausgebildet.

Mehr als 150 Prozent des Stroms im Burgenland kommen aus Wind-, Sonnen- und Wasserkraft. Wir sind mit unserer Region Spitzenreiter in Europa, aber noch lange nicht am Ziel. Wir wollen speziell in den Bereichen Fotovoltaik und Elektromobilität noch weiter ausbauen (*Beifall bei der SPÖ*), aber die Maßnahmen für den Klimaschutz immer auch mit einem gewissen Hausverstand und mit Blick auf soziale Gerechtigkeit beziehungsweise soziale Absicherung umsetzen.

Ein letzter Punkt, den ich Ihnen aus dem Burgenland noch berichten möchte, ist, dass wir mit 1. Jänner einen Mindestlohn eingeführt haben, und zwar dort, wo es möglich war, nämlich im Landesbereich und im landesnahen Bereich. Das sind 1 700 Euro netto für jeden Bediensteten. Ein Jahr später, also mit 2021, werden auch alle Gemeindebediensteten folgen. Wir haben für uns definiert, was Arbeit mindestens wert sein soll, und das sind mindestens 10 Euro netto pro Stunde. Man soll von der Arbeit auch leben können.

Es wäre mir ein ganz persönliches Anliegen, dass diese Bundesregierung auch Maßnahmen in Richtung Privatwirtschaft setzt, damit wir das auch dort umsetzen können. Meines Erachtens wäre das eine Win-win-Situation. Die Menschen hätten mehr Geld in der Tasche, und das Geld würde aufgrund der steigenden Kaufkraft natürlich wieder in die Wirtschaft investiert werden. Zusätzlich würde der Staat erhöhte Mehreinnahmen lukrieren. Diese Mehreinnahmen könnten wir wiederum für eine Lohnnebenkostensenkung auch für die Gewerbetreibenden verwenden.

Ich habe hier einige Vorschläge aus der erfolgreichen Arbeit im Burgenland eingebracht. Schauen Sie sich diese Arbeit im Sinne der Menschen in dieser Republik noch einmal genau an! Diese Menschen haben sich eine gute Zukunft verdient. (*Beifall bei der SPÖ.*)

13.53

Vizepräsident Michael Wanner: Zu einer *tatsächlichen Berichtigung* hat sich Herr Bundesrat Ingo Appé zu Wort gemeldet.

Ich weise darauf hin, dass die tatsächliche Berichtigung nicht länger als 5 Minuten dauern darf und sich diese überdies auf die Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung und die Darstellung des berichtigten Sachverhalts zu beschränken hat.

Ich erteile Herrn Bundesrat Ingo Appé das Wort.

13.53

Bundesrat Ingo Appé (SPÖ, Kärnten): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Geschätzte Bundesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine tatsächliche Berichtigung durchführen, und zwar hat Frau Bun-

Bundesrat Ingo Appé

desrätin Monika Mühlwerth in ihrer Rede behauptet, unter der Führung der späteren Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hätte das Ministerium von 1997 bis 2000 folgendermaßen geheißen: Bundesministerium für Frauen, Familien und Tierkörperverwertung. – Dies ist unrichtig. (*Bundesrätin Mühlwerth: „Konsumentenschutz und Tierkörperverwertung“!*)

Der Sachverhalt lautet richtig: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz im Bundeskanzleramt. (*Bundesrätin Mühlwerth: Tierkörperverwertung war dabei!*)

Es hat in dieser Republik noch nie ein Bundesministerium mit der Bezeichnung Tierkörperverwertung gegeben. (*Bundesrätin Mühlwerth: Die war dabei!*) Diese Behauptung hat sich Frau Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und haben sich die Frauen nicht verdient. (*Beifall bei der SPÖ. – Bundesrätin Mühlwerth: Das ist falsch!*)
13.54

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Marlene Zeidler-Beck. – Bitte schön.

13.54

Bundesrätin Mag. Marlene Zeidler-Beck, MBA (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung, vor allem aber lieber Herr Staatssekretär! Es macht uns besonders stolz, dass du nun auf der anderen Seite Platz nimmst. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wenn ich meinem Vorredner, Kollegen Schabhüttl, so zuhöre, muss ich sagen, ich weiß nicht, ob er nicht die falsche Rede eingesteckt hat, ob es da nicht doch um die burgenländische Landtagswahl ging, die uns ja in Kürze bevorsteht, anstatt um das Programm der österreichischen Bundesregierung.

Wenn ich den Vorrednern so zuhöre, fällt mir so ein bisschen der Spruch vom geteilten Leid, dass dann zum halben Leid wird, ein. Dem möchte ich mich aber gar nicht anschließen. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass man diesen Spruch eigentlich umkehren müsste, dass dann geteilte Begeisterung zu doppelter Begeisterung wird (*Heiterkeit der BundesrätInnen Mühlwerth und Steiner*), deswegen freut es mich, dass ich meine Begeisterung über diese Bundesregierung, über dieses Regierungsprogramm heute mit Ihnen teilen darf. (*Beifall bei der ÖVP sowie des Bundesrates Schreuder.*)

Es ist eine Bundesregierung, die so jung ist wie nie zuvor, eine Bundesregierung, die so weiblich ist wie nie zuvor, und eine Bundesregierung – davon bin ich überzeugt –, die mit viel Expertise, mit Kompetenz, vor allem aber auch mit viel Begeisterung für Österreich arbeiten wird. (*Bundesrat Steiner: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?!*) Dieses Regierungsprogramm ist wesentlich mehr als der kleinste gemeinsame Nenner, es ist das Beste aus beiden Welten und es hat vor allem das Potenzial, die Chancen für Österreich zu verdoppeln, zu vervielfachen.

Es ist ein Regierungsprogramm – auch das ist heute schon angesprochen worden –, das wir vielleicht sogar ein bisschen als den Beginn einer neuen Kompromisskultur feiern können. Es geht nicht nur darum, überlappende Inhalte, Dinge, bei denen man sich eh schon einig ist, umzusetzen, sondern es geht darum, sich zu ergänzen, es geht darum, gemeinsam Lösungen zu finden und gemeinsam Innovationen umzusetzen. Dazu möchte ich der neuen Bundesregierung und ganz besonders unserem Bundeskanzler Sebastian Kurz herzlich gratulieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was wir Österreicherinnen und Österreicher in diesem Regierungsprogramm finden, sind Antworten auf die Fragen unserer Zeit, auf das, was uns alle täglich beschäftigt – von der Verantwortung gegenüber unserer unvergleichlich schönen Natur und Umwelt

Bundesrätin Mag. Marlene Zeidler-Beck, MBA

in Österreich über den sozialen Ausgleich und die spürbare Entlastung bis hin dazu, wie wir den Standort Österreich langfristig sichern und gemeinsam für die Zukunft entwickeln können.

Wenn ich an meinen Heimatbezirk Mödling denke, fallen mir viele Unternehmerinnen und Unternehmer ein, die zu mir gesagt haben: Na ja, wir könnten wesentlich mehr Aufträge annehmen, unser größtes Problem ist, dass wir keine Mitarbeiter finden! Uns fehlen die Fachkräfte, uns fehlt der Nachwuchs, uns fehlen die Lehrlinge! Wir wollten unseren Betriebsstandort erweitern, aber was wir dann an Auflagen bekommen haben, was wir dann an bürokratischen Hürden überwinden mussten, das hat uns fast noch davon abgehalten! – Oder sie sagen: Unglaublich, was wir alle Monat für Monat an Steuern abliefern müssen!

All das sind Themen, die ich häufig gehört habe, Anliegen, die stellvertretend für die Anliegen von Unternehmerinnen und Unternehmern aus ganz Niederösterreich und, wie ich glaube, sogar aus ganz Österreich stehen. Das sind Herausforderungen, denen die neue Bundesregierung ganz bewusst begegnen will, und zwar mit einem sehr umfangreichen und wichtigen Entlastungsprogramm für die Wirtschaft und für die arbeitenden Menschen in unserem Land. Die Steuer- und Abgabenquote wird in Richtung 40 Prozent gesenkt. (*Bundesrat **Pisec**: Wo steht das?*) Die Körperschaftsteuer wird auf 21 Prozent reduziert. (*Bundesrat **Steiner**: Das ist ein Schmäh!*) Bagatellsteuern wie die Schaumweinsteuer werden abgeschafft.

In diesem Regierungsprogramm finden sich ganz viele Maßnahmen – auch das wurde heute schon angesprochen –, von denen die Einpersonunternehmen, die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich profitieren. Sie sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft, sie sind es, die unsere Regionen prägen, und für sie machen wir Politik. Wir werden es beispielsweise leichter machen, Arbeitszimmer im Wohnungsverband steuerlich abzusetzen, und wir werden die Wertgrenze betreffend geringwertige Wirtschaftsgüter endlich erhöhen. (*Bundesrat **Pisec**: Das ist ja schon erhöht worden!*) Wir werden all das ohne – das ist mir als Vertreterin der jungen Generation ganz besonders wichtig – neue Schulden und mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt machen.

Als zweiten großen Punkt finden wir im Bereich der Wirtschaft Maßnahmen zur Abschaffung unnötiger Bürokratie. Beraten statt bestrafen wird endgültig umgesetzt. Die Behörden werden immer mehr als Partner der Unternehmen in unserem Land positioniert. Wir werden auch Maßnahmen setzen, um Gold Plating weiter zu reduzieren und um beispielsweise die Lohnverrechnung zu vereinfachen. Nun noch zu einem Thema, das beinahe jeden Unternehmer in Österreich beschäftigt, das gerade auch in der laufenden Wintersaison schon die ersten Schließungen in Tourismusgebieten notwendig gemacht hat und das tagtäglich dazu führt, dass Aufträge einfach abgelehnt werden müssen: Das ist der akute Mangel an Fachkräften und ganz allgemein an Mitarbeitern.

Die neue Bundesregierung setzt dazu einen besonderen Schwerpunkt, sie wird spezielle Programme starten, um Asylberechtigte auch verstärkt in Beschäftigung zu bringen, um die Rot-Weiß-Rot-Karte zu reformieren und um das Berufsausbildungsgesetz zu überarbeiten. Ich glaube, die duale Ausbildung ist ein echtes österreichisches Erfolgskapitel, und ich freue mich, wenn wir dieses Erfolgskapitel fortsetzen, wenn wir die Lehre weiter attraktivieren, wenn wir Lehrberufe moderner gestalten, wenn wir den Meister aufwerten und damit auch das Handwerk, das gute österreichische Handwerk stärken.

Wenn wir in die Zukunft schauen, so ist die Zukunft untrennbar mit Digitalisierung, mit technologischem Fortschritt verbunden. Ich freue mich über das klare Bekenntnis der Bundesregierung, Österreich zu einer führenden Digitalnation innerhalb der EU zu

Bundesrätin Mag. Marlene Zeidler-Beck, MBA

machen, und über alle Anstrengungen, die unternommen werden, um Österreich flächendeckend mit leistungsfähigem, schnellem Internet zu versorgen. Ich glaube, das ist es, was unsere Unternehmen brauchen, das ist es, was die Menschen in unserem Land brauchen und was auch die Regionen in Österreich ganz besonders brauchen.

Was mich über all dem besonders freut, ist, dass dieses Regierungsprogramm eindrucksvoll zeigt, dass eine erfolgreiche Wirtschafts- und Standortpolitik eine effiziente Klima- und Nachhaltigkeitspolitik nicht ausschließt. Wir müssen nicht auf Kosten der nachfolgenden Generation leben, damit wir heute erfolgreich sind, weder wenn es um neue Schulden geht (*Bundesrat **Steiner**: Neue Steuern!*) noch wenn es um den Umgang mit Natur und Umwelt geht. Ganz im Gegenteil, die Verbindung von Ökonomie und Ökologie kann zu einem echten Innovationstreiber in Österreich werden. (*Bundesrat **Steiner**: Wer hat dir denn das aufgeschrieben?*) Sie kann uns neue Geschäftsfelder eröffnen, sie kann neue Jobs schaffen, und sie kann dafür sorgen, dass unser Standort immer attraktiver wird, zum Wirtschaften genauso wie zum Leben.

Damit, glaube ich, können wir zu einem echten Vorreiter in Europa werden. Die Verbindung von Ökonomie und Ökologie kann unsere Antwort auf das Schneller, Billiger, Mehr! am globalen Markt sein. Innovativer, regionaler, begeisternder – das kann der rot-weiß-rote Weg der Zukunft sein. Ich freue mich, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen – über Generationen hinweg, über Parteigrenzen hinweg, über Regionen in Österreich hinweg. – Danke. (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

14.02

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Bundesrat Christoph Steiner. – Bitte.

14.03

Bundesrat Christoph Steiner (FPÖ, Tirol): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Mitglieder der Bundesregierung! Kollegen Bundesräte! Liebe Zuseher! „Aus Verantwortung für Österreich“ steht in ganz dicken, fetten schwarzen Lettern auf den über 300 Seiten. (*Vizekanzler **Kogler** nickt zustimmend.*) Nur: Wenn man sich diese Seiten dann Seite für Seite durchliest, beschleicht einen immer mehr der Eindruck der Unvollständigkeit. Irgendwie habe ich ja den Verdacht, dass die ÖVP einfach nicht mehr länger verhandeln wollte, und deshalb ist man halt nicht fertig geworden. (*Heiterkeit des Vizekanzlers **Kogler**, des Bundesministers **Faßmann** sowie des Bundesrates **Buchmann**.*)

Also viel heiße Luft! Man wird, außer wenn es um Belastungen geht, niemals konkret. Inhaltlich ist das eine äußerst dünne Suppe, Herr Vizekanzler, mit ein paar grünen Schnittlauchfuzelchen drinnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Eigentlich ist es ja wirklich schade um die Bäume, die für diese 300 Seiten ihr Leben lassen mussten. Besser passend zu diesem Programm wäre wohl die Überschrift: Aus reiner Machtgier der ÖVP in Österreich – mit einem kleinen grünen Feigenblatt als Randnotiz! (*Heiterkeit der Bundesrätinnen **Schartel** und **Steiner-Wieser**.*)

Wenn man sich alleine die Aufteilung der Ministerien anschaut: Der komplette Sicherheitsbereich, der Sicherheitsapparat in Österreich mit Innenministerium und Verteidigungsministerium ist in der Hand der ÖVP Landesorganisation Niederösterreich (*Bundesrätin **Eder-Gitschthaler**: Bei der FPÖ war das kein Problem!*), die dann dem ÖVP-Bundeskanzler berichtet. Liebe Grüne, man stelle sich nur vor, irgendeine andere Partei hätte das zugelassen. Man hätte sich vor lauter Berufsdemonstranten in Wien gar nicht mehr auf die Straße getraut. Ihr hättet den Sicherheitsnotstand heraufbeschworen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Bundesrat Christoph Steiner

Im Bereich Finanzen, liebe Grüne, seid ihr komplett blank. Ihr seid auf einen ÖVPler angewiesen; ob und wie er euch über die Finanzlage in Österreich informiert, könnt ihr keineswegs beeinflussen. Genauso wie man plötzlich 1 Milliarde Euro im türkisen Sparstrumpf des Herrn Blümel findet, kann es dann nämlich auch passieren, dass dieser türkise Socken plötzlich ein schwarzes Loch bekommt und für eure grünen Schnittlauchfuzeln dann kein Geld mehr da ist. (*Bundesrätin **Schulz**: Das ist aber schön gesagt!*)

Auch wenn man immer behauptet, dies sei das Beste aus zwei Welten: Es mag schon sein, dass das das Beste ist, was ÖVP und Grüne auf die Welt bringen konnten, ich bezweifle allerdings stark, dass es das Beste für die österreichischen Bürger hier in unserem Heimatland ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn man gestern im „Mittagsjournal“ zugehört hat und den Aussagen der Wirtschaftsministerin gefolgt ist, bricht die ÖVP schon wenige Tage nach der Angelobung ihr Wahlversprechen. Keine neuen Steuern!, hat es immer geheißt. Seit gestern wissen wir: Natürlich kommt die linke Greta-CO₂-Steuer – und damit Mehrkosten – auf alle Pendler in Österreich zu. Eine Wirtschaftsministerin, die die Industriebetriebe, die Transportbetriebe, die Kleinunternehmer mit einer zusätzlichen Greta-Steuer dann endgültig in die Knie zwingt, das haben sich unsere fleißigen Unternehmer in diesem Land mit Sicherheit nicht verdient! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Natürlich trifft diese Steuer auch den Endverbraucher, denn jedes Produkt, das von A nach B transportiert werden muss, wird dann im Regal natürlich teurer werden. Und es ist natürlich ganz im Interesse der Grünen, dass der Bürger dann zwei- bis dreifach und mehrfach geschröpft wird. Ihr könnt euch also den schwarz-grünen Schmäh mit der Entlastung und der Steuerreform gleich wieder abschminken, außer ihr versteht unter einer Steuerreform das Erfinden neuer Steuern und das Erhöhen alter Steuern. Dann sind wir wieder bei diesem Schmäh, den schon Rot und Schwarz viel und oft betrieben haben: Links geben wir es ihnen rein, und rechts nehmen wir es uns mit beiden Händen wieder heraus. Zu einer zusätzlichen Greta-Steuer wird es daher von den Freiheitlichen hier im Bundesrat mit Sicherheit niemals eine Zustimmung geben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Allgemein wird im Bereich Verkehr und besonders auch im Individualverkehr völlig entgegen der Devise: freie Fahrt für freie Bürger!, gearbeitet – Tempo 30 in den Gemeinden, Tempo 80 auf den Landstraßen und Tempo 100 auf den Autobahnen. Auch da werden wieder all jene bestraft, die täglich ihr Fahrzeug brauchen, um in die Arbeit zu gelangen. Es wohnt nämlich nicht jeder Bürger neben einer Straßenbahn, neben einer U-Bahn oder neben einer Bushaltestelle. Ich darf die grünen Bobos aus den Städten daran erinnern: Es gibt in Österreich auch Orte mit Bergen, es gibt auch Regionen, die nicht voll erschlossen sind; und auch jene Familien, die dort leben und wohnen, wollen ihre Kinder in die Schule bringen, zum Kindergarten bringen, zu Freizeitaktivitäten bringen und sind deshalb weiterhin auf ihren Pkw angewiesen, egal ob es eine linke Greta-Koalition gibt oder nicht.

Ich bin ja schon gespannt, wie viele neue Jobs dann im neuen Super-, Mega- oder wie auch immer das Ministerium genannt wird, gefunden werden – für Fahrrad- oder Fußgängerbeauftragte; das sind ja die typischen Jobs für grüne Studienabbrecher, die dann neu erfunden werden. Wien ist da definitiv als Vorbild zu nennen. Das sind ja dann auch wirklich prestigeträchtige Jobs, die sich im Lebenslauf eines linken Studienabbrechers ganz gut machen werden. (*Beifall bei der FPÖ. – Bundesrat **Beer**: Jetzt hör doch einmal auf!*)

Apropos Studien und Bildung: Das bewährte differenzierte Schulsystem wird wohl einer linken Ideologie und somit einer nach unten nivellierten Einheitsschule zum Opfer

Bundesrat Christoph Steiner

fallen. Auch von Studiengebühren ist nichts zu lesen und somit können ausländische Studenten weiterhin kostenlos – vom österreichischen Steuerzahler finanziert – unsere Bildungsinfrastrukturen nützen.

Nichts findet man zur Entlastung von den und somit zur Abschaffung der ORF-Zwangsgebühren. Nein, man hält daran fest, und der Gebührenzahler zahlt immer mehr für ein immer noch schlechter werdendes linkes Fernsehprogramm.

Am meisten Sorgen aber bereitet mir das fehlende Bekenntnis zur Heimat. Dieses Wort wird überhaupt nur sechsmal erwähnt, und zwar immer im Zusammenhang mit Flüchtlingen, nie jedoch im Zusammenhang mit unserer Heimat Österreich. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP.*) Das fehlende Heimatbewusstsein dieser Regierung wird in jeder Entwicklung in den nächsten Jahren zum Nachteil unserer Bürger sein.

Breiten Raum hingegen nimmt der Kampf gegen Rechts ein. Das ist klar, denn all die Vergewaltigungen, Frauenmorde, Messerstechereien, Terroranschläge, Übergriffe und tätlichen Übergriffe auf Lehrkräfte sind natürlich durch Rechtsextreme verursacht, das wissen wir ja, und haben mit der beklatschten Flüchtlingsmigration rein gar nichts zu tun. Daher ist es nur konsequent, dass der Kampf gegen Rechts doppelt so oft erwähnt wird wie der Begriff Heimat.

Nicht ein einziges Mal hingegen sind die Begriffe Linksextremismus, Linksextreme zu finden. Wahrscheinlich sind die Innenstadtverwüster vom Schwarzen Block und jene, die 2019 allein in Tirol fünf Anschläge auf FPÖ-Büros verübt haben, auch Rechte und Neonazis. (*Zwischenruf des Bundesrates Saurer.*) Also hier ist das Ziel ganz klar, fast wie in der DDR: Wer nicht auf linker Linie ist, muss verfolgt und ruhiggestellt werden, divergierende Meinungen dürfen nicht weiter zugelassen werden.

Bei diesem Kapitel wird leider wieder einmal die Beliebigkeit und die Elastizität der ÖVP sichtbar. Was wurde denn nur aus der konservativen und rechten, mitte-rechts-stehenden – um die Worte von Werner Kogler zu bemühen – „türkisen Schnöseltruppe“? Das war wohl mehr Schein als Sein.

Ich freue mich schon jetzt auf jenen Tag, an dem dann die Grünen hier herinnen der Sicherungshaft zustimmen werden, vorausgesetzt, die ÖVP fällt nicht um und findet nicht wieder irgendeine Ausrede. Dann gibt es von mir für euch vier dort hinten einen freiheitlichen Orden, und diesen lasse ich mich dann auch etwas kosten. (*Bundesrat Schreuder: Ich lehne ihn ab!*) Und ganz besonders freue ich mich schon auf die darauf folgenden Donnerstagsdemos, wenn dann die linken Grünen draußen gegen die linken Grünen hier herinnen demonstrieren. Darauf freue ich mich besonders. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ist dann ein wirklich großer grüner Spagat, den der grüne Sportminister aber mit Sicherheit perfekt meistern wird, denn, seien wir ehrlich, der einzige Kleber, der euch zusammenhält, ist die Ablehnung der FPÖ in der Regierung. (*Bundesrat Preineder: Das ist ein schwacher Kleber!*) Aber ob dieser Klebstoff dann ganze fünf Jahre halten wird – du sagst es, lieber Kollege, das ist ein sehr schwacher Kleber –, weiß ich nicht, das wage ich zu bezweifeln. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schlusssatz, Herr Präsident: Ich sehe in diesem Regierungsprogramm, wenn es diesen Namen überhaupt verdient – darüber lässt sich ja trefflich streiten –, weder Türkis noch Grün; angesichts dieses Belastungsprogramms sehe ich tiefschwarz für Österreich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

14.14

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Adi Gross. – Bitte.

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross

14.14

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross (Grüne, Vorarlberg): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Bundesregierung! – Diesmal hier zum ersten Mal auch mit grünen MinisterInnen, das freut mich besonders. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, was, glauben Sie, werden Sie Ihre Enkel einst fragen: Wie viel Sie verdient haben, ob Sie Straßen gebaut haben? Oder werden sie etwas ganz anderes fragen? Werden sie fragen: Oma, Opa, was hast du gegen die Klimaerhitzung getan? Du hast doch gewusst, was Sache ist! Alle haben es gewusst, oder? Also sag: Was hast du getan?! (*Bundesrat **Steiner**: Sehr theatralisch!*) Ich bin überzeugt, diese Frage werden sogar oder ganz besonders die Enkel jener stellen, die entgegen jedem erdrückenden wissenschaftlichen Beweis das ganze Thema als Verschwörung abtun oder gar lächerlich machen.

Die Klimafrage werden die EnkelInnen deswegen stellen, weil sie eine Überlebensfrage ist, vielleicht **die** Überlebensfrage schlechthin, und es ist vor allem das Thema, das wie kein anderes die Zukunftschancen junger Leute definiert und definieren wird. Deshalb ist das Thema Klimaschutz entsprechend stark im Regierungsübereinkommen abgebildet, und das war höchst an der Zeit, denn die Klimapolitik der bisherigen Regierungen hat leider weitgehend versagt. Damit ist jetzt Schluss. Mit dem Klimapaket in diesem Regierungsprogramm wird Österreich vom Nachzügler zum Vorreiter – und nicht weniger ist unser Ziel. (*Bundesrat **Steiner**: Wir retten die Welt! – Bundesrat **Rösch**: Warum habt ihr es nicht hineingeschrieben?*)

Im Gegensatz zu den Zwischenrufern ist sehr vielen Österreichern und Österreicherinnen bewusst, wie wichtig Klimaschutz ist. Das dokumentiert die aktuelle Neujahrsbefragung des Market Instituts. Klimaschutz, zeigt sich darin, ist zum wichtigsten Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger avanciert.

Im Regierungsprogramm ist ein europaweit einzigartiges Ziel verankert worden, nämlich bis 2040, also in 20 Jahren, klimaneutral zu sein. Das ist ein Meilenstein – das ist natürlich auch eine Herausforderung –, und es entspricht, das ist wissenschaftlich belegt, genau jenem CO₂-Budget, das wir eigentlich noch haben, von dem die Klimawissenschaft aufzeigt, dass wir es quasi noch zur Verfügung haben, um eine Temperaturerhöhung von 1,5 Grad weltweit noch einhalten zu können – was im Übrigen sehr wichtig ist, um nicht nur hier, sondern auf dem ganzen Planeten lebenswerte Lebensbedingungen vorzufinden. Damit ist Klimaschutz übrigens ein großes Solidaritätsprojekt, denn ohne konsequenten Klimaschutz werden viele Staaten um ihre Chancen beraubt werden. Das wird nur gelingen, wenn alle ihre Hausaufgaben machen, zualererst nämlich die Staaten, die alle Möglichkeiten in der Hand haben, wie wir zum Beispiel.

Im Regierungsprogramm sind zahlreiche Maßnahmen umfangreich formuliert, viele davon also bereits sehr, sehr detailliert. Nur ein paar Highlights daraus: Wir brauchen natürlich einen verbindlichen Rahmen für Klimaschutz für die nächsten zehn, 20 Jahre. Dieser wird mit einem Klimaschutzgesetz geschaffen werden, mit ganz konkreten verbindlichen Zielsetzungen, Sektorverpflichtungen und klaren zeitlichen Pfaden. Ein obligater Klimacheck wird alle Gesetze und Verordnungen auf Klimaverträglichkeit prüfen – wenn nein, dann zurück, dann muss es überarbeitet werden.

Es wird ein Klimakabinetts installiert werden, einfach deswegen, weil es eine gemeinsame Verantwortung ist. Kein Ressort darf sich davon verabschieden. Es wird ein höchst ambitioniertes Ausbauprogramm für Ökostrom geben: Fotovoltaik, Wind, Wasser, Biomasse. Die jährlichen Kontingente werden ein Ende haben, es wird kontinuierlich ausgebaut werden, man wird zuverlässig planen und bauen können. Bis zu 1 Milliarde Euro pro Jahr wird allein dafür zur Verfügung stehen. (*Bundesrat **Steiner**:*

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross

Schauen wir einmal! Der Finanzminister ...!) – Ja, das steht im Programm so drinnen, mit 1 Milliarde Euro sogar.

Sonne rein, Öl raus – 2035 wird es in Österreich keine Ölheizung mehr geben, dafür aber Hunderttausende Systeme auf Basis von Sonnenenergie, Fernwärme. (*Bundesrat Steiner: Was machen wir mit den Pensionisten, die sich das nicht leisten können?*)

Es wird eine neue Mobilitätspolitik geben, ein neues Mobilitätsverständnis mit einem ganz klaren Fokus auf den öffentlichen Verkehr, auf das Radfahren, auf die FußgängerInnen – manche lachen darüber, aber genau das sind die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen, auf die zu schauen ist, und laut Statistiken werden übrigens die häufigsten Wege zu Fuß zurückgelegt.

Das Ziel ist natürlich, Alternativen zum Auto systematisch auszubauen, inklusive einer Mobilitätsgarantie. Das ist auch ein großer Meilenstein im Programm. Jeder Ort in Österreich soll – das ist für große Orte, für Städte kein Problem, aber für viele Orte sehr wohl – innerhalb einer Legislaturperiode in einem Stundentakt angeschlossen werden. Ein Schritt dazu ist auch das 1-2-3-Österreichticket: ganz Österreich um 3 Euro pro Tag – ein langgehegter Wunsch von uns Grünen.

Das Regierungsprogramm fokussiert sehr stark auf die Kreislaufwirtschaft, auf eine Strategie der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit abzielt. Dieses Programm bietet überhaupt riesige Chancen, auch für die Wirtschaft, und wird wahrscheinlich ein nie dagewesenes Investitionsprogramm mit sich bringen. Alleine im Ökostromausbau sind das Investitionen von über 2 Milliarden Euro pro Jahr.

Ein großer notwendiger Baustein ist natürlich eine ökosoziale Umsteuerung; diese wird in mehreren Etappen umgesetzt werden. Eine Reihe konkreter Maßnahmen wird bereits im nächsten Budget schlagend werden, und ein Jahr darauf wird dann mit einer wirksamen Bepreisung von CO₂ der nächste Schritt gesetzt werden. Daran lassen wir keinen Zweifel, mit Sicherheit nicht, das ist auch klar genug verankert.

Unerlässlich ist natürlich – wir sind ja im Bundesrat – eine gute Kooperation mit den Bundesländern und mit den Gemeinden. Da sind sehr viele Kompetenzen verankert, man denke an die Raumplanung oder das Thema Raumwärme, Gebäude. Ich hoffe, dass uns da ein besseres Miteinander als in den letzten Jahren gelingt.

Etwas sehr Wichtiges, ein zentrales Anliegen, praktisch eine genetische grüne Konstante in der Klimaschutzarbeit ist die Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit und mit Freiheit. So eine Mammutaufgabe – in 20 Jahren klimaneutral zu sein –, die keinen Stein auf dem anderen lassen wird, kann man nur bewältigen, wenn man niemanden zurücklässt und das auch wirklich ernst nimmt. Es geht auch um Freiheit, denn wenn man auch in Zukunft maximale Entscheidungsräume aufrechterhalten will – und das wollen wir –, dann muss man jetzt klar und entschieden handeln, denn wenn man das nicht tut, werden die Räume irgendwann zu eng werden; also ist entschiedener Klimaschutz auch ein Garant für freie Lebensentwürfe der heute jungen Menschen.

Genau diesen gilt noch einmal ein Dank. Wir möchten vor allem den vielen Tausenden jungen Leuten, die für den Klimaschutz, die für ihre Zukunft auf die Straßen gehen, in die Augen schauen können.

Zum Abschluss: Natürlich braucht Klimaschutz die Unterstützung aller – aller Menschen, aller Institutionen, aller Unternehmen und natürlich aller Parteien, auch hier im Bundesrat. Wir hoffen und bauen natürlich sehr auf ein konstruktives Mittun. Es geht ja nicht darum, den Grünen einen Gefallen zu tun. Es geht darum, die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu sichern, und da baue ich sehr auf ein konstruktives Miteinander und ein Mittragen wichtiger Beschlüsse.

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross

Wir werden jedenfalls hartnäckig, mutig und zuversichtlich drangehen und dranbleiben. – Danke. *(Beifall bei den Grünen und bei BundesrätInnen der ÖVP. – Bundesrat **Steiner**: Toi, toi, toi! – Bundesrat **Gross** – auf dem Weg zu seinem Sitzplatz –: Wir schaffen das!)*

14.23

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat Stefan Schennach. – Bitte.

14.23

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Ich habe noch immer ein bisschen den Steiner im Kopf, deshalb – - *(Bundesrat **Steiner**: Siehst ... ich bin nachhaltig! Nachhaltig! – Heiterkeit und Beifall bei BundesrätInnen der FPÖ.)* – Nein, als Pädagoge glaube ich, dass dich in jungen Jahren irgendein Kasperltheater *(Bundesrätin **Mühlwerth**: ... Tiroler ... sind alle da!)*, in dem alle geschrien haben: Kinder, links ist der Drache, links ist der Drache!, schwer geprägt hat – und das hat sich irgendwie durchs ganze Leben gezogen.

Kommen wir aber zum Parlamentarismus: Österreich hat eine gute und funktionierende Demokratie, das haben wir in den letzten Monaten gesehen, und deshalb gibt es auch unterschiedliche Rollen, die zu besetzen sind. Die einen regieren, und die anderen haben die harte Arbeit der Opposition. Der liebe Kollege Bader hat von der „Angst vor der Zukunft“ gesprochen. – Also als Vorsitzender des Zukunftsausschusses dieses Bundesrates kann ich nur sagen: Für Zukunftsfragen bin **ich** zuständig, und wir haben keine Angst! In diesem Sinne arbeiten wir auch mit Ihnen, Frau Ministerin Gewessler, sehr gerne zusammen, denn zum Beispiel wurde im Europarat anlässlich des Jubiläums der Kinderrechtskonvention im November klar gesagt, dass ein Nichthandeln betreffend Klimaschutz eine aktive Kinderrechtsverletzung ist. In diesem Sinne sind wir hier auch zu allen Kooperationen bereit.

Ich muss aber auf der anderen Seite zugeben – da schon ein bisschen klar war, dass die Medien diese Koalition eintrompeten und zusammenführen –, dass das Aufwachen dann schon etwas überraschend war, nämlich wie es Bundeskanzler Kurz gelungen ist, das alte Programm von Türkis-Blau einfach auf den Verhandlungstisch zu legen und zu sagen: Vier Blätter sind frei!, und: Da, macht es! *(Bundesrat **Saurer**: Er hat es geschafft!)* Und dann kommt noch diese Zweiweltenthese: In der einen Welt leben die, die alles entscheiden und bestimmen, und dann gibt es noch den Vorgarten der sogenannten zweiten Welt. – Ich glaube nicht, dass das sehr sinnvoll ist.

Als ich gehört habe, Türkis und Grün gehen zusammen, habe ich so darauf gehofft, dass mit den Dingen, die wir in den eineinhalb Jahren der türkis-blauen Regierung bekämpft haben, Schluss ist. *(Bundesrätin **Mühlwerth**: Na geh! Wieso ... das?!)* Ich habe mich getäuscht! Man merkt ja auch, das alles wirkt weiter: Die Willkürhaft wird kommen; das Migrationspaket wird vorderhand mit Sicherheit nicht unterzeichnet werden; die Deutschklassen gehen weiter *(Bundesrätin **Mühlwerth**: Ja, Gott sei Dank! Es ist ja was Gutes!)*; die Kopftuchdebatte; die halbherzige Haltung gegenüber Europa – ja keine Budgeterhöhung, damit Europa entsprechend handeln kann – besteht weiter; und die ganze Migrationspolitikthematik geht ungebremsst weiter.

Die Bildungsreform ist leider – ich habe bemerkt, dass Vizekanzler Kogler plötzlich einen kleinen Hänger hatte, als er die Bildungsreform bewerten sollte – die alte, die nach hinten gewandte. Wir hatten kurzzeitig eine Interimbildungsministerin, und da kann ich nur sagen: Alle Achtung, sie hat tolle Arbeit geleistet! Beim Familienbonus gibt

Bundesrat Stefan Schennach

es weiterhin einen Konstruktionsfehler. – All das bleibt. (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth.*)

Unsere Fraktionsvorsitzende hat aber gesagt – und das, glaube ich, haben wir immer bewiesen –, dass wir eine faire und konstruktive Opposition sein werden, deshalb will ich ein paar Dinge besonders hervorheben, die meiner Meinung nach gelungen sind.

Ich bin froh, dass der Pflege – das wird eine der gigantischsten Herausforderungen – so breiter Raum eingeräumt wird und sogar ein Ministerium dies im Titel führt. Ich bin froh – schon von meiner Geschichte her, von meiner Biografie –, dass die Entwicklungszusammenarbeit zum ersten Mal in einem Regierungsprogramm Hand und Fuß hat, auch wenn wir sie erst noch beziffern müssen. Open Data – da haben wir viel diskutiert, viel gekämpft –, Frauenhäuser – das ist alles sehr positiv.

Beim Klimaschutz werden wir warten müssen, was wirklich und konkret kommt. Dass das eine prioritäre Sache ist, dass das wichtig ist, denkt – bis auf die FPÖ –, glaube ich, jeder.

Auf der anderen Seite gibt es ein paar Dinge, von denen man sich fragen muss, wie denn das passieren kann. Türkis-Blau hat die Regierungstätigkeit mit der Abschaffung der 20 000 Stellen für ältere Beschäftigungslose begonnen. (*Zwischenruf der Bundesrätin Steiner-Wieser.*) Türkis-Grün beginnt mit dem Versuch, die Hacklerregelung abzuschaffen. (*Zwischenrufe der Bundesrätinnen Eder-Gitschthaler und Schulz.*) Jedes Mal steht eine antisoziale Maßnahme am Start einer Regierungsbildung. Das Soziale in diesem Regierungsprogramm muss man sowieso mit der Lupe suchen. (*Bundesrat Köck: ... Hundstorfer ...!*)

Dann kommt noch die etwas sehr seltsame Einteilung und seltsame Aufgabenverteilung: Dass dem Sozialministerium die Kernkompetenz verloren gegangen ist – Arbeit, Arbeitsinspektorat, Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenschutz –, ist eine Katastrophe. Dass zum Beispiel das Landwirtschaftsministerium nun zum Gemischtwarenladen mit Zivildienst, Landwirtschaft, Tourismus, Post und Telekom wird – vielleicht fallen uns noch ein paar Dinge ein; ich habe gehört, dass einige Zeit versucht wurde, auch noch den Bergbau in die Landwirtschaft zu ziehen –, macht irgendwie keinen Sinn. (*Zwischenrufe der BundesrätInnen Eder-Gitschthaler, Köck und Preineder.*)

Ich will aber dann doch noch zu ein, zwei Leuten einige Sachen sagen: Lieber Magnus, ich freue mich auf spannende Debatten – wie wir sie schon hatten – über erneuerbare Energie. Das war immer sehr fruchtbar, und ich glaube auch, dass wir da immer einen sehr, sehr guten, immer die gleiche Linie verfolgenden Zugang hatten.

Liebe Alma Zadić, wir kennen uns: nicht nur, weil eine Hälfte meines Herzens für Bosnien schlägt – auch als Biograf von Ivica Osim –, sondern weil wir auch in der entsprechenden parlamentarischen Freundschaftsgruppe waren. Uns beide hat immer wieder – wie soll ich sagen – die Traurigkeit angesichts dessen, was mit diesem Land in der Mitte des Balkans los ist und die Überzeugung, dass wir da Perspektiven finden müssen, begleitet.

Korinna Schumann hat eines gesagt: Wir werden, was diesen Shitstorm in den Social Media betrifft, wie deine eigene Fraktion hinter dir stehen, denn das ist widerlich, und das gehört auch ganz klar und deutlich ausgedrückt. (*Beifall bei der SPÖ. – Bundesrätin Mühlwerth: In alle Richtungen!*) – Shitstorm ist Shitstorm, liebe Frau Mühlwerth (*Bundesrätin Mühlwerth: Ja, eben! Genau!*), das andere kannst du, wenn dir das so ein großes Bedürfnis ist, mit deinem Sitznachbarn besprechen.

Ich möchte aber auch noch zu Rudi Anschöber sagen - - (*Zwischenruf der Bundesrätin Mühlwerth. – Bundesrat Rösch: Das war aber jetzt schon - -! – Bundesrat Spanring: Man merkt die Ernsthaftigkeit! – Bundesrat Rösch: Das ist jetzt schon unter deiner*

Bundesrat Stefan Schennach

Würde gewesen!) – Nein, sie will etwas Bestimmtes, und ich habe - - (*Bundesrat Rösch: Dann beleidige sie nicht! Ich halt' das aus, aber Respektlosigkeit ist einfach keine Tugend! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) – Na komm! Es ist okay, es ist okay! Ich höre normalerweise Arbeiterkammerern mehr zu als dir jetzt.

Trotzdem, lieber Rudi Anschöber, möchte ich auch dir für deine Initiative – keine Abschiebung von Lehrlingen –, die ich mir erlaubt habe, von Anfang an zu unterstützen, ein Kompliment machen. Ich hoffe, dass das, auch wenn das nicht in deine Zuständigkeit fällt, trotz dieses Migrationsspeech, der da wieder aufkommt – der freiheitlich geprägte Migrationsspeech im türkisen Lager –, so bleibt und dass wir das wirklich durchsetzen können.

Nicht zuletzt möchte ich der Regierung Bierlein und ihrem Team herzlich danken. Da waren einige ganz außergewöhnliche Dinge dabei. (*Bundesrat Saurer: Salzburger Festspiele!*) Ich erinnere mich an Frauenministerin Ines Stilling, ich erinnere mich an die Bildungsministerin, ich erinnere mich aber auch an Verteidigungsminister Starlinger, der in einer bemerkenswerten Weise für sein Aufgabengebiet und für das Bundesheer gekämpft hat. (*Zwischenruf der Bundesrätin Steiner-Wieser.*) Das war, glaube ich, auch ein ganz wichtiges Signal dafür, wie unsere Verfassung und wie unsere Demokratie funktioniert.

In diesem Sinne gibt es zwischen uns eine Aufgabenteilung: Wir sind die Opposition, ihr seid die Regierung, aber wir werden uns eure Taten anschauen. Wir werden Taten einfordern und wir werden auch Taten, die Hand und Fuß haben, im Bereich des Klimaschutzes einfordern, und nicht nur die KÖSt-Senkung zu Recht kritisieren. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

14.34

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Martin Preineder. – Bitte.

14.34

Bundesrat Martin Preineder (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzter Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Lieber Stefan Schennach, nach deinen etwas wehmütigen Worten zum Thema Regierungserklärung, die wir angesichts deiner Geschichte alle verstehen können, darf ich wieder den positiven Aspekt in den Vordergrund stellen.

Ich darf der Bundesregierung recht herzlich zu dieser Regierungsbildung und zu diesem Regierungsprogramm gratulieren. Die Bundesregierung besteht aus, das wurde schon gesagt, zwei Parteien mit zwei unterschiedlichen Weltbildern, aber es sind zwei Parteien, die mit einem hohen Vertrauen der Bürger, legitimiert durch die letzte Wahl (*Bundesrat Steiner: Eher knapp! – Bundesrätin Mühlwerth: 3 oder 4 Prozent; nicht sehr ...!*), ausgestattet sind und die das Beste wollen und den besten Willen haben, etwas für die Republik, für unser Land und für die Bürger zu tun. Der durch gegenseitige Blockade verursachte Stillstand wurde schon vor der letzten Bundesregierung abgewählt, und wer sich heute noch, Frau Kollegin, dem Klassenkampf verpflichtet fühlt (*in Richtung Bundesrätin Schumann*), der taugt höchstens als Klassensprecher. (*Bundesrätin Mühlwerth: Nicht einmal das! – Bundesrätin Grimling: Der, der am meisten auf die Grünen losgegangen ist, sagt das!*)

Ein neuer Stil ist angesagt, und der geht besonders in Richtung Miteinander, und ich glaube, dass der Wille der Bevölkerung, der Wunsch der Mitbürger nach einem stärkeren Miteinander in diesem Land auch spürbar ist. Dieses Miteinander gilt aber auch für den ländlichen Raum, und daher darf ich ein besonderes Danke sagen, dass gerade der ländliche Raum in diesem Regierungsprogramm auch entsprechend veran-

Bundesrat Martin Preiner

kert ist, weil es in einer Welt, in der es um Chancengleichheit geht, auch darum geht, diese Chancengleichheit zwischen den urbanen Räumen und den stadtfernen Räumen herzustellen, und weil es auch darum geht, die Abwanderung zu stoppen und den Zuzug in Zentralräume nicht zu verstärken. In meiner Region, im Bezirk Wiener Neustadt, haben wir einen guten Spruch, der heißt: Stadt und Land mitanand, und der soll auch in der Republik entsprechend Fuß fassen.

Es ist klar, dass das Regierungsprogramm von einer stärkeren Ökologisierung geprägt ist. Gerade die ÖVP ist eine Partei, die sich mit diesem Thema schon seit über 30 Jahren beschäftigt. *(Heiterkeit der Bundesrätin **Grimling**.)* Es war Josef Riegler, der die ökosoziale Marktwirtschaft ausgerufen hat, und da gilt es, den ökologischen Schwerpunkt entsprechend in den Vordergrund zu stellen *(Bundesrat **Steiner**: Da habt ihr eh schon viel geschafft! – Ruf bei der SPÖ: Was habt ihr gemacht?)* – sozial ausgeglichen und natürlich wirtschaftlich, marktwirtschaftlich geprägt, weil das in Balance gehalten werden muss. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf der Bundesrätin **Grimling**.)*

Die Zeit ist reif, entsprechende Schwerpunkte für eine regionale, für eine dezentrale Energie- und Stromversorgung – indem nämlich Stromproduktion und -versorgung regionalisiert werden – zu setzen, dass wir auch im Bereich von Gas verstärkt zu grünem Gas greifen, dass Fotovoltaikanlagen auf den Dächern, auf den Gebäuden, auf versiegelten Flächen – ich wünsche sie mir nicht auf Produktionsflächen – angebracht werden und dass die Bioökonomie – nämlich Rohstoffproduktion aus erneuerbaren Stoffen – verstärkt forciert wird.

Wir brauchen – und das gilt auch für die ländlichen Räume – leistbare Mobilität, und zwar nicht nur im Bereich des öffentlichen Verkehrs, sondern leistbare Mobilität, die auch im Individualverkehr einen grünen Weg, einen grünen Anstrich hat. Das heißt: verstärkte E-Mobilität, aber auch verstärkte Verwendung von Biotreibstoffen und die Erhöhung von Beimischungen. Alles das schafft nicht nur eine CO₂-Entlastung, sondern auch Arbeitsplätze und Produktion im ländlichen und im landwirtschaftlichen Bereich.

Es steht auch klar im Regierungsprogramm, dass es darum geht, die Artenvielfalt zu erhalten, unser Wasser zu schützen und sparsam mit dem Bodenverbrauch umzugehen. *(Bundesrätin **Grimling**: Glyphosat!)*

Mich als Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses freut es vor allem, dass es auch für die Landwirtschaft einen konsequenten Weg in Richtung Stärkung der bäuerlichen Vermarktung und in Richtung einer klaren Entlastung bei Steuern und Abgaben gibt, dass heimische Lebensmittel – jene, die hohen Standards entsprechen – forciert und entsprechend gekennzeichnet werden, damit sie der Konsument auch erkennt und erwerben kann.

Es freut mich, dass in diesem Regierungsprogramm auch eine klare Weiterentwicklung des Masterplans ländlicher Raum enthalten ist, weil genau dieser Masterplan ländlicher Raum ein Schwerpunkt des österreichischen Bundesrates ist. Damit gilt es, der Dezentralisierung entsprechend Vorschub zu leisten. In der letzten Sitzung konnte ein Gesetzesantrag beschlossen werden, dass Bundeseinrichtungen – so es möglich ist – verstärkt dezentral angesiedelt werden. All das erfolgt in Vernetzung mit einem erfolgreichen Tourismus in unserem Land und einem entsprechenden Ausbau der Breitbandversorgung, des Glasfasernetzes. Der Ausbau des Glasfasernetzes kann den ländlichen Räumen Chancengleichheit geben und dezentrale Arbeitsplätze ermöglichen.

Es gibt viele gute Ansätze. Ich wünsche dieser Bundesregierung viel Erfolg dabei, dieses Programm entsprechend mit Leben zu füllen – aus Verantwortung für Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vizepräsident Michael Wanner

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat Reinhard Pisec. – Bitte.

14.41

Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA MA (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Bundesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Zweiweltenthese, eine Zweiweltentheorie – das trifft eigentlich den Nagel auf den Kopf, wenn man sich dieses Regierungsprogramm ansieht. In der Einleitung gelangt diese Bipolarität gut zum Ausdruck. Ich möchte sagen: die Salzburger-Festspiele-Fraktion, das ist die ÖVP, und die Ende-des-Zweiten-Weltkrieges-Fraktion, die Grünen.

Gibt es keine andere Erinnerungskultur, keine anderen Erinnerungsorte oder erweiterten Erinnerungsorte? Diese gibt es 2020 – und was ist danach? Das Ende der Koalition oder das Ende Österreichs oder Europas oder was auch immer? – 650 Jahre historisches, kulturwissenschaftliches Österreich finden in diesem Programm keinen Widerhall. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Vorredner oder eine Vorrednerin von der ÖVP hat gemeint, die Entlastung der Wirtschaft finde jetzt wirklich statt, die Grenze betreffend geringwertige Wirtschaftsgüter werde jetzt endlich angehoben. Dazu möchte ich sagen, diese Bundesräte haben wohl noch das Programm der ÖVP-FPÖ-Regierung in der Hand, denn die Entlastung kann ich nicht sehen und die Erhöhung betreffend geringwertige Wirtschaftsgüter hat bereits stattgefunden, ist dank der Argumentation seitens der FPÖ und der Umsetzung bereits mit 1.1.2020 in Kraft getreten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt aber schon einen Einheitsfaden zwischen ÖVP und Grünen, und dieser rote Faden in dieser gesamten Programmatik ist eine ideologische Konzeption, die für mich klar erkennbar ist. Es kommen zum Beispiel die Menschenrechte vor, die man wirklich neu definieren möchte. Ich muss sagen, die Menschenrechte sind ein Bestandteil der Bill of Rights von Großbritannien aus dem 17. Jahrhundert, kamen im 18. Jahrhundert in die USA, von dort über die Französische Revolution zur österreichischen 1848er-Revolution und wurden 1867 Bestandteil des Grundrechtskatalogs, des Freiheitskatalogs – und das ist uns Freiheitlichen ein besonderes Anliegen –, und Bestandteil der heutigen Verfassung. Was gibt es da neu zu erfinden – sie sind Bestandteil! Die freie Meinungsäußerung und das Zensurverbot sind uns Freiheitlichen besonders wichtig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zusammenfassend kann man sagen, dieses Regierungsprogramm bringt viel Staat, wenig privat; das bedeutet eine Einschränkung der Freiheitsrechte, denn nur mehr privat heißt mehr Freiheiten.

Woran sieht man das? – An der Senkung der Abgabenquote, die Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hier propagieren, aber eh schon sehr vorsichtig in eine Richtung, und Ihr Vizekanzler hat das gleich dahin gehend korrigiert, dass jetzt nur einmal die unterste Einkommensstufe entlastet wird, die anderen irgendwann einmal. 42 Prozent – beziehungsweise haben wir in Wirklichkeit ja 45 Prozent, denn 3 Prozent sind finanziell uneinbringlich, weil es diese Unternehmen nicht mehr gibt, die können ihre Steuer- und Abgabenlast gar nicht mehr leisten –, also 45 Prozent Abgabenquote bedeutet auf der anderen Seite: 55 Prozent macht der private Sektor aus. Wenn man von diesen 55 Prozent noch die berühmt-berüchtigten NGOs, die sich durch Fördergelder, heißt Steuergelder, finanzieren, mit 15 Prozent wegrechnet, bleibt ein Privatsektor in Österreich von nicht einmal 40 Prozent übrig, der zum Erwirtschaften des Bruttoinlandsproduktes beiträgt. Diese 40 Prozent privaten KMU leisten aber 80 Prozent des Steueraufkommens.

Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA MA

In diesem Regierungsprogramm wird aber kein Wert darauf gelegt, dass man diese vielleicht fördert. Symptomatisch dafür ist auch, dass der Begriff des Familienunternehmens gar nicht darin vorkommt. Frau Ministerin Köstinger hat im Bereich Landwirtschaft die Familienbetriebe hineinreklamiert, aber im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsministerium oder dem Finanzministerium kommt der Begriff Familienunternehmen nicht vor. 80 Prozent unserer über 300 000 KMU sind aber Familienunternehmen, und wir von der FPÖ sind stolz darauf, dass wir sie haben, denn sie sind fleißig und erbringen die Leistungen für unseren allgemeinen Wohlstand und vor allem für das Wirtschaftswachstum. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wohin geht die Reise wirklich? – Sie sagen: Entlastung. Das sehe ich nicht.

CO₂-Zölle kommen, das heißt, da wird sogar der Protektionismus gefördert. Ihr ureigenstes Steckpferd, meine Damen und Herren von der ÖVP, von der angeblichen Wirtschaftspartei, die Freiheiten durchzusetzen, den freien Handel, die Internationalität zu fördern, all das konterkarieren Sie – ich habe das echt zweimal lesen müssen – mit der Forderung nach CO₂-Zöllen. Die CO₂-Steuer wurde schon erwähnt. Dazu kommt wieder einmal die Finanztransaktionssteuer; also drei Belastungen in einem.

Ganz verwunderlich finde ich – ich nehme an, dass das von den Grünen kommt –: Die Amtssprache wird in Zukunft Englisch sein; das wird zumindest gefordert, aber schauen wir, ob das umsetzbar ist. Englisch ist zwar eine wichtige internationale Sprache, aber man kann doch von den österreichischen KMUs und den EPU nicht verlangen, dass sie sich im Amt nur mehr auf Englisch unterhalten.

Im Zusammenhang mit der Filmwirtschaft – und ich nehme an, das ist auch ein grünes Anliegen – erinnere ich an ein Beispiel aus Wien. Die Rosenhügelstudios, die berühmten österreichischen Rosenhügelstudios, wo der Film wirklich seine Tradition hatte, wurden vor einigen Jahren demontiert, wurden dank der Grünen Regierungsbeteiligung in Wien weggerissen. Was passiert dort? – Natürlich Flächenumwidmung, es werden wieder irgendwelche Wohnungen gebaut. Und jetzt will man für die Filmwirtschaft wieder Steuerausnahmen hineinreklamieren?!

Die Normierung der Baukultur wird gefordert. Das halte ich als Wiener für eine gefährliche Drohung, wenn ich – wie ich hier schon immer sage; das ist das Einzige, in dem ich Kollegen Schennach recht gebe, ich spreche immer darüber – die Misswirtschaft hier in Wien, was die Baukultur anlangt, sehe.

Beispiel Unesco, Beispiel Heumarkt: Das ist etwas Gutes, was diesbezüglich im Programm steht, nämlich dass Sie das Unesco-Weltkulturerbe festzurren, verrechtlichen wollen. Da fordere ich auch den ehemaligen Kanzleramtsminister, jetzt Finanzminister Blümel auf, von seinem Weisungsrecht Gebrauch zu machen, denn ein Unesco-Vertrag ist auch Völkerrecht, dass das Projekt am Heumarkt nicht so umgesetzt wird, wie es irrtümlich – beziehungsweise bewusst natürlich – von der rot-grünen Stadtregierung gewidmet worden ist. Dann hätte man die Problematik der Aberkennung des Unesco-Weltkulturerbes für Wien definitiv nicht. – Wo bleibt diese Weisung? *(Bundesrätin Schumann: Der Heumarkt ist doch eh schon längst erledigt!)*

Ganz interessant wird es für mich auch bei dem Problem beziehungsweise der Terminologie Ethik. Ethisch sind Green Bonds, sagen die Grünen. Für alles, was grüne Anleihen sind – ich nehme nicht an, dass sich die Grüne Partei eines Tages über Green Bonds finanzieren möchte, aber vielleicht doch –, werden Ausnahmen gefordert, und alles, was Green Bonds betrifft, ist ethisch. Was ist dann die protestantische Ethik, der ich mich zugehörig fühle? Was ist die Corporate Social Responsibility, auf die die österreichische Unternehmenslandschaft, die Industrie besonderen Wert legt? Ist das

Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA MA

etwas Unethisches, denn das hat nicht unbedingt etwas mit Green Bonds zu tun? *(Zwischenruf der Bundesrätin **Schumann**.)*

Was sind die unternehmerischen Tugenden? Was ist mit dem Fleiß? Was ist mit der Leistung? – Das alles kommt in diesem Programm nicht vor. Die Leistung, die Leistung der tüchtigen Österreicherinnen und Österreicher wird darin nicht honoriert. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ohne diese Leistung der gesamten Unternehmenslandschaft, aller Unternehmenslandschaften, und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird aber der technische Wandel, diese technische Transformation, die Sie in Ihrem ureigensten Programm fordern, niemals gelingen, denn technischer Fortschritt wird durch Innovation, durch Erfindungen geschaffen. Industriepolitik ist in erster Linie Investitionspolitik, Investitionspolitik ist Innovationspolitik, und nur durch Entlastung erreichen Sie, dass das entsprechende Spielkapital, das Spielgeld für die Investitionen vorhanden ist; dieses muss vorhanden sein.

Zur Entlastung: Einen quantitativen Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten finde ich nicht. Bei 10 Prozent liegen heute die Lohnnebenkosten; höher als in Deutschland. Man kann noch so viel über den Fachkräftemangel reden, noch so viele Migranten reinholen, noch so viele Bildungsinstitutionen fördern, propagieren – wenn Sie die Kosten nicht senken, sodass die Menschen mehr Netto vom Brutto haben, kommen Fachkräfte einfach nicht nach Österreich. *(Zwischenruf der Bundesrätin **Grimling**.)* Da rede ich aber vom Binnenmarkt, von 500 Millionen Menschen im europäischen Binnenmarkt.

Die Lohnsteuersenkung, die Einkommensteuersenkung ist nichts anderes als ein Ausgleich der kalten Progression, dieser berüchtigten kalten Progression, die bedeutet, dass die Bestimmungsparameter für die Berechnung der Steuersätze nicht der Inflation angepasst werden. 2009 hatten wir diese Anpassung, 2016 durch Finanzminister Schelling, der das auch als Entlastung verkaufen wollte, und jetzt wollen Sie wieder eine ganz normale Tarifsenkung, eine Tarifierhöhung als Entlastungspaket verkaufen. Das ist es natürlich nicht, denn diese paar Prozentpünktchen haben sich in zwei, drei Jahren mit der Inflation schon längst wieder amortisiert beziehungsweise ausgeglichen. Von einer Entlastung kann nicht die Rede sein. Das Einzige, was wirklich eine Entlastung bringt, ist die Senkung der Körperschaftsteuer auf 21 Prozent.

Interessant und auch nicht so schlecht finde ich die Forderung nach einer EU Limited, die im Programm als Idee, als Denkanlass festgehalten ist, der natürlich von Europa kommen muss, um in Österreich auch umgesetzt und installiert werden zu können. Nur könnten sich die Grünen da einmal ansehen, welchen Steuersätzen man dann unterliegt, wenn man so eine European Limited gründet – das ist ja nichts anderes als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung –, dann zahlt man nämlich 100 Prozent Lohnnebenkosten, sofern man überhaupt eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter hat, und vom ersten Euro der Gewinnentnahme – auch dieses Recht steht einer Unternehmerin oder einem Unternehmer zu – an die 45 Prozent Steuer; vom ersten Euro an! – Also so eine Ungerechtigkeit, mit der da die Unternehmenslandschaft und die Mitarbeiter behandelt werden, gibt es in ganz Europa nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Dynamik – die ökonomische Dynamik – ist jedenfalls draußen, das hört man auch in der Unternehmenslandschaft, wenn man sich dort ein bisschen unterhält. Hoffnung gibt es, aber es ist nicht mehr. Das Programm ist ernüchternd, der Enthusiasmus, den die ÖVP-FPÖ-Koalition wirklich geschaffen hat, ist verflogen. Was kommen wird, wird die Zukunft zeigen. Festgeschrieben ist das Entlastungsprogramm, das die ÖVP heute hier propagiert, definitiv nicht. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vizepräsident Michael Wanner

Vizepräsident Michael Wanner: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser. – Bitte.

14.52

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser (FPÖ, Salzburg): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Regierungsprogramm 2020–2024, eine schwarz-grüne Koalition. Als der Kanzler heute um 12.20 Uhr zu reden begann, hat er gesagt, es beginnt „ein neues Kapitel in der Regierungsarbeit für Österreich“. Der Vizekanzler hat gesagt, es sei eine ungewöhnliche Konstellation, eine „ungewöhnliche Koalition“.

Wenn man diese Worte hört, möchte man meinen, in Österreich wird mit dem Regierungsprogramm das Rad neu erfunden. Doch beginnt man ein bisschen am Lack zu kratzen, beginnt man, sich die über 300 Seiten dieses Regierungsprogramms durchzulesen, kommt man relativ schnell drauf, dass das, was da zusammengeschrieben wurde, doch nicht so ganz der große Wurf ist. Ich darf euch, Ihnen anhand von drei Themen ganz kurz erklären, was ich damit meine. Ich habe mir die Senioren, die Frauen und den Tierschutz herausgesucht. Zum Tierschutz: Wir haben heute 15 Redner gehabt und nicht einer hat über den Tierschutz gesprochen – ich bin die letzte Rednerin.

Zum ersten Thema, den Senioren: Wir haben im Herbst die sogenannte Hacklerregelung beschlossen. Die Hacklerregelung sollte eine Respektsbezeugung gegenüber der älteren Generation sein, die 45 Jahre lang hart gearbeitet hat, die 45 Jahre lang Steuern gezahlt hat. *(Zwischenruf der Bundesrätin Eder-Gitschthaler.)* – Lassen Sie mich weiterreden, Frau Kollegin! Es ist also eine Missachtung der älteren Generation, wenn man nach der Regierungsbildung, nach der Koalitionsbildung letzte Woche hört, dass das plötzlich platzen soll, dass die Menschen nicht nach 45 Jahren Arbeit abschlagsfrei in Pension gehen dürfen. Ich sage Ihnen noch einmal: 45 Jahre harte Arbeit in diesem Land sind genug! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Sie schreiben darüber ja ganz kurz in Ihrem Regierungsprogramm, deshalb spreche ich die Senioren an, Frau Kollegin Eder-Gitschthaler. *(Zwischenruf der Bundesrätin Zeidler-Beck.)* Ich spreche die Senioren an, weil das eine Missachtung von ihnen ist! Ich kann nicht irgendein Larifari in ein Regierungsprogramm hineinschreiben und dann solche Aktionen setzen. Schade, dass der Sozialminister gerade nicht hier im Raum ist, dem hätte ich das auch gerne gesagt.

Zum zweiten Thema, zu den Frauen: Warum finden sich Frauenagenden im Integrationsministerium wieder? – Sie kommen mir ein bisschen abgeschoben vor, wie ein Appendix werden die Frauenthemen schnell irgendwo angehängt. Frauen gehören doch wohl in die Mitte der Gesellschaft. Mehr als die Hälfte der Österreicher sind eben weiblich. *(Bundesrätin Zeidler-Beck: Schauts euch eure Fraktion an! – Bundesrat Steiner: Bei uns zählt die Qualität! – Bundesrat Köck – in Richtung Bundesrat Steiner –: Der war jetzt gut!)* Gehören wir Frauen einer speziellen Spezies an? Sind wir Frauen eine Randgruppe? Welche Integrationsmaßnahmen brauchen wir österreichischen Frauen? *(Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen BundesrätInnen von ÖVP und FPÖ.)* Noch einmal: Welche Integrationsmaßnahmen brauchen wir österreichischen Frauen?

Für mich stellt diese Zuteilung zum Integrationsministerium eine Diskriminierung dar, und zwar deshalb, weil nicht wir Frauen integriert gehören, sondern doch wohl so mancher Zuwanderermann und seine Söhne, die anscheinend oft nicht kapiert haben, dass wir im 21. Jahrhundert sind und mit den westlichen Werten und dem modernen westlichen Frauenbild oft nicht umgehen können. Da frage ich mich schon, wer da inte-

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser

griert werden sollte. Frauenthemen haben im Integrationsministerium nichts verloren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Frauen haben genügend Probleme – gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Chancengleichheit und so weiter –, die aber mit dem Regierungsprogramm, in dem eine 40-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten gefordert wird, nicht besser werden. Für mich sind diese Quoten übrigens die gleiche Beleidigung und Diskriminierung. Ich möchte nach meiner Arbeit, nach meiner Leistung, nach meinem Einsatz bewertet und beurteilt werden. Ich möchte nicht auf mein Geschlecht, auf mein X-Chromosom reduziert werden! *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich möchte nicht auf mein Geschlecht reduziert werden und ich möchte nicht als Quotenfrau gelten! *(Bundesrätin Schulz: Liebe Frau Kollegin ...!)* Ich möchte mir meine Leistungen, meinen Erfolg erarbeitet wissen und nicht geschenkt bekommen! Es ist beleidigend für jede Frau, wenn ihre Leistung nicht offen und ehrlich honoriert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum dritten Thema, dem Tierschutz: Wenn man im Regierungsprogramm nach den Worten Tier oder Tiere sucht, kommen die Worte adaptieren, orientieren, investieren, existieren und so weiter. Gibt man das Suchwort Tierschutz ein, erhält man immerhin neun Ergebnisse. Diese neun Ergebnisse findet man dann im Inhaltsverzeichnis wieder, auf den ersten paar Seiten, in zwei Überschriften, und den Rest irgendwo im Fließtext. Unter dem Punkt „Die hohen Tierschutz- und Lebensmittelstandards schützen“ findet man ein paar No-na-net-Punkte und bereits altbekannte freiheitliche Forderungen zum Tierschutz. – Das war es dann aber auch schon.

Für mich war es eigentlich schon sehr überraschend, als ich mir das Programm angeschaut habe und wenn ich in Richtung Grüne schaue, dass sie sich eigentlich herzlich wenig für den Tierschutz eingesetzt haben, um nicht zu sagen: Haben sich die Grünen von einem ihrer Kernthemen verabschiedet? *(Bundesrat Spanring: Das war nie ein Kernthema!)* Habt ihr das über Bord geworfen? Wo sind denn jetzt die ganzen Demonstranten, die auch gegen unseren Bundesparteitag demonstriert haben und da den ganzen Tag Sprüche geschrien haben? Das wundert mich sehr. Mich wundert nicht, dass sich die ÖVP da mit einem Klientenschutz statt Tierschutz durchgesetzt hat. Ich darf hier den „Standard“ zitieren. „Der Standard“ hat sich den Tierschutz in diesem Programm angeschaut *(einen Ausdruck in die Höhe haltend)* und schreibt: „Tiere sind im“ schwarz-grünen „Regierungsprogramm vor allem eins: Essen.“ Und ich darf weiter den „Standard“ zitieren: „Tierschutz im Regierungsprogramm: Tiere sind zum Essen da“. *(Heiterkeit bei BundesrätInnen der ÖVP und bei Mitgliedern der Bundesregierung. – Heiterkeit bei und Zwischenbemerkung von Bundeskanzler Kurz.)*

Ich muss dem „Standard“ da jetzt eigentlich recht geben *(Bundesrat Köck: ... Tierschutz ... Strache!)*, denn abgehandelt wird das Thema Tierschutz auf lapidaren eineinhalb Seiten mit der Überschrift: „Die hohen Tierschutz- und Lebensmittelstandards schützen“. – Wieder wiederhole ich mich: no na net! Diese Standards gehören nicht nur geschützt, sie gehören auch weiter ausgebaut. *(Präsident Seeber übernimmt den Vorsitz.)*

Leider Gottes sind aber die wenigsten Punkte in diesem Regierungsprogramm konkret ausgeführt, sie sind oftmals auch ungenügend präzisiert. Viele Punkte wurden gar nicht erwähnt: Ich darf hier an Pelze, an Tierrassen, an Tierversuche oder an das Schächten erinnern. Das Schächten liegt mir besonders im Magen, weil es immer noch angewandt wird. Ich weiß schon, dass es legal ist – illegal wird es auch angewandt –, aber dass in einem Tierschutzgesetz drinnen steht, dass man einem Tier zuerst die Kehle aufschneiden darf und es erst danach betäubt, tut mir schon weh. Das tut mir wirklich weh. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser

Wenn man sich das anschaut (*ein Bild eines Schlachtvorgangs in die Höhe haltend*): Diese Tiere haben höllische Ängste beim Fixieren. (*Bundesrat **Pisec**: Schrecklich! Schrecklich!*) Es ist ein ewig andauernder Schmerz, sie haben nach dem Schnitt Erstickungsängste und erst nach dem Schnitt, nach dem Eröffnen der Blutgefäße werden die Tiere betäubt – und das dauert. Sie spüren die Qualen und die Schmerzen. Ich glaube, es ist im 21. Jahrhundert nicht notwendig, ein Lebewesen leiden zu lassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist nicht in Ordnung, daher appelliere ich an die Regierung, ich appelliere an jeden hier im Raum, sich dafür einzusetzen, dass auch dieser Paragraf im Tierschutzgesetz dringend geändert oder aufgehoben wird. Es hat sich ja auch das Schächten seit dem Mittelalter bis heute weiterentwickelt, wurde milder – aber warum müssen wir im 21. Jahrhundert immer noch solche Foltermethoden (*das gleiche Bild erneut in die Höhe haltend*) gegenüber Tieren anwenden? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abgeordnete zum Nationalrat, zum Bundesrat, Mitglieder der Bundesregierung! Wir haben ja gestern eine E-Mail mit der Information bekommen, dass wir alle in der nächsten Zeit den Tierschutzkalender erhalten werden. Es würde mich sehr freuen, wenn alle verantwortlichen Regierungsmitglieder, alle verantwortlichen Abgeordneten diesen Kalender aufstellen und sich in der Arbeit täglich für den Tierschutz einsetzen würden. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

15.03

Präsident Robert Seeber: Weitere Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Herzlichen Dank an die Bundesregierung! Herr Bundeskanzler, danke für die Regierungserklärung und alles Gute!

2. Punkt

Beschluss des Nationalrates vom 10. Jänner 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministerien-gesetz-Novelle 2020) (111/A und 24 d.B. sowie 10279/BR d.B. und 10280/BR d.B.)

Präsident Robert Seeber: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung.

Berichterstatte(r)in ist Frau Bundesrätin Klara Neurauter. – Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatte(r)in Klara Neurauter: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Verfassung und Föderalismus über den Beschluss des Nationalrates vom 10. Jänner 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird.

Der vorliegende Beschluss des Nationalrates bezweckt vor allem die Neuordnung der Ministerialkompetenzen entsprechend den Vereinbarungen. Darüber hinaus entfällt im Sinne einer sparsamen Verwaltung die mit der Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 erfolgte Gleichstellung von Generalsekretären mit Sektionsleitern hinsichtlich einer möglichen Aufnahme in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis. Außerdem sollen in Verfolgung demokratischer Grundsätze Bedienstete möglichst weiterhin von den Personalvertretungsorganen vertreten werden, die sie gewählt haben.

Der Bericht liegt Ihnen in schriftlicher Form vor, daher komme ich gleich zur Antragstellung.

Der Ausschuss für Verfassung und Föderalismus stellt nach Beratung der Vorlage am 14. Jänner 2020 mit Stimmenmehrheit den **Antrag**, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Präsident Robert Seeber

Präsident Robert Seeber: Danke für den Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann. Ich erteile ihr dieses.

15.06

Bundesrätin Mag. Elisabeth Grossmann (SPÖ, Steiermark): Herr Präsident! Werte verbliebene Mitglieder der Bundesregierung! Schön, dass Sie hier im Saal geblieben sind und damit auch dem Bundesrat Ihre Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Es ist erfreulich (*in Richtung des den Saal betretenden Vizekanzlers Kogler*), dass der Herr Vizekanzler wieder den Raum betritt – er sei auch herzlichst begrüßt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Bundesministeriengesetz-Novelle wird die Koalitionsvereinbarung gewissermaßen in konkrete Formen gegossen. Man sieht auf den ersten Blick, dass diese Formen unterschiedlich groß sind. Die ganz großen Formen sind türkis/schwarz, die kleineren Formen sind grün. Die Größe dieser Formen definiert sich in erster Linie aus den Gestaltungsmöglichkeiten im Ressort. Diese Gestaltungsmöglichkeiten – um bei der Metapher der Formen zu bleiben – werden von den Kompetenzbestimmungen in der Bundesverfassung und den dahinterliegenden Ressourcen bestimmt, und so ist eben diese Kompetenzverteilung zu lesen und zu bewerten.

Da ist ganz klar ersichtlich, wo der Schwerpunkt der Macht liegt, nämlich eindeutig bei der ÖVP. Die Hebel der Macht sind in Händen einer Partei, gerade wenn man sich ansieht, dass die Sicherheitsressorts Inneres und Verteidigung mit den riesigen Apparaten Polizei und Bundesheer – den bewaffneten Körpern sozusagen – in Händen einer Partei sind. Das Finanzressort ist bei der ÖVP. Das könnte die Auswirkung haben, dass die Ressortministerinnen und -minister sagen, was geschehen soll, aber der Finanzminister entscheidet, ob es geschieht. Das ist mitunter gelebte Praxis; wir werden sehen, wie sich das in der Praxis gestaltet. Ich hoffe, dass die grünen Regierungsmitglieder entsprechend standhaft und auch wehrhaft sind, um die Begehrlichkeiten der ÖVP – die sich schon abzeichnen –, die Macht weiter auszudehnen, im Zaum zu halten.

Der Herr Vizekanzler – geschätzter Werner Kogler! – hat in seiner Rede heute den Föderalismus sehr hervorgehoben, nicht nur aus Höflichkeit gegenüber dem Bundesrat, denke ich – weil wir natürlich die Verteidiger und Verteidigerinnen des Föderalismus sind –, sondern auch aus gutem Grund, aus pragmatischem Grund, weil gerade die Ressortverantwortlichen im Sozialbereich, aber auch im Umweltbereich ganz besonders auch mit den Herausforderungen des Föderalismus beschäftigt sein werden. Es sind gerade diese Ressorts, die zwar große Überschriften haben – das klingt alles sehr eindrucksvoll; es ist heute auch schon zelebriert worden, wie groß die Ressorts denn sind –, in denen aber sehr viele Verantwortungsbereiche eben geteilte Kompetenzen haben beziehungsweise sind die Kompetenzschwerpunkte bei den Ländern angesiedelt. Das macht es natürlich sehr, sehr schwierig, die angestrebten Ziele, gerade im Bereich Klimaschutz, aber auch im Bereich Soziales, tatsächlich zu erreichen.

Ich möchte da gerade auf das Sozialressort Bezug nehmen: Da ist das bundespolitische Herzstück Arbeit – die gesamte Arbeitsmarktpolitik, das Arbeitsrecht und alles, was dazugehört, das rein in der Bundespolitik verankert ist – herausgelöst und in die Hände der ÖVP gegeben worden. Das, was unter anderem im Sozialressort verbleibt, ist der zweifellos wichtige Themenbereich Pflege. Dabei ist es lobend zu erwähnen und anzuerkennen, dass die Pflege erstmals in einem Bundesressort namentlich

Bundesrätin Mag. Elisabeth Grossmann

genannt wird. Ich stehe nicht an, das auch wirklich anzuerkennen; das ist ganz, ganz wichtig, denn wir wissen, dass die Pflege eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Ich hoffe, dass da tatsächlich Bundesverantwortung übernommen wird, nämlich auch Verantwortung finanzieller Natur.

Was weiters im Sozialressort verblieben ist, ist das klassische Sozialwesen, Gesundheitswesen, Konsumenten-, Konsumentinnenschutz. Bis auf den Konsumenten-, Konsumentinnenschutz sind die anderen verbliebenen Themenbereiche aber wie gesagt in der primären Zuständigkeit der Länder und auch die Ressourcen sind dort angesiedelt. Da denke ich mir manchmal: Fast hätte der sehr geschätzte Rudi Anschöber ja gleich Landesrat bleiben können, denn jetzt kann er teilweise den Kopf für etwas hinhalten, was er nicht wirklich unmittelbar gestalten kann. Er kann zwar bei den Landesreferentenkonferenzen, zu denen er sicherlich höflich eingeladen werden wird, versuchen, zu koordinieren, aber gestalten kann er nur, wenn es bundeseitig auch Ressourcen gibt, wenn es entsprechend Budget für die angestrebten Maßnahmen gibt. Das liegt wiederum am ÖVP-Finanzminister.

Da ist also in sehr vielen Bereichen die Gefahr offenkundig, dass unter Umständen die Rechnung ohne die Wirte gemacht wird – das geht de facto auch gar nicht – und dass man sich da dann sehr oft, gerade in den Ressortbereichen der Grünen, im Kreis bewegt und vielleicht weniger weiterbringt, als man es ursprünglich vorhatte, als man es jetzt auch sehr ambitioniert verkündet hat.

Dass die gesamte Arbeitsmarktpolitik da herausgenommen wurde, ist erschütternd, weil tatsächlich schon auch die Gefahr besteht, dass die arbeitnehmer-, arbeitnehmerinnenfeindliche Politik von Schwarz-Blau ungebremst fortgesetzt werden könnte. Diese Gefahr ist evident, denn alle bundesgesetzlich zu regelnden großen Bereiche – Arbeitszeitgesetz, Arbeitnehmer-, Arbeitnehmerinnenschutzbestimmungen, Arbeitsrecht, natürlich auch das AMS mit den dahinterstehenden Ressourcen – sind jetzt in die Hände der ÖVP gegeben worden. Gerade da gibt es Gestaltungsmöglichkeiten, die sehr, sehr groß sind.

Gerade im Bereich der Arbeitsmarktförderung stellt sich natürlich die Frage: Wie schaut das dann aus? Gibt es da eher betriebsnahe Unterstützung oder gibt es weiterhin die bewährte überbetriebliche Qualifizierung? Wie schaut es mit der Frauenförderung aus? Es gab bis vor Kurzem 50 Prozent Zweckbindung der AMS-Mittel für Frauenförderung. Wird es das weiter geben? Wird es das wieder – muss man eigentlich korrekterweise sagen – geben? Aus dem Regierungsprogramm ist das nicht herauszulesen. Gibt es Schwerpunkte für ältere Arbeitslose? Wie sieht das aus?

Da möchte ich wirklich an die neue Arbeitsministerin appellieren, den Begehrlichkeiten der Konzerne zu trotzen und auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch auf der Seite der Familien zu stehen. (*Bundesministerin **Aschbacher** nickt.*) Wir kennen uns ja schon aus der Steiermark. Also ich hoffe, dass Sie Ihren Ressortverantwortungen und dem Titel Ihrer Ressorts wirklich gerecht werden. Ich wünsche Ihnen dafür viel, viel Kraft und auch die entsprechende Unterstützung – wenn auch das Regierungsprogramm diesbezüglich schon Sorgen aufkommen lässt, etwa wenn das Zeitwertkonto propagiert wird, wo zu befürchten ist, dass Überstunden unter Umständen künftig kaum mehr abgerechnet werden können, was Realeinkommensverluste für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten könnte.

Die Frauen wurden mit der Ressortaufteilung – das wurde schon angesprochen – quasi als Anhängsel fast abgewertet und zum Integrationsressort dazugeschoben. Das entspricht nicht gerade einer großen Wertschätzung für Frauen, dass 51 Prozent der Bevölkerung fast als eine zu integrierende Minderheit wahrgenommen werden. Da sage ich schon: Frauen haben ein Recht darauf, dass im Sinne der Chancengerech-

Bundesrätin Mag. Elisabeth Grossmann

tigkeit die Strukturen so geschaffen werden, dass ein gleichberechtigter Zugang zu Einkommen, zu Vermögen, zur Macht und zur Verantwortung gewährleistet ist. Das ist aktive Frauenpolitik. Ich hoffe schon, dass sich die Grünen in der Regierung auch dafür einsetzen werden, denn im Regierungsprogramm ist eine frauenpolitische Handschrift nicht wirklich erkennbar. *(Rufe bei der ÖVP: Geh!)*

Ich möchte, trotz aller Kritik und Konstruktionsfehler, den Regierungsmitgliedern dennoch alles Gute im Sinne der Österreicherinnen und Österreicher wünschen. Viel Kraft! Sie haben einen Vertrauensvorschuss verdient, diesen möchte ich Ihnen auch mitgeben. Bei diesem Bundesministeriengesetz haben Sie es zwar sehr schwer, deshalb stehen wir dem auch sehr kritisch gegenüber, aber ich wünsche Ihnen viel, viel Kraft im Sinne Österreichs. *(Beifall bei der SPÖ.)*

15.16

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler. Ich erteile ihr dieses.

15.16

Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler (ÖVP, Salzburg): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung! Herzlich willkommen hier im Hohen Haus, auch im Bundesrat! Ich habe mich gefreut: Was für ein guter Start in dieses neue Jahr 2020! Wir haben eine neue Regierung, Türkis-Grün, die Vorbild in ganz Europa ist – mit einem jungen, aber sehr erfahrenen Bundeskanzler an der Spitze, Sebastian Kurz, mit einem erfahrenen Parlamentarier als Vizekanzler, Werner Kogler –, und wir haben eine Regierung, die mehrheitlich aus Frauen besteht, mit einem ambitionierten Regierungsprogramm, das beide Parteien ihre Wertvorstellungen umsetzen lässt. Das Beste aus beiden Welten. „Aus Verantwortung für Österreich.“

Liebe Kollegin Steiner-Wieser, liebe Kollegin Grossmann, wenn Sie sich die Zusammensetzung dieser Bundesregierung anschauen, so sehen Sie, das ist eindeutig eine Handschrift für Frauenförderung in Österreich. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)* So viele Damen, so viele qualifizierte Damen, die wir hier haben: Wir haben nicht gesucht, es gibt sie und wir mussten nur zugreifen. Das ist gelebte Frauenförderung. Das lasse ich mir nicht schlechtreden. Diese Damen werden neuen Schwung in die Regierung hineinbringen, sie werden aktiv Frauenpolitik in all ihren Bereichen machen.

Ich als Salzburgerin sehe natürlich mit sehr großer Freude unsere Karoline Edtstadler als Ministerin im Bundeskanzleramt – ich habe mir das genau aufgeschrieben –, zuständig für EU- und Verfassungsagenden, also für Angelegenheiten der staatlichen Verfassung inklusive Verfassungsdienst und Verwaltungsreform, Verwaltungsverfahren und Verwaltungsstrafrecht. Sie hat sich als Richterin zu Beginn ihres Berufslebens einen Namen gemacht. Als Staatssekretärin war sie unter anderem Initiatorin der Taskforce gegen Gewalt an Frauen; wir konnten dann das daraus hervorgehende Gewaltschutzpaket beschließen. Bei der EU-Wahl war sie unsere Vorzugsstimmekaiserin mit fast 120 000 Vorzugsstimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kenne sie als engagierte Frau mit Herz und Verstand, die Dinge umsetzt. Es gibt wieder Frauenförderung, wieder aktive Frauenförderung hier. – Liebe Karoline, alles Gute! Wir werden dich weiterhin unterstützen und sind stolz auf dich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich sind wir stolz auf unseren Kollegen Magnus Brunner, der nun als Staatssekretär im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie auf der Regierungsbank sitzt. Als anerkannter Experte für den Bereich Energie ist er dort sicher der Richtige und wird gute Arbeit leisten. – Lieber

Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Magnus, auch von dieser Stelle wünschen wir dir alles Gute! Du fehlst uns zwar ein bisschen, aber wir leihen dich gerne aus! *(Beifall und Bravorufe bei der ÖVP.)*

Natürlich gratuliere ich auch allen anderen Ministerinnen und Ministern und auch der Frau Staatssekretärin zu ihren wichtigen Funktionen und wünsche ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung. Ich wünsche mir, dass Sie auch uns im Bundesrat immer im Auge haben und mit uns den Föderalismus leben werden.

Wir haben schon in der Debatte zu Tagesordnungspunkt 1 einige Punkte gehört, die dieses neue Regierungsprogramm beinhaltet. Mir als Seniorenfunktionärin ist wichtig, noch einmal auf die Pflegeversicherung hinzuweisen, mit der wir das Pflegesystem mit dem Fokus auf die pflegenden Angehörigen nachhaltig sichern – Motto: daheim vor stationär. *(Bundesrätin **Schumann**: Das ist Frauenförderung!)*

Ich darf darauf hinweisen, dass wir in Salzburg auf Initiative unseres Landeshauptmannes Dr. Wilfried Haslauer bereits im letztem Jahr eine Pflegeplattform auf den Weg gebracht haben. Wir werden in Salzburg in den nächsten Jahren 74 Millionen Euro für die Pflege und die Verbesserung der Pflege ausgeben. Wir haben auch eine Ausbildungsschiene im Multiaugustinum in Sankt Margarethen im Lungau auf den Weg gebracht, die dann im Herbst als Fachschule für Sozialberufe mit Fachrichtung Pflege starten wird. Das ist ja im Einklang mit dem Regierungsprogramm – und das ist uns wichtig, das werden wir natürlich auch sehr unterstützen.

Im vorliegenden Gesetzentwurf geht es um die Ressortverteilung in den Ministerien, um die gesetzlichen Grundlagen für die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien und deren Bezeichnung. Formell wird es künftig 13 Ministerien – und damit eines mehr als bisher – geben. Dazu kommen zwei dem Bundeskanzleramt zugeordnete Ministerinnen, die zum einen für Frauen und Integration und zum anderen für EU-Fragen zuständig sein werden, und zwei Staatssekretariate. Zu den Neuerungen gehört die Einrichtung eines Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie – auch ich musste mir das aufschreiben, Herr Vizekanzler! –, und damit nimmt Österreich wirklich eine Vorreiterrolle im Bereich Klimaschutz, Umwelt und Energie ein. Wir sind damit federführend und werden die Klimakrise gemeinsam sicher gut bewältigen.

Die Arbeitsagenden wurden aus dem Sozialministerium herausgelöst und mit den Agenden für Familie in einem Ministerium angesiedelt; auch dort ist wieder eine engagierte Frau dafür zuständig. Ich sehe das positiv und kann das nur begrüßen. Der Verfassungsdienst siedelt wieder zurück in das Bundeskanzleramt, das wurde sogar von der SPÖ – ich glaube, Kollege Schennach war das – positiv bewertet. Die Zuständigkeit für die Verwaltungsgerichtsbarkeit und damit auch für das Bundesverwaltungsgericht und die Zuständigkeit für das öffentliche Auftragswesen bleiben beim Justizministerium. Außerdem ist geregelt, dass gewählte PersonalvertreterInnen ihre Mandate auch bei einem Ministeriumswechsel behalten werden. *(Bundesrat **Steiner**: Ja, wir stimmen eh zu!)* Es ist also alles umfassend in diesem Bundesministeriengesetz geregelt.

Ich bin sehr froh, Kollege Steiner, dass die FPÖ entgegen der Beschlussfassung im Nationalrat im Ausschuss bereits zugestimmt hat und auch in weiterer Folge, so nehme ich an, mit uns stimmen wird, keinen Einspruch zu erheben. *(Bundesrat **Steiner**: Man weiß ja nie, was passiert!)* Damit tritt auch keine Verzögerung ein und diese Regierung kann wirklich zügig anfangen, zu arbeiten.

Liebe SPÖ, es ist wirklich schade, dass Sie hier nicht mit uns stimmen können. Geben Sie sich einen Ruck, wir wollen Zusammenarbeit, wir wollen die Dinge miteinander auf den Weg bringen! Ihren Argumentationen kann ich nicht ganz folgen. Ich habe das auch schon im Ausschuss gesagt: Auch Bruno Kreisky hat sich für gewisse Ressorts

Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

starkgemacht und sie auch durchgesetzt. Das ist ein ganz normaler Vorgang, wenn sich zwei Parteien zu Regierungsverhandlungen zusammentun, dass sie die Ressorts untereinander ausverhandeln und dann auch entsprechend zuteilen. Das ist halt so in einer Demokratie und damit müssen Sie sich auch auseinandersetzen. Es geht wirklich um die Sache. Es geht darum, etwas für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger weiterzubringen.

Also, liebe SPÖ, geben Sie sich einen Ruck, sehen Sie nicht alles schwarz, sehen Sie es positiv, bemessen Sie diese Regierung nach ihren Taten und wehren Sie sich nicht schon zu Beginn! (*Zwischenruf der Bundesrätin **Schumann.***)

Das ist eine gesetzliche Grundlage, die bei Regierungswechseln ganz normal ist. (*Zwischenruf des Bundesrates **Beer.***) Wie gesagt, vielleicht können Sie dann doch noch mit uns stimmen, es würde uns freuen. Es wäre ein gutes Signal aus dem Bundesrat, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass diese Regierung positiv starten kann. (*Beifall bei der ÖVP sowie des Bundesrates **Gross.***)

15.25

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dominik Reisinger. Ich erteile ihm dieses.

15.25

Bundesrat Dominik Reisinger (SPÖ, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Vizekanzler! Geschätzte Ministerinnen! Frau Staatssekretärin! Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Frau Kollegin, ich kann Sie beruhigen: Wir haben uns natürlich mit der Materie auseinandergesetzt. Es ist aber kein Geheimnis und wurde in den letzten Tagen auch mehrfach kommuniziert, dass wir die Bundesministeriengesetz-Novelle in einigen Punkten eben sehr kritisch sehen und deshalb auch ablehnen werden – und das müssen Sie uns schon auch zugestehen. (*Bundesrätin **Eder-Gitschthaler:** Ich hätte es halt probiert!*)

Das Bundesministeriengesetz bildet die Ressortaufteilung und die Themenbündelung ab und spiegelt in Form der Ministerien, wie übrigens auch das zwischen ÖVP und den Grünen ausverhandelte Regierungsprogramm, die einseitige Machtkonzentration wider. Bei dieser Betrachtung sehen die Grünen bei der Ministerienaufteilung nicht gut aus, die ÖVP ist die große Gewinnerin. An dieser Stelle lasse ich oder lassen wir die Rechtfertigung der Grünen, man sei ja als Juniorpartner mit rund 14 Prozent nicht in der Lage gewesen, mehr zu erreichen, einfach nicht gelten. Es gibt nämlich Beispiele, die das Gegenteil zeigen. Schauen wir zum Beispiel nach Deutschland: Im Jahr 2009 hat die FDP, übrigens auch mit rund 14 Prozent, viel, viel besser verhandelt und auch weit mehr erreicht.

Jetzt nenne ich einen der Hauptgründe dafür – es wurde schon erwähnt –, warum wir hier nicht mitstimmen können: Mit dem Verteidigungs- und dem Innenministerium samt ihren Geheimdiensten ist das gesamte Sicherheitswesen in ÖVP-Händen. Dazu kommt dann auch noch der ÖVP-Bundeskanzler. Es fehlt uns da ganz einfach an Kontrollmechanismen. Wenn man sich die letzten Jahre anschaut, erkennt man, dass es das in der Zweiten Republik noch nicht sehr oft gegeben hat, meines Wissens zuletzt unter Kanzler Schüssel in den 2000er-Jahren.

An diesem Umstand ändert sich auch nichts, wenn man argumentiert, dass das Innen- und das Verteidigungsministerium in der schwarz-blauen Regierung auch bei einer Partei, nämlich bei der FPÖ, waren. Da gab es, das ist der große Unterschied, zumindest eine Staatssekretärin von der ÖVP. (*Bundesrätin **Eder-Gitschthaler:** Na schau!*) Zu diesem Kritikpunkt ist aber letztendlich eines ganz klar zu sagen: Was unter

Bundesrat Dominik Reisinger

Schwarz-Blau schlecht war (*Ruf bei der FPÖ: Es war nicht schlecht!*), wird jetzt unter Schwarz-Grün nicht besser und ist eben gleich schlecht.

Als SPÖ lehnen wir auch die Herauslösung der Arbeitsmarktagenden aus dem Sozialministerium ab. Damit wird das Sozialressort sozusagen filetiert und abermals Macht an die ÖVP transferiert. Meine Damen und Herren, damit werden keine Zukunftsfragen, damit werden Machtfragen beantwortet.

Wenn wir schon bei der Macht sind: Völlig unverständlich ist – und das wurde heute noch nicht erwähnt –, dass die Generalsekretäre weiterhin in dieser Gesetzesmaterie verankert bleiben. Dass die Grünen das billigen, ist für uns wirklich sehr enttäuschend. In Wahrheit hebeln die Generalsekretäre nämlich zum Teil die politische Verantwortung der jeweiligen Ministerinnen und Minister aus, die sich ja bei ihrer Rechtfertigung hier im Parlament dann immer herstellen und sagen können: Bitte, das geht auf die Kappe des Generalsekretärs, das war nicht meine Entscheidung! – Wir wissen, die Generalsekretäre stehen in der Weisungshierarchie ganz oben.

Obendrein wird damit auch noch ganz viel Geld verschleudert. Aus einer Beantwortung einer NEOS-Anfrage aus dem Jahr 2018 oder 2019 geht hervor, dass die Generalsekretäre samt Mitarbeitern im Monat rund 246 000 Euro verschlingen. Das ist unglaublich viel Geld, das man woanders gut brauchen könnte. (*Bundesrat Köck: Der Hoscher hat ja auch nicht mehr gekriegt!*)

Noch eines: Wie rechtfertigen die Regierungsparteien die Zuweisung der Zivildienstagenden an das Landwirtschaftsministerium, wenn man sich vergegenwärtigt, dass nur rund 1 Prozent der Zivildienstler in der Landwirtschaft tätig sind? Wo ist hier der sachliche Zusammenhang oder die Plausibilität?

Die gegenständliche Bundesministeriengesetz-Novelle wirft noch zahlreiche Fragen auf. Aus den bereits genannten Gründen ist für uns aber klar, dass die SPÖ nicht zustimmen wird.

Das Machtstreben der ÖVP ist für mich und auch für andere nicht überraschend, dass die Grünen aber in zentralen Punkten und Themen de facto eine ÖVP-Alleinregierung zulassen und dabei eine oder mehrere rote – jetzt müsste man eigentlich sagen: grüne – Linien überschreiten, ist durchaus bedenklich. Alles, was der ÖVP wichtig ist, ist konkret formuliert. Die meisten Themen der Grünen sind unpräzise und vage vermerkt, meist unter der Anmerkung: ist zu prüfen.

Das Bundesministeriengesetz und das Regierungsprogramm sind entlarvend. Der koalitionsfreie Raum ist eine Einbahnstraße in Richtung ÖVP. Vieles davon wollen wir nicht. Dennoch freuen wir uns auf eine sachorientierte Auseinandersetzung und vor allem hier im Parlament auf einen Wettbewerb der besten Ideen. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ. – Bundesrätin Mühlwerth: So sachorientiert wie bei uns! – Bundesrat Steiner: Ja, wahrscheinlich!*)

15.31

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Markus Leinfellner. Ich erteile ihm dieses.

15.31

Bundesrat Markus Leinfellner (FPÖ, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Bundesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseher hier im Hohen Haus und zu Hause vor den Bildschirmen! Nehmen, was uns zusteht! – Das ist ein Ausspruch, der uns eigentlich nicht aus den Reihen der ÖVP bekannt ist, der aber anscheinend in den Mittelpunkt dieser Regierungsverhandlungen gerückt sein dürfte. Wir sind aber diese Abschreibereien von der ÖVP ja bereits gewohnt. Bereits

Bundesrat Markus Leinfellner

unter der Regierung Kurz I oder besser gesagt bereits im Wahlkampf 2017 hat man begonnen, das freiheitliche Programm abzuschreiben, und hat es zum eigenen Wahlkampfprogramm gemacht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Deswegen freut es mich heute umso mehr, wenn ich mir das Regierungsprogramm der schwarz-grünen Koalitionspartner anschau, dass sich dort noch immer viele, viele freiheitliche Forderungen finden, dass man viele freiheitliche Forderungen übernommen hat.

Bei den Regierungsverhandlungen zwischen Schwarz und Grün ist etwas passiert, da hat man nämlich genau diesen Slogan, den man eigentlich schon kennt: Nehmen, was uns zusteht!, in den Mittelpunkt gerückt. Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kollegen von den Grünen, Verhandlungsgeschick ist eben auch, seinen Verhandlungspartner so schnell über den Tisch zu ziehen, dass er die Reibungsenergie als Nestwärme empfinden kann! Ich glaube, das ist, wenn ich es mit den Worten von Werner Kogler – jetzt ist er gerade nicht hier – sagen darf, dieser türkisen Schnöseltruppe ganz gut gelungen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Liebe Kollegen von den Grünen, ich kann euch aber beruhigen, diese sogenannte türkise Schnöseltruppe gibt es nicht mehr, es ist nämlich inzwischen etwas passiert. Die haben das sogenannte Niederösterreichsyndrom erlitten und sind dieser Krankheit auch erlegen. Das Türkis ist weg, das alte Schwarz ist wieder zurück, und ich glaube, das zeigt sich auch heute bei der Machtkonzentration in den sogenannten Schlüsselministerien: der Bundeskanzler von der ÖVP, der Finanzminister von der ÖVP, das Verteidigungsministerium bei der ÖVP, das Innenministerium bei der ÖVP.

Liebe Kollegen von den Grünen! Ihr habt beim Blick auf ein paar Posten in den Ministerien anscheinend alle Grundsätze über Bord geworfen, habt zugelassen, dass nahezu eine schwarze Alleinregierung zu finden ist, und habt mit diesem koalitionsfreien Raum, den es gibt, diese Regierung noch dazu auf wackelige Beine gestellt. Ich glaube, wenn man mit dem einzigen Ziel in Koalitionsverhandlungen geht, eine schwarz-blaue Bundesregierung zu verhindern, steht man recht schnell in der Unterwäsche da. Ich glaube, genau das ist euch passiert, und als ihr in der Unterwäsche dagestanden seid, hat die ÖVP gesagt: Jetzt gehen wir das Bundesministeriengesetz an!, und bei dieser Novelle des Bundesministeriengesetzes hat man dann geschaut, wie weit man noch gehen kann.

Wenn ich mir anschau, dass man jetzt in diesem Bundesministeriengesetz beginnt, Telekommunikation und Postdienste ins Landwirtschaftsministerium zu transferieren, frage ich mich: Was sind die Gründe dafür? Waren diese Post- und Telekommunikationsdienste nicht bei den Infrastrukturagenden sehr gut aufgehoben? Das Einzige, was das mit der Landwirtschaft zu tun hat, ist, dass ein paar Leitungen durch die Feldwege der Bauern führen, die dafür ja recht gut entlohnt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Noch dreister aber wird die ganze Bundesministeriengesetz-Novelle, wenn ich mir anschau, dass man sogar versucht, den Zivildienst ins Landwirtschaftsministerium zu transferieren. Die Argumentation, dass man den Zivildienst ins Landwirtschaftsministerium transferiert, ist, glaube ich, nicht ausreichend, wenn gerade etwas mehr als 1 Prozent der Wehersatzdienstleistenden in landwirtschaftlichen Bereichen Dienst versehen. Ich hätte alles eingesehen; den Zivildienst als Wehersatzdienst in das Verteidigungsministerium zu verschieben, wäre noch einigermaßen logisch und nachvollziehbar gewesen, aber den Zivildienst ins Landwirtschaftsministerium?! Wenn ihr glaubt, dass er dort richtig aufgehoben ist, sind wir wahrscheinlich anderer Meinung.

Liebe Regierungspartner, als Unteroffizier des österreichischen Bundesheers darf ich euch aber schon sagen: Ich bin ja wirklich froh, dass man nicht begonnen hat, den

Bundesrat Markus Leinfellner

gesamten Wehrdienst oder vielleicht den gesamten Bereich der Landesverteidigung zum Landwirtschaftsministerium zu schieben. Ich glaube, bei euren Argumentationen wäre auch das möglich gewesen. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)* Man muss schon sagen, die Soldaten des österreichischen Bundesheers benutzen für ihre Fortbewegung ja schließlich und endlich auch Wälder, Feldwege und dergleichen. Ich glaube, euch wäre auch das gelungen. Als Unteroffizier des Bundesheers bin ich froh, dass das nicht passiert ist.

Unserer Meinung ist das Bundesministeriengesetz eine Verhöhnung des grünen Koalitionspartners. *(Bundesrat **Schennach**: Deshalb stimmt ihr auch zu!)* Wir wollen dieser Bundesregierung aber auf keinen Fall im Wege stehen. Wir wollen, dass diese schwarz-grüne Koalition so schnell wie möglich ihre Arbeit aufnehmen und mit der Umsetzung des Regierungsprogramms beginnen kann.

Man darf auf diese Umsetzung des Regierungsprogramms auch wirklich gespannt sein – wenn ich mir die Umsetzung der Sicherungshaft anschau, die Umsetzung der Überwachung des Whatsapp-Verkehrs, dieses sehr verteufelten Bundestrojaners, oder die Umsetzung der Rückkehrzentren, die unter Herbert Kickl noch Ausreisezentren geheißen haben. Man hat gar nicht schnell genug mit dem Abmontieren der Tafeln beginnen können, als das Regierungsende festgestanden ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der neuen Bundesregierung! Eines würde ich mir wirklich wünschen: Wenn ihr hingehet und das Taferl mit Rückreisezentrum montiert, würde ich gerne eure freudigen Gesichter sehen. Vielleicht ladet ihr mich dazu ein, das würde ich mir wirklich gerne anschauen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Alle diese Punkte spiegeln ja die inneren Werte des grünen Koalitionspartners im Großen und Ganzen wider. Ich bin wirklich gespannt, wie ihr diesen Spagat zwischen euren Wählerinteressen und dem Regierungsprogramm zusammenbringen werdet.

Damit aber diese Regierung keine Ausrede hat und so rasch wie möglich mit der Umsetzung des Regierungsprogramms beginnen kann – die ganze heiße Luft, die da drinnen steckt, all die Ankündigungen und, und, und –, werden wir Freiheitliche diese Bundesministeriengesetz-Novelle auf jeden Fall nicht verhindern. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.39

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Gerhard Leitner. Ich erteile ihm dieses.

15.39

Bundesrat Dr. Gerhard Leitner (SPÖ, Kärnten): Herr Präsident! Meine sehr geehrten vier Damen von der Bundesregierung! Sehr geehrte Herren und Damen KollegInnen im Bundesrat! Es steht heute das Bundesministeriengesetz zur Diskussion, das geändert werden soll, wozu es natürlich auch im Nationalrat bereits eine recht lebhaftige Diskussion gegeben hat.

In der vorliegenden Form stellt diese Gesetzesnovelle eine politische Machtdemonstration dar. Sehen Sie das nicht als Bewertung im klassischen Sinne, sondern eben so, wie es sich für einen politisch Andersdenkenden darstellt. Wir haben mit Teilen der Novelle des Bundesministeriengesetzes keine Freude. Die Gründe darf ich im Folgenden kurz darlegen.

Ich darf unsere Position vorab so zusammenfassen: Für uns gehört Arbeit ins Sozialministerium, die Telekommunikation zur Infrastruktur, die Sicherheitsministerien in die Obhut verschiedener Parteien, Frauenagenden in ein eigenes Ressort und ein Staatssekretariat entweder zu den mächtigen Finanzen oder zumindest in den Sicherheitsbereich, eben dorthin, wo es in einer Koalition Kontrolle und Ausgleich braucht.

Bundesrat Dr. Gerhard Leitner

Gestützt durch das Wahlergebnis hat die ÖVP nunmehr den alleinigen Schlüssel zur Republik in der Hand und das spiegelt sich im Abänderungsantrag zur Neuverteilung der Ressorts wider. Die ÖVP konnte auch ihre Forderungen konkret und im Detail verankern, während sich grüne Punkte nur als Überschriften und Absichtserklärungen ohne Zeitplan und leider Gottes auch ohne jede Finanzierungsidee finden.

Wir sind sehr gespannt darauf, welche Vorschläge Sie machen werden. Dass ich heute darüber spreche, soll nicht so verstanden werden, dass ich überhaupt gegen Reformen und Veränderungen wäre; zweifellos muss es die ja auch geben, weil sich Gesellschaft, Menschen und Strukturen verändern, daher muss sich auch die Politik verändern. Die Maßnahmen, die zu setzen sind, sollten jedoch immer im Dienst der Menschen gesetzt werden. Das ist zumindest mein politisches Verständnis und diesbezüglich sehe ich einige Missstände in der gewünschten Neukonstellation.

Alle Verschlechterungen, die von uns Sozialdemokraten kritisiert worden sind, bleiben: der 12-Stunden-Tag, die Zerschlagung der Sozialversicherung zwecks mehr Macht für die Wirtschaft, die Retrobildungspolitik mit Studiengebühren für Berufstätige. Für Konzerne und Millionäre gibt es ein 2-Millionen-Euro-Steuer Geschenk, eine KÖSt-Senkung, eine Senkung des Spitzensteuersatzes, für Gutverdiener gibt es eine Erhöhung des Familienbonus und so weiter.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch! Wir freuen uns, dass es eine Entlastung für Familien gibt, eine Förderung für Kinder, aber wir sagen auch deutlich: Uns ist jedes Kind gleich viel wert! Da hätten wir uns im Sinne der Vermeidung von Kinderarmut eine stärkere Durchsetzung grüner Wahlkampfthemen gewünscht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sozialpolitik und das Thema Gerechtigkeit bleiben auch für die neue Regierung Stiefkinder: keine Unterstützung für 400 000 Arbeitsuchende, kein Konzept für eine Unterhaltsgarantie oder eine Kindergrundsicherung, keine Ideen für moderne Arbeitszeiten, keine Ideen, wie die wachsenden Vermögen einen gerechten Beitrag zu den Erfordernissen der Gesellschaft leisten und so weiter.

Als Fazit bleibt: Es profitieren Großkonzerne und Superverdiener. *(Bundesrat Raggl: Na geh!)* Sozialpolitik, Verteilungsgerechtigkeit und gerechte Bildungschancen kommen kaum vor. Die ÖVP hat mit diesem Gesetzesvorschlag die Macht bei sich konzentriert.

Im neuen Regierungsprogramm findet sich keine einzige Silbe zum Sozialhilfegesetz. Das durchgepeitschte Sozialhilfe-Grundsatzgesetz wurde vom Verfassungsgerichtshof in wesentlichen Teilen gekippt. Der Aufruf: Zurück an den Verhandlungstisch!, wird ungehört verhallen, wenn sich die Dialogbereitschaft der Regierung nicht erhöht. Die Länder haben sich seinerzeit, so wie das ursprünglich geplant war, auf eine gemeinsame 15a-Vereinbarung akkordiert. Wäre die möglich gewesen, hätte Österreich heute ein gutes und verfassungsrechtlich wasserdichtes Sozialhilfegesetz.

Dem neuen Minister für Soziales, Rudi Anschober, ist viel Glück zu wünschen. Auf ihn kommen große Herausforderungen zu. Bei der Mindestsicherung hat er mit seinem Vorschlag aufhorchen lassen, dass diese künftig auf Länderebene zu regeln sein wird. Da frage ich ihn aber schon: Wer finanziert das letztendlich und wie will er als Sozialminister da einen Wettlauf nach unten und eine Verdrängung bedürftiger Menschen verhindern? – Wir denken weiterhin, dass eine bundesweite Lösung der sinnvollere Weg wäre.

Ich möchte aber auch eine positive Ankündigung des neuen Sozialministers loben, die mit der Österreichischen Gesundheitskasse zu tun hat, nämlich die Überprüfung des gesamten Pakets der schwarz-blauen Regierung inklusive der fehlenden Parität in den Gremien. Es ist im Grunde blamabel, dass man die wichtige Gruppe der älteren Ge-

Bundesrat Dr. Gerhard Leitner

neration aus den Entscheidungs- und Mitwirkungsprozessen ausgeschlossen hat, also jene Gruppe, die in hohem Maße pünktlich ihre Beiträge bezahlt, die durch ihre Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung dieser Republik geleistet hat, und die es aber jetzt im Sozialversicherungssystem als Mitentscheider einfach nicht mehr gibt. Wir dürfen gespannt sein, ob sich die ältere Generation dies gefallen lässt. Jedenfalls wird sie das sicherlich nicht widerspruchslös so zur Kenntnis nehmen.

Das neue Bundesministeriengesetz konzentriert, wie wir heute schon gehört haben, alle Sicherheitsministerien samt allen Geheimdiensten mit der Berichterstattung an den Bundeskanzler in den Händen einer Partei. Dafür gibt es von unserer Seite keinerlei Verständnis. Ich möchte Ihnen auch gerne sagen, warum: Wenn wir an das BVT denken, so scheint es, als ob dort parteipolitisch geprägte Netzwerke vorhanden gewesen wären – sehr zum Leidwesen der Reputation des BVT und der Republik –, die der blaue Innenminister mit allen Mitteln zerschlagen wollte. (*Bundesrat **Saurer**: Sehr gut!*) Da wäre es das Mindeste gewesen, eine Staatssekretärin oder einen Staatssekretär im Innenministerium einzusetzen (*Bundesrat **Saurer**: Das haben wir ja gehabt!*), stattdessen hat man diese jedoch beim Vizekanzler untergebracht; eine vergebene Chance für die Sicherheit.

Dass die Agenden der Arbeit aus dem Sozialministerium herausgelöst worden sind, ist verwunderlich und nicht begründbar. Letzteres geschieht gegen den Willen der Grünen, denen sichtlich nur ein Wunsch besonders wichtig war, nämlich in einer Regierung als Juniorpartner verankert zu sein. Im Nationalrat hat ein Abgeordneter damit argumentiert, dass es der ÖVP wichtig ist, den Bereich Arbeit entsprechend weiter zu verbessern, sodass ein Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt werden soll, und dass Arbeit, Familie und Jugend zusammengehören. Das ist zwar sachlich richtig, die Zusammengehörigkeit dieser Bereiche in einem Ressort erschließt sich uns daraus jedoch nicht. Insbesondere vergisst man damit auf die älteren Menschen, also eine Gruppe, in der die Arbeitslosigkeit beständig weiter steigt. Evaluierungen haben gezeigt, dass die Aktion 20 000 sehr wohl erfolgreich gewesen ist. Hunderten älteren Langzeitarbeitslosen wurde der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Da besteht akuter Handlungsbedarf; auch deshalb hätten wir uns den Bereich Arbeit im Sozialministerium gewünscht.

Mit dem Regierungsprogramm ist kein guter Wurf gelungen. Es fehlt die Strukturreform, die Pensionsreform, es ginge um eine Föderalismusreform und auch um eine Gesundheitsreform. All das wird in Zukunft immer teurer werden und die gesamte Gesellschaft zunehmend beschäftigen. Daher sind die sozialen Probleme jetzt anzugehen und einer für alle zufriedenstellenden Lösung zuzuführen.

Zum Stichwort Föderalismus und ländlicher Raum: Das Landwirtschaftsministerium ist anscheinend das Kompetenzzentrum dieser Regierung. Zivildienst, Post, Telekom, Breitband – alles plötzlich Landwirtschaftsthemen. Für kurze Zeit waren sogar Teile der Agenden für Kohle, Öl und Gas angedacht. (*Bundesrat **Saurer**: Nachhaltigkeit!*) Das konnte jedoch im Nationalrat gerade noch verhindert werden. (*Bundesministerin **Köstinger**: Das betrifft den ländlichen Raum!*) Nur eines verwundert, nämlich dass nach Auflösung des eigenständigen Frauenministeriums diese Agenden nicht auch noch bei Elli Köstinger gelandet sind. (*Bundesministerin **Köstinger** – seufzend –: Tja! – Heiterkeit bei BundesrätInnen von ÖVP und FPÖ.*)

Es ist schade, wenn man erkennen muss, dass die vielfach beschworene Dialogbereitschaft ausgeschlagen wird. (*Bundesministerin **Köstinger**: Dann fangt doch damit an!*) Opposition ist Opposition und Regierung ist Regierung. Im Sinne einer gedeihlichen demokratischen Entwicklung müsste es möglich sein, einen Konsens im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu finden. Wenn man Mehrheiten braucht, dann ist es nicht klug, einfach geradeaus zu fahren und es dem Zufall zu überlassen, dass sich

Bundesrat Dr. Gerhard Leitner

Hindernisse, die sich vor einem aufbauen, auf einmal freiwillig aus dem Weg räumen. So funktioniert Demokratie nicht! Nur das Gespräch, der Dialog führt zum Konsens, zum Abgleich der Interessen und zur Entwicklung von Maßnahmen, die den Menschen, die wir als politische Repräsentanten vertreten, gerecht werden.

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass wir jedem und jeder von Ihnen bei einer wichtigen Arbeit im Sinne der österreichischen Bevölkerung alles Gute wünschen. Unsere Hand ist sicher für eine konstruktive Zusammenarbeit ausgestreckt. Wir sind als Bundesräte an guten Lösungen für dieses Land mehr als interessiert. Zugleich werden wir aber im Rahmen unserer Oppositionsarbeit auch darauf schauen, wie der Nationalrat und die Ministerien ihre Arbeit erledigen, und dieses Haus hoffentlich noch stärker mit parlamentarischem Geist durchfluten. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*
15.51

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Marco Schreuder. Ich erteile ihm dieses.

15.51

Bundesrat Marco Schreuder (Grüne, Wien): Herr Präsident! Bei meiner ersten Rede habe ich es verabsäumt, alles Gute für die neue Präsidentschaft zu wünschen, was ich hiermit gerne nachhole. Das ist mir, weil ich sogar in Oberösterreich aufgewachsen bin, natürlich ein besonderes Anliegen, auch wenn ich ein Wiener Mandatar bin.

Als ich mich auf diesen Tagesordnungspunkt vorbereitet habe, habe ich mir gedacht: Wieso reden da so viele? – Jetzt habe ich es schon verstanden: Es ist ja die Fortsetzung der Diskussion über die Regierung, die wir vorhin hatten, halt nur mit dem Mascherl des Bundesministeriengesetzes. Da ich beim Tagesordnungspunkt 1 eh schon geredet habe, mache ich es ganz kurz.

Zuerst möchte ich mich beim Kollegen Leinfellner und auch bei den Kollegen der SPÖ herzlich für die Sorge bedanken, die sie haben – die ihr geäußert habt –, dieses Mitgefühl, das sie zum Ausdruck gebracht haben, dass wir so schlechte Verhandler oder Verhandlerinnen seien. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auch das gelernt haben, dass wir unser Handwerk gelernt haben.

Eines muss ich schon auch sagen: Solche Ressorts wie dieses neue Klimaschutzressort, das europaweit einzigartig ist, das wirklich ein Vorpreschen ist, das wirklich etwas ist, was es noch nirgendwo in dieser Form und mit dieser Kompetenz gegeben hat *(Zwischenruf der Bundesrätin Schumann)*, als kleines Beiwagerl zu sehen, das halte ich schon auch für eine Geringschätzung dieses Themas und dieses Ressorts, denn es ist ein wirklich riesiges Ressort. *(Bundesrätin Mühlwerth: Wird aber das Klima nicht retten!)*

Das Sozialressort, das jetzt auch Gesundheit umfasst, das die großen Themen wie die Pflege zu bewerkstelligen hat *(Zwischenruf der Bundesrätin Grimling)*, ist ein Schlüsseldressort für die Zukunft dieses Landes. Die Justiz ist bitte eine eigene Säule unserer Demokratie. Die Judikative ist ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Organisation, davon, wie wir überhaupt in einer Demokratie organisiert sind. *(Bundesrätin Mühlwerth: Das ist nicht neu! Die Justiz ist schon altbewährt!)* Also zu sagen, die Macht liegt nur auf einer Seite und die Grünen hätten gar nichts darzustellen, das halte ich auch diesen Themen gegenüber für ungerechtfertigt und inhaltlich nicht richtig.

Wir werden dieser Bundesministeriengesetz-Novelle natürlich zustimmen und freuen uns auf die Zusammenarbeit. *(Beifall bei Grünen und ÖVP.)*

15.53

Präsident Robert Seeber

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Mag. Christian Buchmann. Ich erteile dieses.

15.54

Bundesrat Mag. Christian Buchmann (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren jetzt bereits fast 4 Stunden lang das Programm der neuen Bundesregierung; aktuell setzen wir uns mit dem Bundesministeriengesetz auseinander. Mit Karl Valentin könnte man natürlich feststellen: „Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen.“ – Ich möchte daher nur ganz kurz ein paar Schlaglichter auf dieses Bundesministeriengesetz werfen.

Worum geht es in dieser Novelle des Bundesministeriengesetzes? – Es geht um eine Festlegung der Anzahl der Ministerien. Es geht um eine Neuordnung der Ministerialkompetenzen, damit um eine Definition von Ressorts und Kompetenzen in der Aufgliederung und in der Zusammenarbeit dieser neuen Bundesregierung. Es ist aus meiner Sicht schon noch einmal bemerkenswert und anzuführen, dass diese neue Bundesregierung mit acht weiblichen Bundesministerinnen und inklusive des Bundeskanzlers mit sieben männlichen Mitgliedern ausgestattet ist und dass wir zwei Staatssekretäre – eine Staatssekretärin und einen Staatssekretär – in dieser Bundesregierung haben. Mich als Steirer freut auch ganz besonders, dass dieser Bundesregierung drei Steirer angehören werden, Kompetenz quer über alle österreichischen Bundesländer in dieser Bundesregierung vertreten ist und ihre Mitglieder gemeinsam gemäß ihrem Motto Verantwortung für Österreich übernehmen können.

Wenn Sie die öffentliche Diskussion zu diesem Thema ein bisschen mitverfolgt haben, werden Sie festgestellt haben, dass sich in den letzten Tagen auch namhafte Verfassungsrechtler mit diesem Bundesministeriengesetz auseinandergesetzt haben, beispielsweise der anerkannte Universitätsprofessor Franz Merli vom Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien, der gemeint hat, dass Änderungen solcher Bundesministeriengesetze ein üblicher Vorgang sind; das wird ja wohl auch unbestritten sein. Auch der Grazer Rechtsprofessor Klaus Poier hat gemeint, es wäre ein eher unüblicher Vorgang, wenn eine neue Regierung an den Ministerien und den Zuständigkeiten in den Ministerien nichts ändern würde.

Es sind also normale Verschiebungen, die durchaus auch mit den Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Regierungsmitglieder zusammenhängen und damit auch ihren Kompetenzen entsprechen; damit meine ich nicht nur die fachlichen, sondern auch die sozialen Kompetenzen.

Für die einen hat also ein solches Bundesministeriengesetz in einer neuen Fassung eine gewisse Logik, hat einen gewissen Charme, und für die anderen ist es vielleicht so, dass dieser Charme und diese Logik auf den ersten Blick nicht gleich einleuchtend sind. Jedenfalls ist dieses Bundesministeriengesetz die Basis dafür, dass die neue österreichische Bundesregierung mit ihrer Arbeit beginnen kann. Es ist gut, wenn sie das rasch tut, da wir während der Übergangsphase durchaus eine Phase hatten, in der eher der Stillstand denn eine dynamische Entwicklung geherrscht hat. Was Österreich am wenigsten braucht, ist Stillstand; was wir brauchen, ist eine dynamische Entwicklung der Republik, des Wirtschaftsstandorts und damit auch der Arbeitsplätze in unserem Land.

Die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratie hat heute beim ersten Tagesordnungspunkt gemeint, dass manches in diesem neuen Regierungsprogramm peinlich wäre. (*Bundesrätin **Schumann**: Nein, habe ich nicht gesagt!*) – Ja, das können wir dann eh nachlesen. Peinlich ist jedenfalls die Abwahl von Sebastian Kurz und der Bundesregierung gewesen. (*Bundesrat **Saurer**: Abwahl von Kickl!*) Peinlich ist es aus meiner

Bundesrat Mag. Christian Buchmann

Sicht auch jetzt, wenn die Vorsitzende der Sozialdemokratie im Nationalrat der Meinung ist, sie gibt dieser Bundesregierung eine zweite Chance. Sie hat ihr überhaupt nie eine Chance gegeben. Sie hat im Nationalrat gegen diese Bundesministeriengesetz-Novelle gestimmt und Sie stimmen hier im Bundesrat dagegen. Das wird von vielen Österreicherinnen und Österreichern als eher peinlich empfunden (*Bundesrätin Mühlwerth: Da redet in einer Woche niemand mehr darüber!*), denn man will, dass die Bundesregierung endlich die Arbeit aufnimmt und für die Österreicherinnen und Österreicher arbeiten kann. (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

Was wollen die Österreicherinnen und Österreicher? – Sie wollen eine Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Das gewährleistet diese neue Bundesregierung in der Zusammensetzung, wie sie sich heute hier inhaltlich und personell vorgestellt hat.

Wir wollen eine moderne Wirtschaftspolitik und eine erfolgreiche Klima- und Energiepolitik umsetzen. Das wurde inhaltlich bereits beleuchtet. Wir wollen eine Entlastung statt einer Belastung, und die bekannten Punkte der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, der Reduktion der Körperschaftsteuer und auch eine neue Form der Mitarbeiterbeteiligung sind für mich als jemand, der der Wirtschaft verhaftet ist, Themen, die mir besonders wichtig sind. Ich bedanke mich dafür, dass das in diesem Bundesministeriengesetz inhaltlich und dann auch materiell und personell so zur Ausformung kommen wird.

Wenn Sie sich das Programm oder zumindest die Präambel durchlesen, werden Sie feststellen, dass diese Bundesregierung in diesem Regierungsprogramm Antworten auf die großen Fragen der Zeit geben möchte. Ich glaube, das ist mit diesem Programm und mit diesem Bundesministeriengesetz geschehen. Es ist die Basis dafür, dass diese Bundesregierung mit Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler die Arbeit aufnehmen kann.

Ich denke, dass es ein schönes Zeichen des Bundesrates ist, wenn eine große Mehrheit dieser Bundesregierung die Möglichkeit gibt, ihre Arbeit im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher aufzunehmen. – Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

16.00

Präsident Robert Seeber: Weitere Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nun zur **Abstimmung**.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmenmehrheit**. Der Antrag ist somit **angenommen**.

3. Punkt

Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (Ölkesselinbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019) (965/A sowie 10261/BR d.B.)

Präsident Robert Seeber: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung.

Berichterstatte(r)in ist Frau Bundesrätin Marianne Hackl. – Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Marianne Hackl

Berichterstatterin Marianne Hackl: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe den Bericht des Wirtschaftsausschusses über den Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten – Ölkesselbauverbotsgesetz 2019.

Der Bericht liegt Ihnen in schriftlicher Form vor. Daher komme ich gleich zur Antragstellung.

Der Wirtschaftsausschuss stellt nach Beratung der Vorlage am 14. Jänner 2020 mit Stimmeneinhelligkeit den **Antrag**, dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Präsident Robert Seeber: Danke für den Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Johanna Miesenberger. Ich erteile ihr dieses.

16.02

Bundesrätin Johanna Miesenberger (ÖVP, Oberösterreich): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Frau Ministerin! Geschätzte Frau Staatssekretärin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zuerst einmal: Ich freue mich als Oberösterreicherin, dass mein Bundesland mit Beginn des Jahres den Vorsitz hier im Bundesrat übernommen hat, und wünsche dem neuen Präsidenten bei seiner Aufgabe, bei seinen Vorhaben alles Gute und viel Erfolg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz besonders freue ich mich aber auch persönlich über die neue Bundesregierung mit Bundeskanzler Sebastian Kurz an der Spitze, die mit einem starken Regierungsprogramm die nächsten Jahre für die Menschen in unserem Land und zum Wohle Österreichs arbeiten wird. Herzliche Gratulation und alles Gute! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zum vorliegenden Beschluss des Nationalrates betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vielleicht ist es global gesehen nur ein kleiner Schritt und ein kleiner Beitrag, für uns in Österreich ist es aber ein großer und wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, sind nicht nur in Österreich Maßnahmen umzusetzen, und es ist uns sicher sehr wohl bewusst, dass dies eine Mammutaufgabe werden wird, aber nur durch gemeinsames Handeln weltweit wird dies auch gelingen.

Österreich nimmt eine Vorreiterrolle ein und setzt mit der Dekarbonisierung in Gebäuden eine erste Maßnahme um. Rund 600 000 Ölkessel – das sind 14 Prozent der Heizanlagen in Österreich – sind in den Kellern unseres Landes noch in Betrieb. Mehrere Milliarden Euro werden jedes Jahr an die Ölförderländer gezahlt, um diese Kessel auch befeuern zu können. Es ist daher absolut notwendig, fossile Brennstoffe sukzessive durch erneuerbare Energieträger zu ersetzen. Ob Solarthermie, Wärmepumpen oder Pellets, alternative Heizformen gibt es sehr viele am Markt. Es sind somit genug Möglichkeiten zur Wertschöpfung in unserem Land vorhanden.

Natürlich muss der Umstieg mit sozialer Verträglichkeit vollzogen werden und ist mit Anreizen zu fördern und zu belohnen. Mit dem Raus-aus-dem-Öl-Bonus wurden 2019 schon klimafreundliche Investitionen in Österreich unterstützt. Über 60 Millionen Euro standen insgesamt im letzten Jahr zur Verfügung und wurden auch vollständig ausge-

Bundesrätin Johanna Miesenberger

schöpft. Dies macht deutlich, dass die Österreicherin, der Österreicher bereit ist, mit erneuerbaren Energien zu heizen, und somit seinen Beitrag zum Klimaschutz, zur Klimaschonung leisten will.

Die Erreichung der Klimaziele durch 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen, ein Phase-out aus fossilen Energieträgern in der Raumwärme, das alles ist im neuen Regierungsprogramm festgeschrieben. Es ist sehr ambitioniert, das wissen wir, die Umsetzung ist aber durchaus möglich. Die Wirtschaft und die Natur in Österreich sind reich an Ressourcen, insbesondere die Wirtschaft ist reich an Möglichkeiten und Innovationen, um die Technologien umzusetzen. Es ist ganz klar auch eine Chance für die österreichische Wirtschaft.

Ein großer Dank gilt der damaligen und jetzigen Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, jetzt für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Elisabeth Köstinger, die den Grundstein zum vorliegenden Gesetzentwurf mit gelegt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, dieser Schritt ist ein Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter hinein in eine nachhaltige Zukunft. Das ist gelebter und aktiver Klimaschutz. Jeder von uns kann seinen Beitrag leisten. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP sowie des Bundesrates Schreuder.)*

16.07

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Günther Novak. Ich erteile dieses.

16.07

Bundesrat Günther Novak (SPÖ, Kärnten): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Frau Bundesministerin! Frau Staatssekretärin! Wie schon gesagt wurde, die EU-Notifizierung ist ja erst am Freitag eingetroffen, normalerweise hätten wir das im letzten Jahr schon erledigt gehabt. Frau Johanna Miesenberger hat schon sehr viel zu diesem Thema gesagt.

Ich denke nur an diesen kürzlich wieder einmal ohne konkrete Ergebnisse beendeten Klimagipfel in Madrid und vor allem auch an jenen in New York davor. Dies hat einmal mehr gezeigt, wie sehr es raschen und vor allem konsequenten Handelns bedarf, um die definierten Ziele des Pariser Weltklimaabkommens sowie die europäischen und nationalen Klima- und Energieziele zu erreichen.

Es kommt sicher der Tag, an dem wir an unseren Taten gemessen werden, und man wird uns in Zukunft Versäumnisse vorhalten. Wenn die Jugend der Welt auf das Recht pocht, auch in Zukunft eine lebenswerte Umwelt und Natur zu haben, dann können wir dem im Grunde genommen nur zustimmen. Wir sind verantwortlich dafür, die Entwicklung in diese Richtung zu lenken. Auch Österreich wird sich in Sachen Klimaschutz künftig ambitioniert – wir sehen das ja im Regierungsübereinkommen – und entschlossen zeigen müssen, damit wir in weiterer Folge diese Ziele erreichen können.

Es bedarf einer ganzen Reihe von Maßnahmen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Es ist, wie schon gesagt wurde, einiges auf den Weg gebracht worden, vieles muss noch folgen. Das Ölkesselbauverbotsgesetz – ein fürchterlicher Name –, mit dem der Einbau in Neubauten untersagt wird, ist dabei nur ein Schritt, aber ein besonders wichtiger, in die richtige Richtung.

Im Regierungsübereinkommen der neuen türkis-grünen Koalition ist auch deutlich ein Stufenplan für diesen schrittweisen Ausstieg aus der Verwendung von fossilen Energieträgern für die Raumwärme vorgezeichnet. Ich habe mir das aufgeschrieben und herausgenommen, weil dieses Verbot von Ölkesseln – für den Neubau ab 2020, bei Heizungswechsel ab 2021, ein verpflichtender Austausch von Kesseln, die älter als

Bundesrat Günther Novak

25 Jahre sind, ab 2025 und aller Kessel spätestens im Jahr 2035 – ein sehr ambitioniertes Ziel ist. Und dann kommt noch dazu, dass ab dem Jahr 2025 kein Gaskessel mehr im Boden sein sollte.

Doch wer – und das muss man, glaube ich, an dieser Stelle schon festhalten – den Ausstieg aus der Verwendung von fossilen Energieformen im Raumwärmebereich so deutlich vorzeichnet, der muss auch ein klares Konzept vorlegen, wie sinnvolle und vor allem – und das unterstreiche ich jetzt – leistbare Alternativen aussehen können. Wir, die SPÖ, fordern ein sozial verträgliches und ein Härtefälle vermeidendes System. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie so etwas funktionieren kann, hat zum Beispiel Kärnten vorgezeigt. Bürgermeister Ingo Appé war bei dieser Initiative auch dabei, die unsere Landesrätin Sara Schaar als zukunftsweisende Initiative mit Förderrichtlinien in die Wege geleitet hat. Wir wissen auch, dass von 2005 bis 2017 bei uns in diesem Bereich der Verbrauch von Heizölen halbiert worden ist. Durch diese Förderrichtlinien wurde zumindest bei 20 Betrieben eine Fördersumme von 50 000 Euro ausgegeben. Jeder Betrieb, der ausgestiegen ist, bekommt zumindest 1 500 Euro – wenn er den Kessel auch entsorgt, bekommt er noch einmal 500 Euro zusätzlich –, und dazu gibt es 5 000 Euro vom Bund. Da wurde also schon einmal in die richtige Richtung gedacht. Die Gemeinde bekommt, wenn sie das betreibt, dafür auch noch Geld, vor allem für Marketing, Information und so weiter.

Zusammen mit den Wohnbauförderungen und Bundesförderungen soll jedem die Chance gegeben werden, von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzusteigen und zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen. Wir brauchen Klimaschutz und wir brauchen entsprechende Anreize und Förderungen, um umweltfreundliche Heizsysteme auch leistbar – ich sage das noch einmal, wobei die Betonung auf leistbar liegt – zu machen.

Stellen Sie sich vor: Im ländlichen Raum gibt es Einfamilienhäuser, der Mann ist schon gestorben, die Rente möglicherweise nicht so groß und man muss mit 1 300 Euro leben – oder mit noch weniger, dann kommt ja auch noch dazu, dass Zuzahlungen stattfinden, es also unter Umständen Heizkostenzuschüsse gibt. Sagen Sie mir bitte, wie es funktionieren soll, da bei einer Bioheizanlage – also Biomasse, Pellets –, bei Wärmepumpen, sofern überhaupt vorhanden, Gasanlagen anzuschließen oder eine andere Anlage zu bauen! Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Daher ist mein Appell bei dieser Gelegenheit, wenn man schon den reichsten Reichen den Steuersatz von 55 Prozent herabsetzt, wenn man bei der Körperschaftsteuer von 25 Prozent auf 21 Prozent heruntergeht und, und, und, dass man den Ärmsten der Armen auch bei dieser Umstellung hilft. *(Beifall bei der SPÖ.)* Heizen darf jedenfalls kein Luxus werden und Energiepolitik muss auch in Zukunft Sozialpolitik sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden diesem Ölkesseleinbauverbotsgesetz zustimmen. – Danke.

16.14

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Michael Bernard. Ich erteile dieses.

16.14

Bundesrat Michael Bernard (FPÖ, Niederösterreich): Werter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Minister! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie und vor den Bildschirmen! Als freiheitlicher Bundesrat begrüße ich den Beschluss des Nationalrates vom 25. September betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige

Bundesrat Michael Bernard

fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten, das sogenannte Ölkesselbauverbotsgesetz.

Wir Freiheitlichen haben uns in der damaligen Bundesregierung wirklich sehr ambitionierte Ziele gesetzt. Uns Freiheitlichen geht es aber vor allem auch um Klimaschutz mit Hausverstand. Damit Klimaschutz in Österreich wirklich funktionieren kann und damit uns vor allem aber auch keine massiven Strafzahlungen aufgrund des Pariser Klimaabkommens drohen, brauchen wir einen Umbau unseres Energiesystems. Das Verbrennen von Öl ist in Österreich nach wie vor die Nummer eins bei den Wärme- und Heizsystemen. Rund 600 000 Ölkessel sind nach wie vor in Österreich eingebaut, und jährlich werden mehrere Milliarden an die Ölstaaten bezahlt, um diese Kessel befeuern zu können. Allein im vergangenen Winter wurden 1,3 Millionen Tonnen Heizöl verfeuert.

Ja, es war richtig, den Raus-aus-dem-Öl-Bonus ins Leben zu rufen, getreu unserem Motto, Anreize zu schaffen. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden im letzten Jahr rund 42 Millionen Euro ausgeschüttet. Uns ist es sehr wichtig, dass der Umstieg auf ein erneuerbares Energiesystem sozial verträglich ist. Es war immer ein Zeichen der Freiheitlichen Partei, eine vernünftige Umwelt- und Energiepolitik nicht nur zu versprechen, sondern auch umzusetzen. Dabei gibt es mehrere Ziele, selbstverständlich auch das Ziel, fossile Energieträger, die viel CO₂ erzeugen, durch saubere Energie, durch erneuerbare Energieträger zu verdrängen.

Wir dürfen aber auch zum Beispiel die Versorgungssicherheit nicht vergessen, und wir sollen bitte auch nicht die Wirtschaftlichkeit, die Leistbarkeit und den Wirtschaftsstandort vergessen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist unsere ganzheitliche Politik, da für uns Freiheitliche die Interessen der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen.

Mit der konkreten Maßnahme, jetzt das Verbot des Einbaus von Ölkesselheizungen in Neubauten zu beschließen, wird ein klares politisches Bekenntnis zur Eindämmung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe ausgesprochen. Mit der flankierenden Maßnahme, die gesetzt wurde, den Raus-aus-dem-Öl-Bonus als eine Förderung für jene, die den Ölkessel gegen eine Heizung mittels erneuerbarer Energiequellen moderner Art austauschen, zu verlängern – der Topf wurde mit weiteren 20 Millionen Euro gefüllt –, wurde eine wichtige Maßnahme gesetzt, die von der Bevölkerung bereits gut angenommen wurde. Konkret bedeutet diese Maßnahme für jeden Haushalt eine Förderung bis zu 5 000 Euro als Anschubunterstützung, um den Weg in die richtige Richtung zu gehen und die Verwendung fossiler Brennstoffe in diesem Bereich zu verringern.

Nun zum sogenannten Regierungsprogramm der sogenannten Zöpferkoalition mit dem Titel „Aus Verantwortung für Österreich“, der aber leider in vielen Bereichen durch das Motto Abkassieren in allen Dimensionen ersetzt wird. Wir Freiheitlichen sind für Anreize zum Umstieg, aber gegen Verpflichtungen, die im neuen Regierungsprogramm stehen und in bestehende Anlagen eingreifen sollen. Im Regierungsprogramm steht, im sogenannten „Phase-out für Öl und Kohle in der Raumwärme“ ist ein Bundesgesetz geplant, ein Stufenplan, der „das Phase-out von Öl und Kohle im Gebäudesektor“ regelt, nämlich einen verpflichtenden Austausch bei Heizungswechsel ab 2021, einen verpflichtenden Austausch von Kesseln, die älter als 25 Jahre sind, ab 2025 und den Austausch von allen Kesseln spätestens im Jahr 2035. Analog zu diesem Stufenplan für Öl und Kohle soll der Ersatz von Gasheizsystemen auch fortgesetzt werden, nämlich im Neubau ab 2025 und durch keinen weiteren Ausbau von Gasnetzen zur Raumwärmeversorgung, ausgenommen die Verdichtung innerhalb bestehender Netze.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, dass die bestehenden genehmigten Anlagen weiterhin betrieben, repariert und bei Bedarf umgerüstet werden sollen. Kleinere, kostengünstige Umbauten, um bestehende Ölkesselanlagen mit alternativen Energiebetriebs-

Bundesrat Michael Bernard

stoffen nicht fossiler Herkunft wie Dibutylether, und Gasheizungen mit Dimethylether, zu betreiben, sollten gefördert werden.

Somit können wir bestehende Anlagen in Nullemissionsanlagen umbauen. Man spart damit viel Geld, die Kosten sind sozial verträglich, die Bevölkerung ist in ihrer Freiheit nicht eingeschränkt. Die Erzeugung von Dimethylether und Dibutylether basiert auf den Ressourcen der Region und bindet Landwirte und Gewerbe mit ein, sowohl im Bereich der Erzeugung als auch in jenem der Verwendung. Es ist dies eine Technologie, die das soziale Miteinander in der Region unterstützt, die Ressourcen nachhaltig nutzt und so zu einer hohen Energieeffizienz führt.

Natürlich sollen, wie ich in meiner Rede vorhin schon erwähnt habe, alle, die ihre Wärmeversorgung auf Technologien auf Basis erneuerbarer Energieträger wie Biomassetechnologien, Biogas, Fernwärme, direkte Solarnutzung, Geothermie oder Umgebungswärme umstellen, dementsprechend unterstützt und gefördert werden.

Wir Freiheitliche werden aus Verantwortung für die Bevölkerung genau darauf achten und mit allen notwendigen Mitteln dafür kämpfen, dass es durch die geplanten Maßnahmen der türkis-grünen Abkassiererkoalition, die den Begriff soziale Kälte neu definiert, durch die geplanten massiven Belastungen nicht zu sozialen Härtefällen kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir wissen, dass sich in Österreich Menschen in längeren Kälteperioden oftmals das Heizen nicht mehr leisten können und in den eigenen vier Wänden frieren müssen. Davon sind auch viele Kinder betroffen.

Am Rande möchte ich nur kurz erklären und erwähnen, da es zum Thema Klimawirksamkeit von CO₂ passt, dass viele Grüne mittlerweile die Kuh auf der Alm aufgrund der CO₂-Belastung verbieten wollen. Der Unterschied zwischen CO₂ aus der Verbrennung fossiler Energieträger und CO₂ von Biokraftstoffen, Menschen und Tieren ist, dass CO₂ von fossilen Energieträgern nicht in einem Kreislauf bewegt wird. Was ein Mensch oder Tier an CO₂ abgibt, wurde vorher von Pflanzen gebunden. Die Verbrennung fossiler Energieträger bringt dagegen Kohlenstoff in die Atmosphäre, der sonst unter der Erde geblieben wäre.

Nun ein paar Zahlen zur Relation: Österreich verursacht 0,2 Prozent des weltweiten Ausstoßes von CO₂, unser Verkehr verursacht 0,06 Prozent. China verursacht 30 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes, die USA 15 Prozent, Indien 7 Prozent, die ganze Europäische Union 8 Prozent. Die Versorgung mit Internet, siehe da, verursacht weltweit 3,7 Prozent des CO₂-Ausstoßes.

Es hilft nichts, wenn im neuen Soziale-Kälte-und-Belastungs-Programm 243 Mal das Wort Klimawandel vorkommt, die Abgabenbelastung aber stark steigt, unsere Betriebe in andere Länder auswandern müssen und Arbeitsplätze verloren gehen. Die Produkte werden dann unter anderen Bedingungen gefertigt, und Waren werden dann unter Bedingungen eines erhöhten CO₂-Ausstoßes nach Österreich importiert.

Auch wenn die Regierung erst ein paar Tage im Amt ist, ist die Katze endgültig aus dem Sack: Erste Steuerbelastungen stehen schon fix bevor. Die CO₂-Abgabe wurde bereits von Wirtschaftsministerin Schramböck im „Mittagsjournal“ am 13.1. bestätigt. Uns Freiheitlichen war es immer wichtig und wird es immer wichtig sein, im Sinne der Bevölkerung unser wunderschönes Heimatland zu erhalten. Wir sehen es als unsere Aufgabe, auch für die zukünftigen Generationen Umwelt- und Klimapolitik mit Hausverstand, wie beschrieben, sozial verträglich umzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Darum werden wir keinen Einspruch gegen den Beschluss des Nationalrates erheben, aber mit einem wachsamem Auge auf die Belastungscoalition achten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Robert Seeber

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross. Ich erteile es ihm. – Bitte.

16.23

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross (Grüne, Vorarlberg): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir beschließen hier eine wichtige und notwendige Maßnahme, denn es gibt im Neubau, und um den geht es, nun wirklich keinen Grund mehr, eine Ölheizung einzubauen. Man könnte das Motto ausgeben: Öl gar nicht erst rein, lieber die Sonne!, und gerade im Neubau gibt es wirklich sehr viele Möglichkeiten dazu.

Das wird natürlich nicht alles sein, diese Maßnahme für den Neubau zu setzen, das ist schon angesprochen worden. Ein nächster Schritt wird sein, die Ölheizungen aus dem Bestand herauszubekommen. Dazu gibt es schöne Förderprogramme. Das Regierungsprogramm ist dazu nun wirklich sehr klar. Da kann man weder mangelnde Ambitioniertheit noch irgendwie mangelnde Klarheit vorwerfen. Das Ziel ist ja nicht weniger als den gesamten Raumwärmemarkt zu dekarbonisieren – mit anderen Worten: auf erneuerbare Energieträger umzustellen –, und das sehr zügig. Jedenfalls ist das notwendig, wenn man Klimaschutz wirklich will – und da habe ich so manchen Zweifel, vor allem in Bezug auf meinen Vorredner.

Es gibt viele Gründe, nicht auf Öl zu setzen: No na, allen voran Klimaschutz, Öl ist ein ganz besonderes Klimagift, gleich nach der Kohle. In den 600 000 Ölheizungen in Österreich werden, das ist erwähnt worden, immerhin 4 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Das ist die Hälfte der Emissionen im gesamten Gebäudebereich.

Öl ist entgegen so manchen Annahmen oder Vermutungen kein sozial verträgliches Heizsystem, ganz und gar nicht. Öl ist eines der teuersten, wenn nicht das teuerste Heizsystem überhaupt. Schauen Sie sich bitte einmal Analysen von unabhängigen Einrichtungen wie beispielsweise der Österreichischen Energieagentur an! Öl ist teuer. Öl ist in der Investition teuer und im Betrieb ganz besonders teuer.

Noch dazu ist der Ölpreis extrem volatil. Da kann es schnell einmal passieren, dass Öl plötzlich doppelt so viel kostet, wenn man dann das Öl plötzlich braucht und den Tankwagen bestellt. Das ist eine Katastrophe für Haushalte mit geringem Einkommen, nichts anderes als eine Armutsfalle. Um aus dieser Armutsfalle rauszukommen, ist es wichtig, dass Öl endlich aus den Heizkellern rauskommt.

Die Nutzung von Öl ist, das ist am Anfang ein bisschen erwähnt worden, mit enormen volkswirtschaftlichen Mittelabflüssen verbunden. Das kann man gar nicht wollen. Derzeit sind es 6 Milliarden Euro, es waren auch schon mehr. Das meiste geht in den Verkehr hinein. Es sind aber immer noch 500 Millionen Euro pro Jahr, die dem Import von Heizöl zuzurechnen sind. Das sind 500 Millionen im Jahr, die in Österreich null Euro Wertschöpfung verursachen, keinen einzigen Arbeitsplatz sichern oder neu schaffen, ganz und gar nicht.

Das steht in krassem Gegensatz zu den Alternativen, die noch dazu regional verfügbar sind – Energieträger wie die direkte Nutzung von Sonne, sei es über Solarthermie, wie auch immer, Holzsysteme, Umgebungswärme, Wärmepumpen, was auch immer. Da gibt es mehr als genug Systeme und Alternativen.

Noch ein Satz zu Herrn Novak betreffend soziale Abfederung: Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das müssen Sie nicht fordern, das ist selbstverständlich! Das steht, wie ich in meiner ersten Rede heute schon gesagt habe, im Programm natürlich ganz oben, und es soll auch eine soziale Staffelung bei den Förderungen geben.

Meine Meinung ist, ich sage es hier ganz offen, soziale Staffelung heißt beispielsweise – – Jetzt haben wir übrigens keine soziale Staffelung. Wir haben in diesem Be-

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Adi Gross

reich derzeit, wie schon erwähnt wurde, sehr gute Förderungen, vonseiten mancher Bundesländer gibt es Förderungen bis zu 10 000 Euro, wenn man den Ölkessel raustut und seine Heizung auf erneuerbare Energieträger umstellt. Das könnte man durchaus staffeln – es brauchen nicht alle so viel Förderung – und so weit gehen, dass man das zum Beispiel den Menschen im untersten Einkommensquartil schenkt. Ich bin total dafür, dass man da wirklich einen Batzen Geld investiert, um diesen Switch hin zu Erneuerbaren hinzubekommen, weil es eine unerlässliche Maßnahme für den Klimaschutz ist.

Ich bin froh, dass die Europäische Union jetzt keinen Einwand erhoben hat. Somit kann das nach meinem Wissensstand – ich bin nicht Jurist – gleich rückwirkend mit 1. Jänner in Kraft treten. *(Beifall bei Grünen und ÖVP sowie bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

16.28

Präsident Robert Seeber: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Bundesministerin Elisabeth Köstinger. Ich erteile es ihr. – Bitte.

16.28

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger: Herr Präsident! Ich darf Ihnen sehr herzlich zum Vorsitz gratulieren. Geschätzte Damen und Herren im Bundesrat! Ich freue mich sehr, wieder hier sein zu dürfen, und freue mich vor allem auch sehr darüber, dass dieses sehr wichtige Thema heute hier behandelt wird.

Wir haben ja im Sommer dieses Ölkesseleinbauverbot im Nationalrat beschlossen. Das war ein sehr wichtiger Teil unserer Klima- und Energiestrategie und wird vor allem auch dazu führen, dass wir aus österreichischer Sicht einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir wissen alle, dass wir Österreicherinnen und Österreicher diesen enormen Klimawandel nicht werden aufhalten können. Nur ein Beispiel: Wir haben letztes Jahr das letzte Kohlekraftwerk Österreichs in Dürnrohr geschlossen – auch das ist eine Leistung der letzten Bundesregierung –, weltweit werden gleichzeitig aber 1 300 neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen.

Also es ist gut und richtig, dass wir in Österreich die Weichen in die richtige Richtung stellen, wir dürfen aber nicht naiv sein und glauben, dass alle jetzt auch schon unseren Weg mitgehen werden. Es wird noch sehr, sehr viel Arbeit vor allem auf europäischer und internationaler Ebene zu leisten sein, damit es wirklich gelingt.

Ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz betrifft den gesamten Bereich der Gebäude. Da ist aber doppeltes Potenzial drinnen: auf der einen Seite CO₂-Einsparung; auf der anderen Seite ersparen sich die Bewohner dieser Häuser natürlich auch einiges an Geld, wenn die Häuser gut gedämmt sind, wenn thermische Sanierungsmaßnahmen entsprechend umgesetzt worden sind.

In Österreich sind noch rund 600 000 Ölheizungen im Bestand, die werden nicht über Nacht verschwinden. Es ist heute schon mehrmals auch das Thema soziale Verträglichkeit angesprochen worden, das war uns immer das Allerallerwichtigste. Wir haben in der letzten Bundesregierung den Raus-aus-dem-Öl-Bonus ins Leben gerufen: 5 000 Euro für jeden, der seine alte Ölheizung aus dem Keller wirft und dafür auf erneuerbare Energie umsteigt. Das ist Klimaschutz mit Hausverstand, das ist Klimaschutz mit den Menschen und nicht gegen sie! *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

Ich darf auch noch anführen, dass dieses Förderprogramm das erfolgreichste in den letzten Jahren war, dieser Raus-aus-dem-Öl-Bonus war innerhalb von einem Monat

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger

vergriffen und weg, und ich freue mich sehr, dass wir neue Fördergelder in diesem Bereich auflegen konnten.

Mit dem heutigen Beschluss schaffen wir ein einheitliches System, das Verbot wird in allen Bundesländern gelten, und das ist sehr, sehr wichtig, denn nur so kann man wirklich gescheit Klimaschutz betreiben. Wir müssen sicherstellen, dass keine neuen Kessel mehr in Betrieb gehen. Wenn Sie heute einen einbauen, kann dieser bis zu 40 Jahre lang halten – absolut kontraproduktiv! Wie gesagt, unser Ziel ist es, die erneuerbaren Energieträger auf die Überholspur zu bringen und die fossilen Energieträger zurückzudrängen.

Wir haben das Gesetz nach Brüssel geschickt, es ist bis zum jetzigen Zeitpunkt kein Einwand von der EU-Kommission oder anderen Mitgliedstaaten eingelangt. Das zeigt, wir sind kurz vor dem Ziel, der parlamentarischen Behandlung steht nichts mehr im Wege, wir sind in Europa ein Vorreiterland, was das betrifft.

Ich darf mich sehr herzlich für Ihre Zustimmung bedanken. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit in der Vergangenheit, und ich freue mich schon wieder – mit den neuen Kompetenzen, das ist heute ja ausführlich diskutiert worden – auf die Zusammenarbeit mit der Länderkammer, die sehr wichtig ist, vor allem in meinem Ministerium, denn wir sind für die Regionen, für den ländlichen Raum maßgeblich zuständig. – Vielen herzlichen Dank und alles Gute! *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

16.33

Präsident Robert Seeber: Danke, Frau Minister.

Weitere Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nun zur **Abstimmung** über den Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Ölkesseleinbauverbotsgesetz.

Dieser Beschluss des Nationalrates ist ein Fall des Art. 44 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz und bedarf daher der in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen zu erteilenden Zustimmung des Bundesrates.

Ich stelle zunächst die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der Mitglieder des Bundesrates fest.

Da die achtwöchige Einspruchsfrist gemäß Art. 42 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz für den gegenständlichen Beschluss bereits abgelaufen ist, bringe ich nur noch den Antrag, dem gegenständlichen Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, zur Abstimmung.

Ich bitte daher jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die diesem Antrag, dem gegenständlichen Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Ölkesseleinbauverbotsgesetz 2019 die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, zustimmen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der gegenständliche Antrag ist somit unter Berücksichtigung der besonderen Beschlusserfordernisse **angenommen**.

Ausdrücklich stelle ich die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

Präsident Robert Seeber

4. Punkt

Wahl eines/einer 2. Vizepräsidenten/-in für den Rest des 1. Halbjahres 2020

Präsident Robert Seeber: Wir gelangen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung.

Ich werde diese Wahl durch Erheben von den Sitzen vornehmen lassen.

Wir gehen nunmehr in den Wahlvorgang ein.

Gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates kommt hierfür der ÖVP-Fraktion das Vorschlagsrecht zu.

Es liegt mir ein Wahlvorschlag vor, der auf Bundesrätin Dr. Andrea **Eder-Gitschthaler** lautet.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Wahlvorschlag ist somit **angenommen**.

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annimmt.

*(Bundesrätin Dr. Andrea **Eder-Gitschthaler** bedankt sich für das Vertrauen und nimmt die Wahl an.)*

Ich darf dir von hier aus herzlichst zu dieser Funktion gratulieren. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Tagesordnung ist somit erschöpft.

Verlesung eines Teiles des Amtlichen Protokolls

Präsident Robert Seeber: Es liegt mir das schriftliche Verlangen von fünf Mitgliedern des Bundesrates vor, das Amtliche Protokoll hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 2 und 3 zu verlesen, damit dieser Teil des Amtlichen Protokolls mit Schluss der Sitzung als genehmigt gilt.

Ich werde daher so vorgehen und verlese nunmehr das Amtliche Protokoll:

„TO-Punkt 2: Beschluss des Nationalrates vom 10. Jänner 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird (Bundesministeriengesetz-Novelle 2020)

(111/A und 24 d.B. sowie 10279/BR d.B. und 10280/BR d.B.)

Abstimmung: Berichterstattung: Antrag,

keinen Einspruch zu erheben,

wird angenommen (mit Stimmenmehrheit).

TO-Punkt 3: Beschluss des Nationalrates vom 25. September 2019 betreffend ein Bundesgesetz über die Unzulässigkeit der Aufstellung und des Einbaus von Heizkesseln von Zentralheizungsanlagen für flüssige fossile oder für feste fossile Brennstoffe in Neubauten (Ölkesselinbauverbotsgesetz – ÖKEVG 2019)

(965/A sowie 10261/BR d.B.)

Präsident Robert Seeber

Abstimmung: Aufgrund des Ablaufs der Achtwochenfrist gemäß Artikel 42 Abs. 3 B-VG steht dem Bundesrat kein Einspruchsrecht mehr zu.

Berichterstattung: Antrag,

dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Artikel 44 Absatz 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen,

wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Bundesrates mit Stimmeneinhelligkeit (und zwar mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit) angenommen.“

Erheben sich Einwendungen gegen die Fassung oder den Inhalt dieses verlesenen Teils des Amtlichen Protokolls? – Das ist nicht der Fall.

Das Amtliche Protokoll gilt daher hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 2 und 3 gemäß § 64 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates mit Schluss dieser Sitzung als **genehmigt**.

Ich gebe noch bekannt, dass seit der letzten beziehungsweise in der heutigen Sitzung keine Anfragen eingebracht wurden.

Die Einberufung der **nächsten** Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin wird Donnerstag, der 13. Februar 2020, 9 Uhr, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen insbesondere jene Beschlüsse in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit diese dem Einspruchsrecht beziehungsweise Zustimmungsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschussvorberatungen sind für Dienstag, den 11. Februar 2020, 14 Uhr, vorgesehen.

Die Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 16.39 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien

